

MEMORIAL

**Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg**

**MEMORIAL**

**Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg**

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 460**3 mai 2004****SOMMAIRE**

ADIG Total Return Dynamic	22034	Midden Europese Beleggingsmaatschappij S.A.H., Luxembourg	22075
AIG Multilabel Sicav, Luxembourg	22075	Morgan Stanley Sicav, Luxembourg	22078
AIG Sicav, Luxembourg	22074	Morgan Stanley Sicav, Luxembourg	22078
B.S.F.E. S.A., Luxembourg	22077	Parc Merveilleux S.A., Bettembourg	22079
Banesfondo Internacional, Sicav, Luxembourg	22076	Petercam Moneta, Sicav, Luxembourg	22046
BPER International Sicav, Luxembourg	22074	Praja Holding S.A., Luxembourg	22080
CDC International Fund, Sicav, Luxembourg	22073	Quantam Equity S.A., Luxembourg	22033
Cegedel S.A., Strassen	22077	Ronndriesch 3 S.A., Luxembourg	22073
Celfloor S.A.H., Luxembourg	22076	Schumann-Lavedrine Asset Management I, Sicav, Luxembourg	22035
CS Advantage (Lux), Sicav, Luxembourg	22073	T & E Gefahrtlogistik S.A., Grevenmacher	22072
Diadem, Sicav, Luxembourg	22077	Tlux One S.A., Luxembourg	22079
Faraco S.A., Esch-sur-Alzette	22080	UniGarantPlus: Europa (2011) I	22055
Institut Mobilier Européen S.A., Luxembourg	22072	Unipatent Holding S.A., Luxembourg	22075
Interfer Luxco S.C.A., Munsbach	22056		
International Golf and Leisure S.A., Eselborn	22080		
Karima, S.à r.l., Strassen	22073		

QUANTAM EQUITY S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 19, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 98.295.

EXTRAIT

Il résulte du conseil d'administration tenue au siège de la société le 11 mars 2004 que:

1. Le conseil d'administration a accepté la démission de la société JLA FIRST HOLDING S.A. avec siège social au 19, rue Aldringen, BP 878, L-2018 Luxembourg, numéro de Registre Luxembourg B 98.149 en tant qu'administrateur de la société.

2. Le conseil d'administration nomme Richard Turner, né le 10 décembre 1939 à Bloemfontein, Afrique du Sud, demeurant à 28, rue du Couvent, L-1363 Howald, comme administrateur en remplacement de l'administrateur démissionnaire. Celui-ci reprendra le mandat de son prédécesseur avec pouvoir de signature conjointe.

Luxembourg, le 11 mars 2004.

Pour extrait conforme

Pour HOOGWERF & CIE

Signature

Agent domiciliaire

Enregistré à Luxembourg, le 16 mars 2004, réf. LSO-AO03471. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(023480.3/000/21) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 mars 2004.

ADIG TOTAL RETURN DYNAMIC, Fonds Commun de Placement.

Verwaltungsreglement - Allgemeiner Teil

Das Verwaltungsreglement - Allgemeiner Teil - ist im Mémorial Recueil des Sociétés et Associations C vom 3. März 2004 unter dem Namen ADIG SELEKTION DIVIDENDE veröffentlicht.

Verwaltungsreglement - Besonderer Teil

Art. 20. Fondsbezeichnung und Depotbank

Der Name des Fonds lautet ADIG TOTAL RETURN DYNAMIC.

Depotbank ist die COMMERZBANK INTERNATIONAL S.A., Luxemburg.

Art. 21. Anlagepolitik

Ziel der Anlagepolitik ist die Erwirtschaftung eines stetigen Kapitalzuwachses sowie eine Teilabsicherung des eingesetzten Kapitals zu jährlich festgelegten Zeitpunkten, - die jedoch nicht formal garantiert wird.

Unter Berücksichtigung der jeweiligen Kapitalmarktsituation wird von der Verwaltungsgesellschaft eine bestimmte Gewichtung der Anlagen in Aktien und festverzinsliche Wertpapiere festgelegt. Sofern die Verwaltungsgesellschaft dies für zweckmäßig erachtet, wird die Gewichtung im Regelfall angepasst. Anpassungsbasis sind bestimmte Regeln, die nach der fachlichen Einschätzung der Verwaltungsgesellschaft erwarten lassen, jedoch nicht zusichern, jeweils zu vorher bestimmten Zeitpunkten eine Sicherung des Rücknahmepreises auf dem Niveau in Höhe von 80% des Rücknahmepreises zu Beginn des festgelegten Sicherungszeitraumes zu ermöglichen.

So beginnt beispielsweise die erste Sicherungsperiode, mit dem Ziel der Teilabsicherung in Höhe von 80% des Erstanteilwertes bei Auflage, mit der Auflegung des Fonds und endet zum 30. Juni 2005. Einzelheiten zu den folgenden Sicherungsperioden (wie z.B. der abgesicherte Rücknahmepreis) können jederzeit bei der Verwaltungsgesellschaft nachgefragt werden, oder sind dem Internet-Auftritt der Verwaltungsgesellschaft unter <http://www.adig.lu> sowie den Jahres- und Halbjahresberichten zu entnehmen.

Das Fondsvermögen wird in Aktien, Genussscheinen, Wandelschuldverschreibungen, Optionsanleihen, deren Optionsscheine auf Wertpapiere lauten, Indextifikate, Partizipationsscheine, sich auf Aktien beziehende Optionsscheine von Emittenten mit überwiegendem Sitz oder Börsennotiz im europäischen Raum angelegt. Für diese Wertpapiere, die Wertpapiere gemäss der EG-Richtlinie (85/611/EWG) vom 20. Dezember 1985 sein müssen, gilt, dass sie an Börsen oder einem anderen geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden.

Ergänzend hierzu kann sich der Fonds im Rahmen einer ordnungsgemäßen Verwaltung des Vermögens der Techniken und Instrumente bedienen, wie sie im Artikel 4 A und 4 B des Verwaltungsreglements - Allgemeiner Teil - und im Gesetz vom 20. Dezember 2002 beschrieben werden.

Darüber hinaus kann der Fonds in Ausnahmefällen bis zu 100% des Nettofondsvermögens in Geldmarktinstrumente bzw. in Sichteinlagen oder andere kündbare Einlagen von Emittenten mit überwiegendem Sitz oder Börsennotiz im europäischen Raum investieren. Des Weiteren werden maximal 10% des Nettofondsvermögens in Zielfonds investiert, deren Ursprungsländer der Europäischen Gemeinschaft angehören oder in Zielfonds nach dem Recht der Schweiz, der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanadas, Hongkongs und Japans. Zur Erreichung der vorgenannten Anlageziele ist auch der Einsatz abgeleiteter Finanzinstrumente («Derivate») vorgesehen. Die Verbindlichkeiten aus dem Einsatz von Derivaten werden in ihrer Summe nicht höher sein als das Nettofondsvermögen des Fonds. Zulässige Derivate stellen Wertpapier-Terminkontrakte, Finanzterminkontrakte und Optionsgeschäfte auf Finanzterminkontrakte dar. In Frage kommen ferner Rentenindex-Optionsgeschäfte, Devisenterminkontrakte, Optionsgeschäfte auf Devisen oder Devisenterminkontrakte sowie Swaps, welche zur Sicherung von Zins- und Währungsrisiken eingesetzt werden. Beim Einsatz von Derivaten wird der Fonds nicht von den im Verkaufsprospekt und im Verwaltungsreglement genannten Anlagezielen abweichen.

Der im Artikel 4 B 7. des Allgemeinen Teils des Verwaltungsreglements verwendete Begriff Drittstaat wird als OECD-Mitgliedstaat definiert.

Anlagen sind in jedweder Währung zulässig.

Art. 22. Fondswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis, Bewertungstag, Ausgabe und Rücknahme von Anteilen

1. Die Fondswährung ist der Euro.

2. Ausgabepreis ist der Inventarwert je Anteil gemäß Artikel 5 in Verbindung mit Artikel 6 des Verwaltungsreglements «Allgemeiner Teil» zuzüglich einer Verkaufsprovision in Form eines Ausgabeaufschlages von bis zu 6 % zu Gunsten der Verwaltungsgesellschaft. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in Vertriebsländern anfallen.

3. Rücknahmepreis ist der Inventarwert je Anteil gemäß Artikel 5 in Verbindung mit Artikel 9 des Verwaltungsreglements «Allgemeiner Teil».

4. Kauf- und Verkaufsaufträge, die bis 17.00 Uhr eines Bewertungstages gemäß Artikel 5 des Verwaltungsreglements «Allgemeiner Teil» in Verbindung mit Artikel 22 Absatz 5 des Verwaltungsreglements «Besonderer Teil» eingegangen sind, werden zu den Ausgabe- und Rücknahmepreisen des nächsten Bewertungstages abgerechnet. Kauf- und Verkaufsaufträge, die nach 17.00 Uhr eines Bewertungstages gemäss Artikel 5 des Verwaltungsreglements «Allgemeiner Teil» in Verbindung mit Artikel 22 Absatz 6 des Verwaltungsreglements «Besonderer Teil» eingegangen sind, werden zu den Ausgabe- und Rücknahmepreisen des übernächsten Bewertungstages abgerechnet.

5. In Abweichung von Artikel 5 Verwaltungsreglement «Allgemeiner Teil» gilt als Bewertungstag jeder Bankarbeitstag, der sowohl in Luxemburg als auch Frankfurt/Main Börsentag ist und zusätzlich in New York am Vortag Börsentag war.

6. In Abweichung von Artikel 6 und 9 Verwaltungsreglement «Allgemeiner Teil» erfolgt die Zahlung des Ausgabe- bzw. Rücknahmepreises innerhalb einer Frist von drei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag.

7. Die Entgegennahme von Einzahlungen in den Fonds erfolgt ausschließlich durch die im Abschnitt Management und Verwaltung genannten Zahlstellen.

Art. 23. Kosten des Fonds

1. Aus dem Fondsvermögen erhält die Verwaltungsgesellschaft eine Vergütung von bis zu 1,5 % p.a. zuzüglich eventuell anfallender gesetzlicher Mehrwertsteuer, die auf den täglich ermittelten Inventarwert zu berechnen und am Ende eines jeden Monats zahlbar ist.

2. Die Depotbank erhält für die Erfüllung ihrer Aufgaben (einschließlich Transaktionskosten) ein Entgelt von bis zu 0,150 % p.a. zuzüglich eventuell anfallender gesetzlicher Mehrwertsteuer, das auf den täglich ermittelten Inventarwert zu berechnen und am Ende eines jeden Monats zahlbar ist, und eine Bearbeitungsgebühr von bis zu 0,25 % des Betrages jeder Wertpapiertransaktion für Rechnung des Fonds soweit ihr dafür nicht bankübliche Gebühren zustehen.

3. Darüber hinaus gehen die im Zusammenhang mit der Verwaltung des Fonds anfallenden Aufwendungen und Kosten nach Maßgabe von Artikel 11 des Verwaltungsreglements «Allgemeiner Teil» zu Lasten des Fonds.

Art. 24. Verwendung der Erträge

Die während des Rechnungsjahres angefallenen ordentlichen Nettoerträge des Fonds werden ebenso wie realisierte Kapitalgewinne sowie Erlöse aus dem Verkauf von Subskriptionsrechten und sonstige Erträge ausgeschüttet.

Art. 25. Anteilzertifikate

Die Anteile des Fonds (Artikel 8 des Verwaltungsreglements «Allgemeiner Teil») werden in Globalurkunden verbrieft, die auf den Inhaber lauten und über jede von der Verwaltungsgesellschaft bestimmte Anzahl von Anteilen ausgestellt werden. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

Art. 26. Rechnungsjahr

Das Rechnungsjahr des Fonds endet jedes Jahr am 30. Juni, erstmals am 30. Juni 2005.

Art. 27. Dauer des Fonds

Der Fonds ist auf unbestimmte Dauer errichtet.

Art. 28. Inkrafttreten

Das Verwaltungsreglement - Besonderer Teil - tritt am Datum seiner Unterzeichnung in Kraft.

Luxemburg, den 2. März 2004.

ADIG-INVESTMENT LUXEMBURG S.A. / COMMERZBANK INTERNATIONAL S.A.

Unterschriften / Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 31 mars 2004, réf. LSO-AO06675. – Reçu 20 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(027677.2//98) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 avril 2004.

SCHUMANN-LAVEDRINE ASSET MANAGEMENT I, Investmentgesellschaft mit variablem Kapital.

Gesellschaftssitz: L-2449 Luxemburg, 14, boulevard Royal.

H. R. Luxemburg B 87.004.

Im Jahre zweitausendvier, am fünfzehnten April.

Vor Notar Jean-Paul Hencks, im Amtssitze zu Luxemburg.

Fand eine Ausserordentliche Generalversammlung statt der Aktionäre der Aktiengesellschaft SCHUMANN-LAVEDRINE ASSET MANAGEMENT I, eine Investmentgesellschaft mit variablem Kapital, mit Sitz in Luxemburg, gegründet gemäss Urkunde aufgenommen durch Notar Tom Metzler, mit dem Amtswohnsitz in Luxemburg-Bonneweg, am 19. April 2002, veröffentlicht im Mémorial C Nummer 744 vom 15. Mai 2002.

Die Versammlung wird eröffnet unter dem Vorsitz von Herrn Olivier Lavédrine, Präsident des Verwaltungsrates, wohnend in L-1724 Luxembourg, 43, boulevard du Prince Henri,

welcher Herrn Tom Gutenkauf, Prokurist, wohnend in L-1661 Luxembourg, 103, Grand'Rue, zum Schriftführer bestimmt.

Die Versammlung ernennt Herrn Antoine Calvisi, Bankdirektor, wohnend in L-1661 Luxembourg, 103, Grand'Rue, zum Stimmzähler.

Nachdem das Versammlungsbüro somit bestellt ist, ersuchte der Vorsitzende den amtierenden Notar folgendes zu beurkunden:

I.- Die Tagesordnung der Versammlung lautet wie folgt:

1) Anpassung der Satzung der Investmentgesellschaft mit variablem Kapital an die Bestimmungen des luxemburgischen Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen und insbesondere an die Bestimmungen dieses Gesetzes welche die Bestimmungen der Richtlinie 2001/108/CE aufnehmen.

2) Abänderung der Statuten.

II.- Die genauen Änderungsvorschläge sowie ein Entwurf der abgeänderten Satzung lagen den Aktionären am Sitz der Gesellschaft zur Einsicht vor.

III.- Die Einberufungen zur Generalversammlung erfolgten:

- im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C, Nummer 289 vom 12. März 2004 und Nummer 347 vom 29. März 2004,

- im Luxemburger Wort, vom 12. März 2004 und vom 29. März 2004,

- im La Voix du Luxembourg, vom 12. März 2004 und vom 29. März 2004,
- sowie durch Schreiben an die Inhaber von Namensaktien vom 24. Februar 2004.

IV.- Die anwesenden oder vertretenen Aktionäre sowie die Zahl der Aktien ergibt sich aus einer Anwesenheitsliste die durch den Versammlungsvorstand und den Notar unterzeichnet wurde; diese Anwesenheitsliste, ebenso wie die ne varietur unterzeichneten Vollmachten bleiben gegenwärtiger Urkunde beigefügt, mit der sie einregistriert werden.

V.- Eine erste ausserordentliche Generalversammlung welche dieselbe Tagesordnung hatte, aufgenommen durch den unterzeichneten Notar, am B. März 2004, veröffentlicht im Mémorial C Nummer 316 vom 19. März 2004, konnte nicht über die Tagesordnung befinden in Ermangelung eines genügenden Quorums, sodass diese Generalversammlung über die Tagesordnung befinden kann welche auch immer die Zahl der anwesenden oder vertretenen Aktionäre sei.

VI.- Es ergibt sich aus dieser Anwesenheitsliste, dass von den vierzehntausendachthundertdreiundachtzig (14.883) in Umlauf sich befindlichen Aktien, drei (3) Aktien, bei dieser Versammlung vertreten sind, und dass somit die Versammlung regelrecht einberufen, über die Tagesordnung befinden kann.

VI.- Nach diesen Erklärungen nahm die Generalversammlung einstimmig folgenden Beschluss:

Einzigter Beschluss

Die Generalversammlung beschliesst die Anpassung der Satzung der Investmentgesellschaft mit variablem Kapital gemäss den Bestimmungen des Gesetzes nach Luxemburger Recht vom 20. Dezember 2002 über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen und insbesondere gemäss den Bestimmungen dieses Gesetzes, wiederaufnehmend die Bestimmungen der Richtlinie 2001/108/CE und demzufolge die Satzung der Gesellschaft abzuändern und ihr folgenden Wortlaut zu geben:

Kapitel I.- Bezeichnung - Sitz - Dauer - Gegenstand der Gesellschaft

Art 1. Bezeichnung

Es besteht zwischen den Zeichnern und allen künftigen Aktionären eine Aktiengesellschaft («société anonyme»), die in der Form einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (Société d'investissement à capital variable - SICAV) unter der Bezeichnung SCHUMANN-LAVEDRINE ASSET MANAGEMENT I (die «Gesellschaft») tätig ist. Die Gesellschaft unterliegt den Bestimmungen von Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen.

Art. 2. Gesellschaftssitz

Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Luxemburg-Stadt im Großherzogtum Luxemburg. Die Gesellschaft kann durch einen einfachen Beschluss des Verwaltungsrats Zweigstellen oder Geschäftsstellen im Großherzogtum Luxemburg und im Ausland errichten. Innerhalb der Gemeinde Luxemburg kann der Gesellschaftssitz durch einfachen Beschluss des Verwaltungsrats an einen anderen Ort verlegt werden.

Tätigkeit am Gesellschaftssitz oder die Verbindung mit diesem Sitz oder dieses Sitzes mit dem Ausland behindert wird, oder eine solche Behinderung vorauszusehen ist, kann der Verwaltungsrat den Sitz provisorisch bis zur vollständigen Beendigung dieser anormalen Lage ins Ausland verlegen; diese provisorische Maßnahme hat jedoch keinen Einfluss auf die Nationalität der Gesellschaft, die trotz dieser provisorischen Sitzverlegung luxemburgisch bleibt.

Die Erklärung über die Verlegung des Gesellschaftssitzes und die Bekanntgabe gegenüber Dritten erfolgt durch eines der Exekutivorgane der Gesellschaft, das für die Gesellschaft in Bezug auf die Rechtsakte der laufenden Verwaltung verbindlich handelt.

Art. 3. Dauer

Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt. Sie kann durch einen Beschluss der Generalversammlung aufgelöst werden, die wie im Falle einer Änderung der Satzung beschließt.

Art. 4. Gegenstand

Der ausschließliche Gegenstand der Gesellschaft besteht in der Anlage von der ihr zur Verfügung stehenden Geldern, in verschiedenen Wertpapieren sowie in sonstigen zulässigen Aktiva mit dem Ziel der Risikostreuung und dem Ziel, die Aktionäre in den Genuss der Erträge der Verwaltung ihres Vermögens kommen zu lassen. Die Gesellschaft kann alle Maßnahmen treffen und jede Tätigkeit ausüben, die ihr zur Erfüllung oder Förderung ihres Ziels im weitesten Sinne im Rahmen von Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen nützlich erscheinen.

Kapitel II.- Gesellschaftskapital - Eigenschaften der Aktien

Art. 5. Gesellschaftskapital - Vermögens-Teilfonds

Das Gründungskapital ist durch eine Bareinlage voll eingezahlt worden. Das Kapital der Gesellschaft besteht aus voll eingezahlten Aktien ohne Nennwert und entspricht jederzeit dem Gegenwert in Euro des gesamten Nettovermögens aller Teilfonds der Gesellschaft gemäß Artikel 12 dieser Satzung. Das Mindestkapital der Gesellschaft entspricht jederzeit dem Gegenwert des in den geltenden Rechtsbestimmungen festgelegten Mindestbetrags, das heißt EUR 1.250.000,- (eine Million zweihundertfünfzigtausend Euro).

Die Aktien, die gemäß Artikel 8 dieser Satzung ausgegeben werden, können je nach Wahl des Verwaltungsrats verschiedenen Kategorien angehören, welche unterschiedlichen Teilfonds für das Gesellschaftsvermögen entsprechen. Die Erlöse aus der Ausgabe der Aktien einer bestimmten Kategorie werden in Wertpapieren oder anderen Vermögenswerten in dem Vermögens-Teilfonds («Teilfonds») angelegt, der dieser Aktienkategorie entspricht, gemäß der vom Verwaltungsrat für den jeweiligen Teilfonds festgelegten Anlagepolitik, unter Berücksichtigung der im Luxemburger Recht vorgesehenen sowie vom Verwaltungsrat festgelegten Anlagebeschränkungen.

Art. 6. Aktienklassen

Der Verwaltungsrat kann für jeden Teilfonds beschließen, eine oder mehrere Aktienklassen die sich in bezug auf Ihre Ausschüttungspolitik unterscheiden (thesaurierende Aktien, ausschüttende Aktien) sowie sonstige Aktienklassen aufzulegen, deren Merkmale in den Verkaufsunterlagen der Gesellschaft beschrieben sind.

Eine Ausschüttungsaktie ist eine Aktie, die grundsätzlich dem Inhaber das Recht verleiht, eine Bardividende zu erhalten.

Eine thesaurierende Aktie ist eine Aktie, die grundsätzlich dem Inhaber kein Recht verleiht, eine Dividende zu erhalten.

Im Übrigen verleihen die Aktien der verschiedenen Klassen ihren Inhabern die gleichen Rechte, insbesondere das Stimmrecht in den Generalversammlungen der Aktionäre.

Art. 7. Form der Aktien

Die Aktien werden ohne Angabe des Nennwerts ausgegeben und voll eingezahlt. Jede Aktie, gleich welchem Teilfonds und welcher Klasse sie angehört, kann unter folgender Form emittiert werden:

1. Als Namensaktie auf den Namen des Zeichners lautend, verbrieft durch eine Eintragung des Zeichners im Aktionärsregister. In diesem Fall kann auf ausdrücklichen Wunsch des Aktionärs ein Zertifikat über die Namenseintragung ausgehändigt werden. Falls ein Aktionär wünscht, dass mehr als ein Namenszertifikat für seine Aktien ausgestellt wird, können ihm die Kosten für diese zusätzlichen Zertifikate in Rechnung gestellt werden.

Das Aktionärsregister wird von der Gesellschaft oder von einer oder mehreren Personen, die von der Gesellschaft zu diesem Zweck bestellt werden, geführt. Der Eintrag beinhaltet die Angabe des Namens eines jeden Inhabers von Namensaktien, seinen Wohnort oder sein Wahlmizil, die Anzahl der Namensaktien in seinem Besitz und den für diese Aktien gezahlten Betrag anzugeben. Jede Übertragung zwischen Lebenden oder im Todesfall in bezug auf Namensaktien wird im Aktionärsregister eingetragen; diese Eintragung muss von einem oder mehreren Direktoren oder Bevollmächtigten der Gesellschaft oder von einer oder mehreren anderen Personen unterzeichnet werden, die zu diesem Zweck vom Verwaltungsrat beauftragt sind.

Die Übertragung von Namensaktien erfolgt durch Aushändigung der Aktienzertifikate, die diese Aktien repräsentieren, an die Gesellschaft, zusammen mit allen anderen Übertragungsurkunden, die von der Gesellschaft gefordert werden, oder, falls keine Aktienzertifikate ausgegeben wurden, durch eine schriftliche Übertragungserklärung, die in das Aktionärsregister eingetragen und vom Veräußerer und vom Erwerber oder von ihren Bevollmächtigten, die die erforderlichen Vollmachten nachweisen können, datiert und unterzeichnet wird.

Jeder Aktionär, der Aktienzertifikate für Namensaktien zu erhalten wünscht, hat der Gesellschaft eine Anschrift zu nennen, an die alle Mitteilungen und alle Informationen gesendet werden. Diese Anschrift wird ebenfalls im Aktionärsregister eingetragen.

Falls ein Namensaktionär der Gesellschaft keine Anschrift mitgeteilt hat, wird diesbezüglich ein Vermerk im Aktionärsregister vorgenommen, und es wird angenommen, dass sich die Anschrift dieses Aktionärs am Sitz der Gesellschaft befindet, oder an jeder anderen Adresse, die von der Gesellschaft bestimmt wird, bis dieser Aktionär der Gesellschaft eine neue Anschrift mitgeteilt hat. Der Aktionär kann jederzeit die im Aktionärsregister eingetragene Anschrift durch eine schriftliche Erklärung ändern lassen, die an die Gesellschaft am Sitz oder an jede andere von der Gesellschaft bestimmte Adresse zu richten ist.

2. Als Inhaberaktie. Diese werden Angabe des Nennwerts ausgegeben und voll eingezahlt. Die physischen Aktienzertifikate, die diese Aktien repräsentieren, stehen in Formen und Stückelungen zur Verfügung, die vom Verwaltungsrat zu bestimmen sind und in den Verkaufsunterlagen dieser Aktien aufgeführt sind. Die Kosten für die physische Aushändigung dieser Aktien an den Inhaber können dem Antragsteller in Rechnung gestellt werden. Falls ein Eigentümer von Inhaberaktien den Tausch seiner Aktienzertifikate gegen Aktienzertifikate in anderen Stückelungen beantragt, können ihm die Kosten dieses Umtauschs in Rechnung gestellt werden.

Ein Aktionär kann jederzeit den Umtausch seiner Inhaberaktien in Namensaktien oder umgekehrt beantragen. In diesem Fall ist die Gesellschaft berechtigt, dem Aktionär die anfallenden Kosten in Rechnung zu stellen.

Die Aktienzertifikate werden von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterzeichnet. Beide Unterschriften können entweder handschriftlich, gedruckt oder mit Unterschriftsstempel angebracht werden. Jedoch kann eine der Unterschriften von einer Person geleistet werden, die zu diesem Zweck vom Verwaltungsrat beauftragt wurde; in diesem Fall hat die Unterschrift handschriftlich angebracht zu sein. Die Gesellschaft kann provisorische Aktienzertifikate in der Form ausgeben, die der Verwaltungsrat bestimmt.

Die Aktien können nur nach Annahme der Zeichnung und Eingang des Preises gemäß Artikel 8 dieser Satzung ausgegeben werden.

Die Aktien können in Bruchteilen bis zu einem Tausendstel einer Aktie, in Einheitsaktien oder durch Aktienzertifikate, die mehrere Aktien repräsentieren, ausgegeben werden. Die Bruchteile von Inhaberaktien können nicht physisch ausgehändigt werden und sind bei der Depotbank auf einem zu diesem Zweck zu eröffnenden Wertpapierkonto hinterlegt.

Die Rechte in bezug auf Aktienbruchteile werden im Verhältnis zum Bruchteil ausgeübt, den der Aktionär besitzt, mit der Einschränkung dass das Stimmrecht ausschließlich für eine ganze Stückzahl von Aktien ausgeübt werden kann.

Falls ein Aktionär der Gesellschaft nachweisen kann, dass sein Aktienzertifikat abhanden gekommen ist oder zerstört wurde, kann ihm auf seinen Antrag hin ein Duplikat zu den Bedingungen und Garantien ausgestellt werden, die die Gesellschaft bestimmt, insbesondere in Form einer Versicherung, unbeschadet jeder anderen Form von Garantie nach Wahl der Gesellschaft. Sofort nach der Ausgabe des neuen Aktienzertifikats, auf dem vermerkt ist, dass es sich um ein Duplikat handelt, wird das Original ungültig.

Die beschädigten Aktienzertifikate können von der Gesellschaft umgetauscht werden. Die beschädigten Aktienzertifikate werden bei der Gesellschaft hinterlegt und sofort für nichtig erklärt. Nach freiem Ermessen kann die Gesellschaft

dem Aktionär die Kosten des Duplikats oder des neuen Aktienzertifikats sowie alle anderen ihr entstandenen berechtigten Kosten in Verbindung mit der Ausgabe und der Eintragung ins Register oder mit der Vernichtung des alten Aktienzertifikats in Rechnung stellen.

Die Gesellschaft erkennt nur einen Inhaber je Aktie an. Bei mehreren Inhabern einer Aktie ist die Gesellschaft berechtigt, die Ausübung aller Rechte, die mit der Aktie verbunden sind, auszusetzen, bis eine einzige Person zum Aktionär bestellt wurde.

Art. 8. Ausgabe von Aktien

Innerhalb eines jeden Teilfonds ist der Verwaltungsrat befugt, jederzeit und ohne Einschränkung voll eingezahlte, zusätzliche Aktien auszugeben, ohne den bereits bestehenden Aktionären ein Vorzugsrecht einzuräumen.

Falls die Gesellschaft Aktien zur Zeichnung anbietet, entspricht der Preis der angebotenen Aktien, gleichgültig in welchem Teilfonds und in welcher Klasse diese Aktien ausgegeben werden, dem Nettoinventarwert dieser Aktien gemäß dem in Artikel 12 dieser Satzung bestimmten Wert. Die Zeichnungen werden auf der Grundlage des Preises des in Artikel 13 dieser Satzung definierten ersten Bewertungstags, der auf den Tag des Eingangs des Zeichnungsantrags folgt, angenommen. Auf diesen Preis werden gegebenenfalls die in den Verkaufsunterlagen dieser Aktien aufgeführten Gebühren addiert. Alle Vergütungen für die in die Platzierung und Vertrieb der Aktien involvierten Parteien, sind in diesen Gebühren inbegriffen. Der auf diese Weise bestimmte Preis ist spätestens fünf Geschäftstage nach dem Bestimmungstag des anwendbaren Nettoinventarwerts zahlbar.

Die Aktien können nur nach Annahme der Zeichnung und Zahlungseingang des Preises gemäß Artikel 8 dieser Satzung ausgegeben werden. Nach der Annahme der Zeichnung und dem Zahlungseingang des Preises werden die gezeichneten Aktien dem Zeichner zugeteilt.

Vorbehaltlich des Zahlungseingangs des gesamten Zeichnungspreises erfolgt die Lieferung der physischen Aktienzertifikate, falls sie stattfindet, normalerweise innerhalb von vierzehn Tagen.

Die Zeichnungen können auch durch Einlage von anderen zulässigen Aktiva erfolgen, vorbehaltlich der Zustimmung des Verwaltungsrats. Diese Vermögenswerte müssen die Anlagepolitik und die Anlagebeschränkungen, die für jeden Teilfonds festgelegt wurden, erfüllen. Sie werden gemäß den in den Verkaufsunterlagen der Gesellschaft vorgesehenen Bewertungsgrundsätzen bewertet. Darüber hinaus sind diese Vermögenswerte gemäß dem Gesetz vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften Gegenstand eines vom Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft zu erstellendem Bericht. Dieser Bericht wird anschließend beim Luxemburger Gericht hinterlegt. Die Kosten im Zusammenhang mit einer Zeichnung durch Sacheinlagen werden von der die Sacheinlage einbringenden Partei getragen.

Der Verwaltungsrat kann jedem Verwaltungsratsmitglied, jedem Direktor oder jedem anderen Bevollmächtigten der Gesellschaft, die dazu befugt sind, die Aufgabe übertragen, Zeichnungen, Rücknahmen oder Umtauschanträge entgegenzunehmen und den Preis der neuen Aktien, die auszugeben oder zurückzunehmen sind, zu zahlen oder entgegenzunehmen.

Sämtliche Zeichnungen neuer Aktien müssen, ansonsten sie für nichtig erklärt werden, voll eingezahlt sein und mit den ausgegebenen Aktien sind die gleichen Rechte verbunden wie mit den am Ausgabetag bereits vorhandenen Aktien.

Art. 9. Rücknahme der Aktien

Jeder Aktionär hat das Recht, jederzeit bei der Gesellschaft die Rücknahme eines Teils oder der Gesamtheit der sich in seinem Besitz befindlichen Aktien zu beantragen.

Der Rücknahmepreis einer Aktie eines Teilfonds entspricht dem Nettoinventarwert, wie er für jede Aktienklasse gemäß Artikel 12 dieser Satzung bestimmt wird. Die Rücknahmen basieren auf dem am ersten Bewertungstag, der auf den Tag des Eingangs des Rücknahmeantrags folgt, ermittelten Preis. Der Rücknahmepreis reduziert sich um die in den Verkaufsunterlagen der Aktien aufgeführten Rücknahmegebühren.

Bei einem großen Volumen an Rücknahme- und/oder Umtauschanträgen für einen Teilfonds behält die Gesellschaft sich das Recht vor, die Aktien nur zu einem Preis zurückzunehmen, der ermittelt wird, nachdem sie schnellstmöglich die notwendigen Anlageverkäufe in kürzester Zeit tätigen konnte und nur nachdem sie über den Erlös dieser Verkäufe verfügen kann. Ein einziger Nettoinventarwert wird dann für alle Rücknahme- und Umtauschanträge berechnet, die zum selben Zeitpunkt eingereicht wurden. Diese Anträge werden vorrangig gegenüber sämtlichen sonstigen Anträgen behandelt.

Jeder Rücknahmeantrag ist vom Aktionär schriftlich an den Sitz der Gesellschaft in Luxemburg oder an eine andere juristische Person, die zur Rücknahme der Aktien bevollmächtigt ist, zu richten. Er muss Angaben zum Namen des Anlegers, zum Teilfonds, der Klasse, der Anzahl von Wertpapieren oder dem Rücknahmebetrag sowie Anweisungen in Bezug auf die Zahlung des Rücknahmepreises enthalten.

Der Rücknahmepreis wird spätestens fünf Geschäftstage nach dem Tag der Bestimmung des anwendbaren Nettoinventarwertes, oder dem Tag, an dem die Aktien bei der Gesellschaft eingegangen sind, falls dieser Tag später fällt, gezahlt. Jeder Rücknahmeantrag ist unwiderruflich, außer im Falle der Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwerts der Aktien.

Der Rücknahmeantrag muss von dem oder den Anteilschein(en) sowie von den notwendigen Dokumenten begleitet sein, die zur Übertragung erforderlich sind, ehe der Rücknahmepreis ausgezahlt wird.

Die von der Gesellschaft zurückgenommenen Aktien werden für nichtig erklärt.

Art. 10. Umtausch von Aktien

Jeder Aktionär ist berechtigt, vorbehaltlich eventueller Beschränkungen durch den Verwaltungsrat, von einem Teilfonds oder einer Aktienklasse in einen anderen Teilfonds oder eine andere Aktienklasse zu wechseln und den Umtausch der Aktien eines Teilfonds oder einer Aktienklasse, die in seinem Besitz sind, in Aktien eines anderen Teilfonds oder einer anderen Aktienklasse zu beantragen.

Der Umtausch erfolgt auf der Grundlage der Nettoinventarwerte gemäß der Bestimmung dieser Werte nach Artikel 12 dieser Satzung, für die Aktienklasse(n) der betreffenden Teilfonds am ersten gemeinsamen Bewertungstag, der auf den Tag des Eingangs der Umtauschanträge folgt, und gegebenenfalls unter Berücksichtigung des geltenden Wechselkurses zwischen den Währungen der beiden Teilfonds am Bewertungstag. Der Verwaltungsrat kann die Einschränkungen auferlegen, die er als notwendig erachtet in Hinblick auf die Häufigkeit des Umtauschs und er kann die Zahlung von Umtauschkosten, deren Betrag er angemessen festlegt, bestimmen.

Jeder Umtauschantrag ist vom Aktionär schriftlich an den Sitz der Gesellschaft in Luxemburg oder an eine andere juristische Person, die zum Umtausch der Aktien bevollmächtigt ist, zu richten. Er muss Angaben zum Namen des Anlegers, zum Teilfonds und der Klasse der gehaltenen Aktien, der Anzahl von Aktien oder dem Umtauschbetrag sowie zu dem Teilfonds und der Aktienklasse, die im Austausch zu erhalten sind, enthalten. Er muss von eventuell ausgestellten Aktienzertifikaten begleitet sein. Falls Aktienzertifikate für Namensaktien für die Aktien der ursprünglichen Klasse ausgestellt wurden, werden die neuen Aktienzertifikate erst dann ausgegeben, wenn die alten Aktienzertifikate bei der Gesellschaft eingegangen sind.

Der Verwaltungsrat kann beschließen, durch die Umwandlung entstandene Aktienbruchteile zuzuteilen oder die diesen Bruchteilen entsprechenden Gelder an die Aktionär, die den Umtausch beantragt haben, auszuzahlen.

Aktien, die in andere Aktien umgetauscht wurden, werden für nichtig erklärt.

Art. 11. Beschränkungen beim Besitz von Aktien

Die Gesellschaft kann das Eigentum von Aktien gegenüber natürlichen oder juristischen Personen und das Eigentum von Aktien seitens Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika einschränken oder untersagen.

Die Gesellschaft kann darüber hinaus die Beschränkungen bestimmen, die sie für nützlich erachtet, um sicherzustellen, dass keine Aktie der Gesellschaft von einer Person erworben wird oder in ihrem Besitz ist, die (a) gegen das Gesetz oder sonstige Vorschriften eines Landes oder einer Behörde verstößt, oder (b) durch deren Lage nach Ansicht des Verwaltungsrats steuerliche oder andere finanzielle Nachteile für die Gesellschaft entstehen würden, die sonst nicht entstanden wären.

Zu diesem Zweck:

1. kann die Gesellschaft die Ausgabe von Aktien und die Eintragung von Aktienübertragungen ablehnen, falls sie der Auffassung ist, dass eine solche Ausgabe oder Übertragung zur Folge hätte oder haben könnte, dass das Eigentum der Aktien an einen Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika fallen würde;

2. kann die Gesellschaft von jeder Person, die im Aktionärsregister eingetragen ist, oder von jeder anderen Person, die eine Übertragung von Aktien beantragt, verlangen, ihr alle Informationen und Aktienzertifikate zur Verfügung zu stellen, die sie für notwendig erachtet, und die gegebenenfalls von einer eidesstattlichen Erklärung begleitet sind, mit dem Ziel festzustellen, ob diese Aktien das Eigentum von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika sind oder werden;

3. kann die Gesellschaft zum Zwangsrückkauf schreiten, falls sie der Auffassung ist, dass ein Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika allein oder mit anderen Eigentümern von Aktien der Gesellschaft ist. In diesem Fall wird folgendes Verfahren angewandt:

a) Die Gesellschaft lässt dem Aktionär, der die Aktien hält oder der im Aktionärsregister als Eigentümer der zurückzukaufenden Aktien verzeichnet ist, eine Mitteilung (nachstehend «Rückkaufbescheid») zugehen; der Rückkaufbescheid definiert die zurückzukaufenden Titel, den zu zahlenden Rücknahmepreis und den Ort, an dem die Zahlung dieses Preises zu erfolgen hat. Der Rückkaufbescheid kann dem Aktionär mittels Einschreibebrief zugehen, der an seine zuletzt bekannte Anschrift oder an die im Aktionärsregister eingetragene Anschrift adressiert ist. Der betroffene Aktionär ist gehalten, der Gesellschaft unverzüglich den oder gegebenenfalls die Anteilschein(e) zu übergeben, die die im Rückkaufbescheid aufgeführten Aktien repräsentieren.

Sofort nach Geschäftsschluss des im Rückkaufbescheid angegebenen Tages scheidet der betroffene Aktionär als Inhaber der im Rückkaufbescheid angegebenen Aktien aus; und im Falle von Namensaktien wird sein Name im Anteilregister gestrichen; bei Inhaberaktien werden der oder die Anteilschein(e), die die Aktien repräsentieren, in den Büchern der Gesellschaft für nichtig erklärt.

b) Der Preis, zu dem die im Rückkaufbescheid erwähnten Aktien zurückgenommen werden (der «Rückkaufpreis»), ist gleich dem Nettoinventarwert der Aktien der Gesellschaft, der unmittelbar vor dem Rückkaufbescheid bestimmt wurde. Ab dem Datum des Rückkaufbescheids verliert der betreffende Aktionär sämtliche Rechte eines Aktionärs.

c) Die Zahlung des Rückkaufpreises erfolgt in der Währung, die der Verwaltungsrat bestimmt. Der Betrag wird von der Gesellschaft bei einer Bank in Luxemburg oder andernorts hinterlegt, wie im Rückkaufbescheid angegeben, die Bank zahlt den Preis dem betroffenen Aktionär gegen Übergabe des oder der Aktienzertifikate(s), die im Rückkaufbescheid angegeben sind, aus. Sofort nach Hinterlegung des Betrages gemäß diesen Bedingungen kann keine Person, die ein Interesse bezüglich der im Rückkaufbescheid erwähnten Aktien hat, ein Recht auf diese Aktien geltend machen oder gegen die Gesellschaft und ihr Vermögen vorgehen. Lediglich der Aktionär, der als Inhaber der Aktien auftritt, kann den gezahlten Preis (zinslos) bei der Bank gegen Übergabe der Aktienzertifikate einfordern.

d) Die Ausübung der Vollmachten durch die Gesellschaft, die ihr in diesem Artikel verliehen werden, kann in keinem Fall in Frage gestellt oder für kraftlos erklärt werden aus dem Grunde, dass das Eigentum an Aktien nicht ausreichend nachgewiesen werden kann oder dass ein Anteil im Eigentum einer anderen Person stand, als von der Gesellschaft bei Absendung des Rückkaufbescheides angenommen, unter der Bedingung, dass die Gesellschaft ihre Rechte in gutem Glauben ausgeübt hat.

4. kann die Gesellschaft bei jeder Generalversammlung der Aktionär das Stimmrecht jedes Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika und jedes Aktionärs, der Gegenstand eines Rückkaufbescheids für seine Aktien war, verweigern.

Der in dieser Satzung benutzte Ausdruck «Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika» bezieht sich auf jeden Staatsangehörigen, Staatsbürger oder Gebietsansässigen der Vereinigten Staaten von Amerika oder eines ihrer Gebiete oder ihrer Territorien in ihrem Zuständigkeitsbereich bzw. Personen, die dort ihren normalen Wohnsitz haben (einschließlich des Nachlasses aller Personen, Gesellschaften oder dort gegründeter oder organisierter Unternehmen).

Art. 12. Ermittlung des Nettoinventarwerts der Aktien

Der Nettoinventarwert einer Aktie, gleichgültig in welchem Teilfonds und in welcher Klasse diese Aktien ausgegeben werden, wird in der vom Verwaltungsrat gewählten Währung durch eine Zahl ausgedrückt, die am Bewertungstag gemäß Artikel 13 dieser Satzung ermittelt wird, indem das Nettovermögen dieses Teilfonds durch die Anzahl der in diesem Teilfonds und in dieser Klasse ausgegebenen Aktien geteilt wird.

Die Bewertung des Nettovermögens der verschiedenen Teilfonds wird wie folgt vorgenommen:

Das Nettovermögen der Gesellschaft wird gebildet durch das nachfolgend definierte Vermögen der Gesellschaft abzüglich der nachfolgend definierten Verbindlichkeiten der Gesellschaft am Bewertungstag, an dem der Nettoinventarwert der Aktien bestimmt wird.

I. Das Vermögen der Gesellschaft enthält:

- a) alle Barmittel in Kassa und auf Konto, einschließlich aller aufgelaufenen und noch nicht fälligen Zinsen,
- b) sämtliche Wechselguthaben, Sichtscheine und Forderungen (einschließlich der Erträge aus verkauften Wertpapieren, deren Preis noch nicht vereinnahmt wurde);
- c) sämtliche Effekten, Anteile, Aktien, Schuldverschreibungen, Options- oder Zeichnungsrechte und andere Anlagen und Wertpapiere im Besitz der Gesellschaft,
- d) sämtliche Forderungen (Dividenden und Ausschüttungen) der Gesellschaft in bar oder aus Wertpapieren, von denen die Gesellschaft vernünftigerweise Kenntnis haben konnte (vorausgesetzt, dass die Gesellschaft Anpassungen in Bezug auf Schwankungen im Marktwert der Wertpapiere vornehmen kann, die durch Praktiken wie den Handel Ex-Dividenden oder Ex-Rechte entstanden sind);
- e) sämtliche aufgelaufenen und noch nicht fälligen Zinsen auf den Wertpapieren im Besitz der Gesellschaft, außer wenn diese Zinsen im Nennwert solcher Wertpapiere inbegriffen sind;
- f) die Gründungskosten der Gesellschaft, insofern sie nicht abgeschrieben wurden;
- g) alle sonstigen Vermögenswerte jeder Art, einschließlich der im Voraus gezahlten Aufwendungen.

Der Wert dieser Vermögenswerte wird wie folgt bestimmt:

- a) Der Wert aller Barmittel in Kassa oder auf Konto, Wechselguthaben, Sichtscheine und Forderungen, vorausgezählter Aufwendungen, Dividenden und erklärter oder aufgelaufener, aber noch nicht vereinnahmter Zinsen wird mit dem Nennwert dieser Vermögenswerte berechnet, es sei denn es ist unwahrscheinlich, dass diese Beträge in voller Höhe eingehen, in letzterem Fall wird der Wert ermittelt, indem die Gesellschaft nach eigenem Ermessen einen entsprechenden Abzug vornimmt, um den wirklichen Wert dieser Vermögenswerte darzustellen.
- b) Der Wert aller an einer Börse notierten oder gehandelten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente wird nach dem letzten verfügbaren Kurs ermittelt.
- c) Der Wert aller Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die an anderen geregelten, in ihrer Funktionsweise regelmäßigen, anerkannten und für das Publikum offenen Märkten gehandelt werden, wird nach dem letzten verfügbaren Kurs bestimmt.
- d) Die Geldmarktinstrumente und festverzinslichen Wertpapiere können auf der Grundlage der abgeschriebenen Kosten bewertet werden. Bei dieser Methode wird nach dem Kauf eine konstante Abschreibung berücksichtigt, die bei Fälligkeit des Wertpapiers den Rücknahmepreis erreicht.
- e) Der Wert der Wertpapiere, die jeden Organismus für gemeinsame Anlagen repräsentieren, wird nach dem letzten offiziellen Nettoinventarwert je Anteil oder nach dem letzten geschätzten Nettoinventarwert bestimmt, falls Letzterer aktueller als der offizielle Nettoinventarwert ist, unter der Bedingung, dass die Sicav die Sicherheit hat, dass die für diese Schätzung verwendete Bewertungsmethode mit der für die Berechnung des offiziellen Nettoinventarwerts verwendeten Methode übereinstimmt.
- f) Soweit Wertpapiere, die am Bewertungstag im Bestand sind, nicht an einer Börse oder an einem anderen geregelten, in seiner Funktionsweise regelmäßigen, anerkannten und für das Publikum offenen Markt notiert oder gehandelt werden, oder wenn für Wertpapiere, die an einer Börse oder an einem solchen anderen Markt notiert oder gehandelt werden, der gemäß den vorstehenden Bestimmungen unter b) und c) ermittelte Preis dem tatsächlichen Marktwert der betreffenden Wertpapiere nicht entspricht, werden diese Wertpapiere auf der Grundlage ihres wahrscheinlichen Verkaufspreises bewertet, der vorsichtig und nach Treu und Glauben geschätzt wird.
- g) Vermögenswerte, die auf eine andere Währung lauten als die Währung der jeweiligen Teilfonds, werden zum letztbekannten Devisenmittelkurs umgerechnet.

II. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft umfassen:

- a) alle Darlehen, verfallenen Wechsel und fälligen Forderungen,
- b) alle fälligen oder geschuldeten Verwaltungskosten, einschließlich der Vergütungen für die Anlageberater, die Verwalter, den Verwahrer und die Bevollmächtigten und Beauftragten der Gesellschaft,
- c) alle bekannten fälligen und nicht fälligen Verpflichtungen, einschließlich sämtlicher fälliger vertraglicher Verpflichtungen, deren Gegenstand Barzahlungen oder Zahlungen in Vermögenswerten sind, einschließlich des von der Gesellschaft angekündigten, aber noch nicht ausgezahlten Dividendenbetrags, wenn der Bewertungstag mit dem Tag zusammenfällt, an dem die Person bestimmt wird, die Anspruch darauf hat oder haben wird,
- d) eine angemessene, vom Verwaltungsrat festgelegte Rückstellung für künftige Kapital- und Einkommensteuern, die bis zum Bewertungstag aufgelaufen sind, sowie andere vom Verwaltungsrat genehmigte oder gebilligte Rücklagen bzw. Rückstellungen,

e) alle anderen Verpflichtungen der Gesellschaft jeder Art, außer Verpflichtungen, die Eigenmittel der Gesellschaft darstellen. Für die Bewertung der Höhe dieser Verpflichtungen kann die Gesellschaft Verwaltungs- und anderen regelmäßig oder periodisch wiederkehrenden Kosten Rechnung tragen, indem sie eine Schätzung für das Jahr oder jede andere Periode vornimmt und den Betrag anteilmäßig über den jeweiligen Zeitraum verteilt.

III. Das der Gesamtheit der Aktien eines Teilfonds zuzuschreibende Nettovermögen wird gebildet durch das Vermögen des Teilfonds abzüglich der Verbindlichkeiten des Teilfonds am Schluss des Bewertungstags, an dem der Nettoinventarwert der Aktien bestimmt wird.

Wenn innerhalb eines bestimmten Teilfonds Zeichnungen oder Rücknahmen von Aktien in Bezug auf Aktien einer spezifischen Aktienklasse erfolgen, wird das der Gesamtheit der Aktien dieser Klasse zuzuschreibende Nettovermögen des Teilfonds um die bei der Gesellschaft aufgrund dieser Zeichnungen oder Rücknahmen von Aktien eingegangenen oder von ihr gezahlten Nettobeträge erhöht bzw. verringert.

IV. Der Verwaltungsrat hat eine Vermögensmasse für jeden Teilfonds einzurichten, die in der nachfolgend bestimmten Weise den Aktien, die für einen Teilfonds und eine Klasse ausgegeben sind, gemäß den Bestimmungen dieses Artikels zugeteilt wird. Zu diesem Zweck:

1. werden die Erlöse aus der Ausgabe der Aktien eines jeden Teilfonds in den Büchern der Gesellschaft diesem Teilfonds zugeteilt und werden die Vermögenswerte, Verpflichtungen, Einkommen und Ausgaben dieses Teilfonds diesem Teilfonds zugeteilt;

2. wird ein Vermögenswert, falls er aus einem anderen Vermögenswert abgeleitet wird, in den Büchern der Gesellschaft demselben Teilfonds zugerechnet, aus dem er abgeleitet wurde, und bei jeder Neubewertung eines Vermögenswerts ist die Wertzunahme oder -abnahme auf den betreffenden Teilfonds anzuwenden, dem dieser Vermögenswert zugehört.

3. wird, falls der Gesellschaft eine Verpflichtung entsteht, die sich auf einen Vermögenswert eines Teilfonds bezieht oder auf ein Geschäft im Zusammenhang mit einem Vermögenswert eines Teilfonds, diese Verpflichtung dem betreffenden Teilfonds zugeteilt;

4. wird für den Fall, dass ein Vermögenswert oder eine Verpflichtung der Gesellschaft einem einzelnen Teilfonds nicht zugeordnet werden kann, dieser Vermögenswert oder diese Verpflichtung allen Teilfonds im Verhältnis der im Rahmen der verschiedenen Teilfonds ausgegebenen Nettoanteilswerte zugeteilt. Die Gesellschaft stellt ein und dieselbe juristische Person dar;

5. wird in Folge von Zahlungen von Dividenden an ausschüttende Aktien eines Teilfonds der Nettoinventarwert dieses Teilfonds, der diesen ausschüttenden Aktien zugeteilt ist, entsprechend der Summe dieser Dividenden herabgesetzt gemäß den Bestimmungen sub VI. dieses Artikels.

V. Zum Zweck dieses Artikels:

1. wird jeder zurückzunehmende Anteil der Gesellschaft gemäß Artikel 9 dieser Satzung als ausgegebener und bestehender Anteil bis zum Geschäftsschluss am Bewertungstag berücksichtigt, der für die Rücknahme dieses Anteils gilt, wobei von diesem Zeitpunkt an und bis zu seiner Zahlung, der Rücknahmepreis als eine Verbindlichkeit der Gesellschaft angesehen wird;

2. wird jede auszugebende Aktie der Gesellschaft gemäß den eingegangenen Zeichnungsanträgen ab dem Geschäftsschluss an dem Bewertungstag, an dem sein Ausgabepreis bestimmt wurde, als ausgegebene Aktie behandelt, und sein Preis wird bis zu seiner Zahlung als eine Forderung der Gesellschaft angesehen;

3. werden sämtliche Anlagen, Barbestände und sonstigen Vermögenswerte der Gesellschaft, die auf andere Währungen als die jeweilige Währung eines jeden Teilfonds lauten, unter Berücksichtigung des am Tag und zur Stunde der Ermittlung des Nettoinventarwerts der Aktien geltenden Wechselkurses bewertet; und

4. wird, soweit als möglich, allen am Bewertungstag von der Gesellschaft abgeschlossenen Käufen oder Verkäufen von Wertpapieren nach Möglichkeit Rechnung getragen.

VI. In dem Maße, in dem und zu der Zeit, in der bei den Aktien eines bestimmten Teilfonds Aktien verschiedener Klassen ausgegeben werden und im Umlauf sind, wird der Nettoinventarwert dieses Teilfonds gemäß den Bestimmungen sub I bis V dieses Artikels zwischen den gesamten Aktien jeder Klasse aufgegliedert. Wenn innerhalb eines bestimmten Teilfonds Zeichnungen oder Rücknahmen von Aktien in Bezug auf eine Aktienklasse erfolgen, wird das der Gesamtheit der Aktien dieser Klasse zuzuschreibende Nettovermögen des Teilfonds um die bei der Gesellschaft aufgrund dieser Zeichnungen oder Rücknahmen von Aktien eingegangenen oder von ihr gezahlten Nettobeträge erhöht bzw. verringert. Zu jeder Zeit ist der Nettowert einer Aktie im jeweiligen Teilfonds und in der jeweiligen Klasse gleich dem Betrag entstehend aus der Teilung des Nettovermögens dieses Teilfonds, das auf sämtliche Aktien dieser Klasse entfällt, durch die gesamte Anzahl der Aktien dieser Klasse, die ausgegeben und in Umlauf sind.

Art. 13. Häufigkeit und vorläufige Aussetzung der Ermittlung des Nettoinventarwerts der Aktien, der Ausgaben, Rücknahmen und des Umtauschs von Aktien

I. Häufigkeit der Ermittlung des Nettoinventarwerts

In jedem Teilfonds wird der Nettoinventarwert der Aktien, einschließlich des Ausgabe- und Rücknahmepreises, periodisch von der Gesellschaft oder einem von der Gesellschaft bestellten Dritten ermittelt, jedoch keinesfalls seltener als zweimal im Monat und mit der vom Verwaltungsrat bestimmten Häufigkeit (ein solcher Tag der Ermittlung des Nettoinventarwerts der Aktien wird in dieser Satzung als «Bewertungstag» bezeichnet).

Falls ein Bewertungstag auf einen gesetzlichen Feiertag oder einen Bankfeiertag in Luxemburg fällt, wird der Nettoinventarwert der Aktien an dem in den Verkaufsunterlagen genannten Tag ermittelt.

II. Vorläufige Aussetzung der Ermittlung des Nettoinventarwerts

Unbeschadet der gesetzlichen Gründe kann die Gesellschaft die Ermittlung des Nettoinventarwerts der Aktien sowie die Ausgabe, die Rücknahme und den Umtausch ihrer Aktien im Allgemeinen oder nur im Zusammenhang mit einem oder mehreren Teilfonds bei Auftreten der folgenden Umstände aussetzen:

- während des gesamten oder eines Teils des Zeitraums, in dem eine der wichtigsten Börsen oder einer der wichtigsten sonstigen Märkte, an denen ein bedeutender Teil des Portfolios eines oder mehrerer Teilfonds notiert ist, aus anderen Gründen als gewöhnliche Feiertage geschlossen ist oder der Handel dort eingeschränkt oder ausgesetzt ist,
- wenn Notlagen bewirken, dass die Gesellschaft über das Vermögen eines oder mehrerer Teilfonds nicht verfügen oder dieses nicht bewerten kann,
- wenn die Kommunikationsmittel, die für die Ermittlung des Preises, des Werts des Vermögens oder der Börsenkurse für einen oder mehrere Teilfonds erforderlich sind, unter den vorstehend im ersten Gedankenstrich festgelegten Bedingungen außer Betrieb sind,
- während des gesamten Zeitraums, in dem die Gesellschaft nicht in der Lage ist, Gelder zurückzuführen, um Auszahlungen für Rücknahmen von Aktien eines oder mehrerer Teilfonds vorzunehmen, oder wenn die Überweisungen von Geldern im Zusammenhang mit Anlagekäufen oder -verkäufen oder fälligen Auszahlungen für Rücknahmen von Aktien nach Auffassung des Verwaltungsrats nicht zu normalen Wechselkursen getätigt werden können,
- nach der Veröffentlichung der Einberufung zu einer Generalversammlung der Aktionäre, die über die Auflösung und die Liquidation der Gesellschaft zu tagen hat.

Eine derartige Aussetzung der Ermittlung des Nettoinventarwerts wird den Aktionären, die in den betroffenen Teilfonds einen Antrag auf Zeichnung, Rücknahme oder Umtausch von Aktien gestellt haben, von der Gesellschaft zur Kenntnis gebracht; diese Aktionäre können ihre Order annullieren. Die anderen Aktionäre werden durch eine Pressemitteilung informiert. Eine derartige Aussetzung hat keinerlei Einfluss auf die Berechnung des Nettoinventarwerts, die Ausgabe, die Rücknahme oder den Umtausch von Aktien in den nicht davon betroffenen Teilfonds.

Kapitel III.- Verwaltung und Aufsicht der Gesellschaft

Art. 14. Verwaltungsratsmitglieder

Die Gesellschaft wird von einem Verwaltungsrat, der aus mindestens drei Mitgliedern besteht, die keine Aktionäre zu sein brauchen, verwaltet. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der Generalversammlung für einen Zeitraum von einem Jahr, der verlängert werden kann, ernannt und bleiben solange im Amt, bis ihre Nachfolger gewählt sind.

Jedes Mitglied des Verwaltungsrats kann mit oder ohne Begründung abberufen werden oder jederzeit durch einen Beschluss der Generalversammlung der Aktionäre ersetzt werden.

Bei Ableben oder Ausscheiden eines Mitglieds des Verwaltungsrats kann dessen Amt vorläufig gemäß den vom Gesetz vorgesehenen Modalitäten ersetzt werden. Die endgültige Wahl wird in diesem Fall durch die Generalversammlung bei ihrem nächsten Zusammentreffen vorgenommen.

Art. 15. Sitzungen des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, bei dem es sich obligatorisch um eine natürliche Person handeln muss. Er kann ebenfalls einen stellvertretenden Vorsitzenden ernennen und einen Sekretär bestellen, der kein Mitglied des Verwaltungsrats zu sein braucht. Der Verwaltungsrat tritt auf Einberufung des Vorsitzenden oder, falls dieser verhindert ist, auf Einberufung von zwei Verwaltungsratsmitgliedern an dem im Einberufungsschreiben angegebenen Ort so oft zusammen, wie die Interessen der Gesellschaft dies verlangen. Die Einberufungen können mit jedem Mittel und sogar mündlich erfolgen. Mindestens ein Drittel der Verwaltungsratsmitglieder können, indem sie die Tagesordnung der Sitzung angeben, den Verwaltungsrat einberufen, falls dieser seit mehr als zwei Monaten nicht mehr zusammengetreten ist.

Der Verwaltungsrat kann nur gültig tagen und beschließen, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder vertreten ist.

Jedes Verwaltungsratsmitglied kann einem seiner Kollegen schriftlich, per Telegramm, per E-Mail oder durch jedes andere vom Verwaltungsrat genehmigte Mittel eine Vollmacht erteilen, um es in einer Verwaltungsratssitzung zu vertreten und dort an seiner Stelle über die Punkte der Tagesordnung der Sitzung abzustimmen. Ein Verwaltungsratsmitglied kann mehrere seiner Kollegen vertreten.

Die Beschlüsse werden mit der Mehrheit der Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit hat der Vorsitzende in dieser Sitzung die entscheidende Stimme.

In Notfällen können die Mitglieder des Verwaltungsrats ihre Stimme über die Punkte auf der Tagesordnung durch einfaches Schreiben, per Telegramm oder E-Mail oder durch jedes andere vom Verwaltungsrat genehmigte Mittel abgeben.

Ein von allen Mitgliedern des Verwaltungsrats unterzeichneter Beschluss hat den gleichen Wert wie eine im Verwaltungsrat getroffene Entscheidung.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrats werden in Protokollen festgehalten, die vom Vorsitzenden oder, in seiner Abwesenheit, von demjenigen unterzeichnet sind, der den Vorsitz der Sitzung führte. Kopien oder Auszüge, die bei Gericht oder andernorts vorzulegen sind, werden vom Vorsitzenden oder von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterzeichnet.

Art. 16. Befugnisse des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat ist weitestgehend befugt, die Geschäfte der Gesellschaft zu führen und alle Verfügungs- und Verwaltungshandlungen im Rahmen des Gesellschaftsgegenstands vorzunehmen unter Vorbehalt der Einhaltung der Anlagepolitik gemäß Artikel 4 dieser Satzung.

Alles, was nicht ausdrücklich durch Gesetz oder Satzung der Generalversammlung der Aktionäre vorbehalten ist, fällt in den Zuständigkeitsbereich des Verwaltungsrats.

Der Verwaltungsrat, der das Prinzip der Risikostreuung anwendet, hat die Befugnis, die allgemeine Zielsetzung der Verwaltung und der Anlagepolitik der Gesellschaft festzulegen sowie die Grundsätze der Verwaltung der Gesellschaft

unter Vorbehalt der von Gesetz und Verordnung über die Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren festgelegten Anlagebeschränkungen, oder diejenigen, die der Verwaltungsrat in Bezug auf die Anlagen der Gesellschaft vorseht. Die Gesellschaft kann in jedem Teilfonds und im Rahmen der vorgenannten Beschränkungen in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten anlegen, die an allen Börsen notiert und an allen geregelten Märkten gehandelt werden, deren Funktionsweise regelmäßig ist, die anerkannt und der Öffentlichkeit zugänglich sind und die sich in einem Land in Europa, Afrika, Asien, auf dem amerikanischen Kontinent und in Ozeanien befinden.

Die Gesellschaft kann darüber hinaus und gemäß dem Grundsatz der Risikostreuung bis zu 100% ihres Nettovermögens in einem oder mehreren Teilfonds in verschiedenen Emissionen von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten anlegen, die von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, seinen Gebietskörperschaften, von einem Staat der OECD oder von internationalen Organismen öffentlichrechtlichen Charakters begeben oder garantiert sind, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union angehören, jedoch muss dieser bzw. müssen diese Teilfonds Wertpapiere halten, die im Rahmen von mindestens sechs verschiedenen Emissionen begeben sind, wobei der Wert ein und derselben Emission 30% des Gesamtbetrags nicht übersteigen darf.

Art. 17. Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber Dritten

Gegenüber Dritten ist die Gesellschaft durch die gemeinsame Unterschrift von zwei Verwaltungsratsmitgliedern oder die Einzelunterschrift aller Personen wirksam verpflichtet, denen Unterschriftsvollmachten vom Verwaltungsrat erteilt wurden.

Art. 18. Vollmacht

Der Verwaltungsrat kann Vollmachten für die tägliche Geschäftsführung der Gesellschaft an einen oder mehrere Mitglieder des Verwaltungsrats übertragen oder an einen oder mehrere andere Vertreter, die keine Aktionäre der Gesellschaft zu sein brauchen, jedoch unter Beachtung der Bestimmungen von Artikel 60 des abgeänderten Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften.

Art. 19. Depotbank

Die Gesellschaft schließt mit einer Luxemburger Bank eine Vereinbarung ab, gemäß der diese Bank die Pflichten eines Verwahrers des Vermögens der Gesellschaft übernimmt, entsprechend dem Gesetz vom 20. Dezember 2002 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen.

Art. 20. Persönliches Interesse der Mitglieder des Verwaltungsrats

Kein Vertrag oder anderes Geschäft zwischen der Gesellschaft und anderen Gesellschaften oder Firmen kann dadurch beeinträchtigt oder ungültig werden, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder Bevollmächtigte der Gesellschaft ein Interesse diesbezüglich haben, oder Verwaltungsratsmitglieder, Teilhaber, Bevollmächtigte oder Angestellte sind. Ein Verwaltungsratsmitglied oder ein Bevollmächtigter der Gesellschaft, der zur gleichen Zeit die Aufgaben eines Verwaltungsratsmitgliedes, Teilhabers, Bevollmächtigten oder Angestellten einer anderen Gesellschaft oder Firma erfüllt, mit der die Gesellschaft Vereinbarungen eingeht oder sonst in Geschäftsverbindung tritt, wird aufgrund der Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft oder Firma nicht daran gehindert, in Bezug auf eine solche Vereinbarung oder ein solches Geschäft Stellung zu beziehen, abzustimmen oder zu handeln.

Für den Fall, dass ein Verwaltungsratsmitglied oder ein Bevollmächtigter der Gesellschaft ein persönliches Interesse bezüglich eines Geschäfts der Gesellschaft hat, hat dieses Mitglied oder dieser Bevollmächtigte dem Verwaltungsrat dieses persönliche Interesse mitzuteilen und diese Erklärung wird im Sitzungsprotokoll festgehalten. Dieses Mitglied oder dieser Bevollmächtigte wird über ein solches Geschäft weder tagen noch abstimmen. Dieses Geschäft und das damit verbundene persönliche Interesse werden den Aktionären bei der nächsten Generalversammlung der Aktionäre zur Kenntnis gebracht.

Der Ausdruck «persönliches Interesse», wie im vorhergehenden Satz verwendet, findet keine Anwendung auf Beziehungen oder Interessen, die auf welche Art oder in welchem Rahmen auch immer im Zusammenhang mit einer Gesellschaft oder juristischen Person, die der Verwaltungsrat bestimmen kann, bestehen könnten.

Art. 21. Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder

Die Gesellschaft kann jedes Verwaltungsratsmitglied oder jeden Bevollmächtigten, ihre Erben, Testamentsvollstrecker oder gesetzlichen Verwalter für alle vernünftigen Ausgaben entschädigen, die in Verbindung mit einer Handlung, einem Verfahren oder einer Verhandlung entstehen, an denen sie in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsratsmitglieder oder Bevollmächtigte der Gesellschaft beteiligt sind oder waren oder weil sie, auf Wunsch der Gesellschaft, Verwaltungsratsmitglieder oder Bevollmächtigte einer anderen Gesellschaft waren, bei der die Gesellschaft Aktionär oder Gläubiger ist, und von der sie keine Vergütung erhalten würden, außer im Falle, wo sie in einem solchen Verfahren oder einer Verhandlung wegen grober Fahrlässigkeit oder Misswirtschaft verurteilt würden; bei außergerichtlichem Vergleich wird eine solche Vergütung nur gestattet, wenn die Gesellschaft durch ihren Rechtsberater davon unterrichtet ist, dass die Person, die die Vergütung erhalten soll, ihre Pflichten nicht verletzt hat. Das Recht auf Vergütung, wie vorstehend ausgeführt, schließt keine anderen individuellen Rechte in Bezug auf diese Personen aus.

Art. 22. Aufsicht der Gesellschaft

Gemäß dem Gesetz vom 20. Dezember 2002 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen ist die Vermögenslage der Gesellschaft der Kontrolle eines Wirtschaftsprüfers unterworfen. Letzterer wird von der jährlichen Generalversammlung der Aktionäre für einen Zeitraum bestellt, der mit dem Ende des Tages der darauf folgenden jährlichen Generalversammlung der Aktionäre endet, und er bleibt im Amt bis zur Wahl seines Nachfolgers. Der Wirtschaftsprüfer kann jederzeit mit oder ohne Grund durch die Generalversammlung der Aktionäre ersetzt werden.

Kapitel IV.- Generalversammlung

Art. 23. Vertretung

Die Generalversammlung vertritt alle Aktionäre der Gesellschaft. Sie verfügt über die weitgehendsten Vollmachten, um alle Angelegenheiten der Gesellschaft anzuordnen, sie zu tätigen oder zu bestätigen.

Art. 24. Jährliche Generalversammlung

Die Generalversammlung wird vom Verwaltungsrat einberufen. Sie kann jedoch auf Antrag von Aktionären einberufen werden, die ein Fünftel des Gesellschaftskapitals besitzen.

Die jährliche Generalversammlung tritt am zweiten Mittwoch des Monats Mai um 11 Uhr in der Stadt Luxemburg an dem im Einberufungsschreiben angegebenen Ort zusammen. Falls dieser Tag ein Feiertag ist, tritt die Generalversammlung am ersten darauf folgenden Bankgeschäftstag zusammen. Die jährliche Generalversammlung kann im Ausland abgehalten werden, falls der Verwaltungsrat souverän feststellt, dass außergewöhnliche Umstände dies erfordern.

Jeder Aktionär wird schriftlich innerhalb der gesetzlichen Fristen zu der Generalversammlung einberufen. Falls Inhaberaktien ausgegeben wurden, erfolgt die Einberufung durch Mitteilungen, die den gesetzlichen Formen und Fristen entsprechen.

Außerdem können die Aktionäre jedes Teilfonds zu einer separaten Generalversammlung zusammentreten, die gemäß den Anwesenheits- und Mehrheitsbestimmungen tagt und beschließt, die in dem zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Gesetz vorgesehen sind, und zwar in Bezug auf Folgendes:

1. die Zuweisung der Gewinnsalden des Jahres in ihrem Teilfonds;
2. in den von Artikel 33 der Satzung vorgesehenen Fällen.

Die bei einer Generalversammlung der Aktionäre behandelten Angelegenheiten sind auf die in der Tagesordnung enthaltenen Punkte sowie auf die Angelegenheiten, die sich auf diese Punkte beziehen, beschränkt.

Art. 25. Versammlungen ohne vorherige Einberufung

Immer wenn alle Aktionäre anwesend oder vertreten sind, sich als ordentlich einberufen befinden und erklären, die Tagesordnung zu kennen, die ihnen zum Beschluss unterbreitet wird, kann die Generalversammlung ohne Einberufungsschreiben abgehalten werden.

Art. 26. Abstimmung

Jeder Anteil in jedem Teilfonds und unabhängig von seinem Nettoinventarwert im Teilfonds, in dem er ausgegeben wurde, ist zu einer Stimme berechtigt. Die Aktionäre können sich in den Generalversammlungen durch Bevollmächtigte vertreten lassen, indem sie ihnen eine schriftliche Vollmacht erteilen; diese Bevollmächtigten brauchen keine Aktionäre der Gesellschaft zu sein.

Der Verwaltungsrat kann sämtliche anderen Bedingungen festlegen, die von den Aktionären zur Teilnahme an der Generalversammlung zu erfüllen sind.

Art. 27. Beschlussfähigkeit und Mehrheitsbedingungen

Die Generalversammlung tagt gemäß den Vorschriften des abgeänderten Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften.

Sofern nichts anderes vom Gesetz oder dieser Satzung vorgesehen ist, werden die Beschlüsse der Generalversammlungen der Aktionäre mit der einfachen Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Aktionäre gefasst.

Titre V.- Geschäftsjahr - Gewinnverteilung**Art. 28. Geschäftsjahr und Rechnungswährung**

Das Geschäftsjahr beginnt jedes Jahr am ersten Januar und endet am 31. Dezember desselben Jahres. Die Rechnungswährung ist der Euro.

Art. 29. Verteilung der jährlichen Gewinne

In jedem Teilfonds der Gesellschaft bestimmt die Generalversammlung der Aktionäre auf Vorschlag des Verwaltungsrats den Betrag der auszuschüttenden Dividenden in Bezug auf die ausschüttenden Aktien innerhalb der im Gesetz vom 20. Dezember 2002 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen vorgesehenen Beschränkungen. Falls es jedoch im Interesse der Aktionäre ist, aus Gründen der Marktbedingungen keine Dividende auszuzahlen, wird keine Ausschüttung vorgenommen.

Der Anteil der Erträge und Kapitalgewinne, der auf die thesaurierenden Aktien entfällt, wird kapitalisiert.

In allen Teilfonds können Zwischendividenden erklärt und vom Verwaltungsrat in Bezug auf die ausschüttenden Aktien gezahlt werden unter Beachtung der zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden gesetzlichen Bedingungen.

Die Dividenden können in der vom Verwaltungsrat gewählten Währung zu Zeiten und an Orten ausgezahlt werden, die dieser festlegt, zum am Tag der Auszahlung geltenden Wechselkurs. Jede erklärte Dividende, die vom dazu Berechtigten nicht innerhalb von fünf Jahren nach ihrer Zuteilung gefordert wird, kann nicht mehr gefordert werden und fällt der Gesellschaft zu. Es werden auf eine von der Gesellschaft erklärte Dividende, die sie zur Verfügung des Berechtigten hält, von der Gesellschaft keine Zinsen gezahlt.

Art. 30. Kosten zu Lasten der Gesellschaft

Die Gesellschaft trägt die Gesamtheit ihrer Betriebskosten, insbesondere:

- Vergütung und Erstattung der Kosten des Verwaltungsrats;
- Vergütung der Verwaltungsgesellschaft, die von der Gesellschaft bestimmt werden kann und in diesem Fall in den Verkaufsunterlagen der Gesellschaft genannt wird, sowie die Vergütung der Verwalter, der Anlageberater, der Depotbank, der Zentralverwaltungsstelle, der Finanzstelle, der Zahlstelle, des Wirtschaftsprüfers, der Rechtsberater der Gesellschaft sowie anderer Berater oder Beauftragter, die die Gesellschaft möglicherweise in Anspruch nehmen muss;
- Maklergebühren;
- Kosten für die Erstellung, den Druck und die Verteilung des Prospekts, des Kurzprospekts sowie der Jahres- und Halbjahresberichte;
- Druck der Aktienzertifikate;
- Kosten und Ausgaben für die Gründung der Gesellschaft;
- Steuern und Gebühren an die Behörden im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit;

- Honorare und Kosten in Verbindung mit der Eintragung und dem Erhalt der Eintragung der Gesellschaft bei den Behörden sowie den luxemburgischen und ausländischen Börsen;
- Kosten für die Veröffentlichung des Nettoinventarwerts sowie des Zeichnungs- und Rücknahmepreises;
- Kosten im Zusammenhang mit dem Vertrieb der Aktien der Gesellschaft.

Die Gesellschaft stellt ein und dieselbe juristische Person dar. Die Aktiva eines bestimmten Teilfonds haften nur für die Schulden, Verbindlichkeiten und Verpflichtungen, die diesen Teilfonds betreffen. Die Kosten, die nicht unmittelbar einem Teilfonds zurechenbar sind, werden pro rata im Verhältnis der Nettoaktiva eines jeden Teilfonds auf alle Teilfonds verteilt und werden an erster Stelle auf die Erträge der Teilfonds angerechnet.

Falls die Auflegung eines Teilfonds nach dem Datum der Auflegung der Gesellschaft erfolgt, werden die Gründungskosten im Zusammenhang mit der Auflegung des neuen Teilfonds allein diesem Teilfonds zugerechnet und können über maximal fünf Jahre ab dem Datum der Auflegung dieses Teilfonds abgeschrieben werden.

Kapitel VI.- Liquidation der Gesellschaft

Art. 31. Auflösung - Liquidation

Die Gesellschaft kann durch Beschluss einer Generalversammlung, die gemäß den Bestimmungen von Artikel 27 der Satzung beschließt, aufgelöst werden.

Wenn das Gesellschaftskapital unter zwei Drittel des Mindestkapitals fällt, muss der Verwaltungsrat die Frage der Auflösung der Gesellschaft der Generalversammlung unterbreiten. Diese tagt ohne Bedingungen bezüglich der Anwesenheit und beschließt mit der einfachen Mehrheit der in der Versammlung vertretenen Aktien.

Falls das Gesellschaftskapital unter ein Viertel des Mindestkapitals fällt, muss der Verwaltungsrat die Frage der Auflösung der Gesellschaft der Generalversammlung unterbreiten. Diese tagt ohne Bedingungen bezüglich der Anwesenheit; die Auflösung kann von den Aktionären, die ein Viertel der in der Versammlung vertretenen Aktien besitzen, beschlossen werden.

Die Einberufung hat so zu erfolgen, dass die Versammlung innerhalb von vierzig Tagen nach der Feststellung stattfindet, dass das Vermögen unter zwei Drittel bzw. ein Viertel des Mindestkapitals gefallen ist. Darüber hinaus kann die Gesellschaft durch Beschluss einer Generalversammlung, die gemäß den Bestimmungen von Artikel 31 der Satzung beschließt, aufgelöst werden.

Die Entscheidungen der Generalversammlung oder des Gerichts, das die Auflösung und die Liquidation der Gesellschaft ausspricht, werden im Amtsblatt «Mémorial» und in drei Zeitungen mit angemessener Auflage, darunter mindestens eine Luxemburger Zeitung, veröffentlicht. Diese Veröffentlichungen erfolgen auf Betreiben des oder der Liquidatoren.

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft wird die Liquidation von einem oder mehreren Liquidatoren vorgenommen, die gemäß dem luxemburgischen Gesetz vom 20. Dezember 2002 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen und der Satzung der Gesellschaft bestellt werden. Der Nettoerlös aus der Liquidation jedes Teilfonds wird an die Aktionäre der jeweiligen Klasse im Verhältnis zur Stückzahl ihrer Aktien in dieser Klasse verteilt. Die Beträge, die von den Aktionären bei Abschluss der Liquidation nicht eingefordert wurden, werden bei der «Trésorerie de l'Etat, Caisse de Consignation» in Luxemburg, hinterlegt. Die hinterlegten Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist angefordert werden. Die Ausgabe, Rücknahme und der Umtausch von Aktien wird ab dem Datum der Veröffentlichung der Einberufung zur Hauptversammlung zur Auflösung der Gesellschaft eingestellt.

Art. 32. Liquidation und Zusammenlegung von Teilfonds

I. Liquidation eines Teilfonds.

Der Verwaltungsrat kann die Schließung eines oder mehrerer Teilfonds beschließen, falls wesentliche politische oder wirtschaftliche Veränderungen nach Ermessen des Verwaltungsrats diese Entscheidung notwendig machen.

Außer bei gegenteiliger Entscheidung des Verwaltungsrats kann die Gesellschaft in Erwartung der Inkraftsetzung des Liquidationsbeschlusses weiterhin Rücknahmen von Aktien des Teilfonds vornehmen, dessen Liquidation beschlossen wurde.

Bei diesen Rücknahmen stützt die Gesellschaft sich auf den Nettoinventarwert, der bestimmt wird, indem den Liquidationskosten Rechnung getragen wird, jedoch ohne Abzug einer Rücknahmegebühr oder sonstige Abzüge.

Die Gründungskosten sind unverzüglich integral abzuschreiben, nachdem der Beschluss zur Liquidation gefasst wurde.

Beträge, die von den Aktionären oder Berechtigten bei Abschluss der Liquidation des oder der betroffenen Teilfonds nicht gefordert wurden, bleiben bei der Depotbank während eines Zeitraums von nicht mehr als sechs Monaten nach diesem Tag hinterlegt.

Nach dieser Frist werden diese Guthaben bei der «Trésorerie de l'Etat, Caisse de Consignation» in Luxemburg, hinterlegt.

II. Liquidation durch Einbringen in einen anderen Teilfonds der Gesellschaft oder einen anderen OGAW Luxemburger Rechts.

Falls wesentliche politische oder wirtschaftliche Veränderungen nach Ermessen des Verwaltungsrats diese Entscheidung notwendig machen, kann der Verwaltungsrat ebenfalls die Schließung eines oder mehrerer Teilfonds beschließen durch das Einbringen in einen oder mehrere andere Teilfonds der Gesellschaft oder in einen oder mehrere andere Teilfonds eines anderen OGAW Luxemburger Rechts. Während einer Mindestfrist von einem Monat nach dem Tag der Veröffentlichung des Einbringungsbeschlusses können die Aktionäre des oder der betroffenen Teilfonds die kostenfreie Rücknahme ihrer Aktien beantragen. Nach dieser Frist verpflichtet die Entscheidung über die Einbringung die Gesamtheit der Aktionäre, die von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht haben; dabei ist es selbstverständlich, dass, falls der OGAW, in den eingebracht wird, die Form eines Investmentfonds hat, diese Entscheidung nur diejenigen Aktionäre verpflichtet, die sich zugunsten der Einbringung ausgesprochen haben.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrats in Bezug auf eine bedingungslose Liquidation oder eine Liquidation durch Einbringung sind Gegenstand einer Veröffentlichung im Amtsblatt Mémorial, in einer Luxemburger Zeitung sowie in einer oder mehreren Zeitungen, die in den Ländern vertrieben werden, in denen die Aktien der Gesellschaft zur Zeichnung angeboten werden.

Kapitel VII.- Änderung der Satzung - Anwendbares Recht

Art. 33. Änderung der Satzung

Die vorliegende Satzung kann von einer Generalversammlung abgeändert werden, die gemäß den nach Luxemburger Recht vorgesehenen Bedingungen über Beschlussfähigkeit und Mehrheit tagt. Jede Änderung der Satzung, die die Rechte von Aktien in einem bestimmten Teilfonds gegenüber den Rechten der Aktien in anderen Teilfonds betrifft, sowie jede Änderung der Satzung, die die Rechte von Aktien einer Aktienklasse gegenüber den Rechten der Aktien einer anderen Aktienklasse betrifft, unterliegt den Vorschriften über Beschlussfähigkeit und Mehrheit gemäß Artikel 68 des abgeänderten Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften.

Art. 34. Anwendbares Recht

Für alle Punkte, die in dieser Satzung nicht aufgeführt sind, verweisen die Parteien auf das und unterwerfen sich den Bestimmungen des Luxemburger Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften in seiner derzeit gültigen Fassung sowie des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen.

Da hiermit die Tagesordnung erschöpft ist, wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen.

Worüber Urkunde, geschehen und aufgenommen zu Luxemburg, Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung an die Generalversammlung haben alle Mitglieder des Büros mit Uns Notar unterschrieben.

Gezeichnet: O. Lavédrine, A. Calvisi, T. Gutenkauf, J.-P. Hencks.

Enregistré à Luxembourg, le 15 avril 2004, vol. 143S, fol. 28, case 9. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Für gleichlautende Ausfertigung, zum zweck der Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Luxemburg, den 16. April 2004.

J.-P. Hencks.

(030620.3/216/699) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 avril 2004.

PETERCAM MONETA, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 14, boulevard Royal.

R. C. Luxembourg B 33.352.

L'an deux mille quatre, le seize avril.

Par-devant Maître Jean-Paul Hencks, notaire de résidence à Luxembourg.

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme sous le régime d'une société d'investissement à capital variable PETERCAM MONETA, avec siège social à Luxembourg, constituée suivant acte reçu par le notaire Jacques Delvaux, alors notaire de résidence à Esch-sur-Alzette, en date du 13 mars 1990, publié au Mémorial C numéro 180 du 1^{er} juin 1990, et dont les statuts ont été modifiés à plusieurs reprises et pour la dernière fois suivant acte reçu par le même notaire Jacques Delvaux, de résidence à Luxembourg, en date du 16 octobre 2001, publié au Mémorial C numéro 350 du 4 mars 2002.

L'assemblée est ouverte sous la présidence de Madame Nicole Uhl, Fondé de Pouvoir Principal, demeurant à L-1661 Luxembourg, 103, Grand-rue,

qui désigne comme secrétaire Madame Valérie Schmitz-Deny, employée privée, demeurant à L-1661 Luxembourg, 103, Grand-rue.

L'assemblée choisit comme scrutateur Madame Florence Pilotaz, employée privée, demeurant à L-1661 Luxembourg, 103, Grand-rue.

Le bureau ayant été ainsi constitué, le Président déclare et prie le notaire instrumentant d'acter ce qui suit:

I. L'ordre du jour de l'assemblée est le suivant:

- Adapter la Sicav aux dispositions de la loi luxembourgeoise du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif.

- Autoriser le Conseil d'Administration à créer plusieurs classes d'actions.

- Autoriser le Conseil d'Administration à émettre des fractions d'actions.

- Autoriser le Conseil d'Administration à déplacer le siège social à l'intérieur de la commune de Luxembourg.

- Autoriser le Conseil d'Administration à décider de la fermeture d'un ou de plusieurs compartiments.

II. Le projet de texte des statuts coordonnés était à la disposition des actionnaires pour examen au siège social de la Sicav.

III. L'assemblée a été convoquée par des avis contenant l'ordre du jour et publiés:

- au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, numéro 300 du 16 mars 2004 et numéro 353 du 31 mars 2004,

- dans le journal Luxemburger Wort, le 16 mars 2004 et le 31 mars 2004 et

- dans le journal La Voix du Luxembourg, le 16 mars 2004 et le 31 mars 2004.

Les documents justificatifs sont déposés au bureau.

IV. Les actionnaires présents ou représentés, les procurations des actionnaires représentés et le nombre d'actions qu'ils détiennent sont renseignés sur une liste de présence; cette liste de présence signée par les actionnaires présents, les mandataires des actionnaires représentés, le bureau et le notaire instrumentaire, restera annexée au présent acte.

Les procurations des actionnaires représentés y resteront annexées de même.

V. Une première assemblée générale extraordinaire ayant eu pour objet le même ordre du jour et réunie devant le notaire soussigné en date du 15 mars 2004, publié au Mémorial C numéro 347 du 29 mars 2004, n'a pu délibérer valablement, étant donné que moins de la moitié du capital social était présent ou représenté à cette assemblée, de sorte que la présente assemblée générale peut délibérer sur les points figurant à l'ordre du jour quelque soit le nombre des actions présentes ou représentées.

VI. Il résulte de ladite liste de présence que sur les sept cent soixante-trois mille cent vingt-six (763.126) actions actuellement en circulation, onze (11) actions sont dûment représentées à la présente assemblée générale, de sorte que la présente assemblée est régulièrement convoquée, et peut valablement délibérer sur les points figurant à l'ordre du jour.

Ces faits exposés et reconnus exacts par l'assemblée générale, cette dernière a pris à l'unanimité les résolutions suivantes:

Seule et unique résolution

L'assemblée générale des actionnaires décide d'adapter la Sicav aux dispositions de la loi luxembourgeoise du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif et d'autoriser le conseil d'administration à créer plusieurs classes d'actions, à émettre des fractions d'actions, à déplacer le siège social à l'intérieur de la commune de Luxembourg, à décider de la fermeture d'un ou de plusieurs compartiments, et décide en conséquence une refonte subséquente des statuts pour leur donner la teneur suivante:

Titre I^{er}: Dénomination - Siège social - Durée - Objet de la société

Art. 1^{er}. Dénomination. Il existe entre les comparants et tous ceux qui deviendront actionnaires par la suite une société anonyme fonctionnant sous la forme d'une société d'investissement à capital variable (SICAV) sous la dénomination PETERCAM MONETA (la «Société»). La Société est soumise à la partie II de la loi du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif.

Art. 2. Siège social. Le siège social est établi à Luxembourg-Ville, Grand-Duché de Luxembourg. La Société peut établir, par simple décision du conseil d'administration, des succursales ou des bureaux tant dans le Grand-Duché de Luxembourg qu'à l'étranger. A l'intérieur de la Commune de Luxembourg, le siège social peut être déplacé sur simple décision du Conseil d'Administration.

Au cas où le conseil d'administration estimerait que des événements extraordinaires d'ordre politique ou militaire, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée avec ce siège ou de ce siège avec l'étranger se présentent ou paraissent imminents, il pourra transférer provisoirement le siège à l'étranger jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales; cette mesure provisoire n'aura toutefois aucun effet sur la nationalité de la Société, laquelle nonobstant ce transfert provisoire restera luxembourgeoise.

La déclaration de transfert du siège social sera faite et portée à la connaissance des tiers par l'un des organes exécutifs de la Société ayant qualité de l'engager pour les actes de gestion courante journalière.

Art. 3. Durée. La Société est constituée pour une durée illimitée. Elle peut être dissoute par décision de l'assemblée générale statuant comme en matière de modification des statuts.

Art. 4. Objet. La Société a pour objet exclusif de placer les fonds dont elle dispose en valeurs variées dans le but de répartir les risques d'investissement et de faire bénéficier ses actionnaires des résultats de la gestion de son portefeuille. Dans le cadre de la réalisation de son objet social, la Société peut notamment, sans que cette énumération soit limitative mais sous réserve du respect de la politique d'investissement conformément à l'article 19 des présents statuts, acquérir par achat, souscription ou de toute autre manière, ainsi qu'aliéner par vente, échange ou de toute autre manière, des valeurs de toutes espèces, gérer ou mettre en valeur le portefeuille qu'elle détiendra et d'une façon générale, elle peut prendre toutes mesures et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles à l'accomplissement ou au développement de son objet dans le sens le plus large de la loi du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif.

Titre II: Capital social - Caractéristiques des actions

Art. 5. Capital social - Compartiments d'actifs par catégories d'actions. Le capital social de la société est représenté par des actions entièrement libérées sans mention de valeur, et il sera à tout moment égal à l'actif net total de la Société tel que défini à l'article 12 des présents statuts. Le capital minimum de la société est à tout moment égal à EUR 1.250.000,- (un million deux cent cinquante mille Euro).

Les actions à émettre conformément à l'article 8 des présents statuts peuvent relever, au choix du conseil d'administration, de catégories différentes correspondant à des compartiments distincts de l'actif social. Le produit de toute émission d'actions d'une catégorie déterminée sera investi en valeurs mobilières variées et autres avoirs dans le compartiment d'actif correspondant à cette catégorie d'actions, suivant la politique d'investissement déterminée par le conseil d'administration pour le compartiment donné, compte tenu des restrictions d'investissement prévues par la loi et la réglementation et de celles adoptées par le conseil d'administration.

Le montant du capital social sera, à tout moment, égal à la valeur de l'actif net de tous les compartiments réunis.

La Société peut procéder à l'annulation des actions émises au titre d'un compartiment déterminé, et rembourser aux actionnaires la valeur de leurs actions, à condition que les exigences relatives au quorum de présence et à la majorité nécessaires à la modification des statuts soient remplies par les actions de la catégorie concernée.

Art. 6. Classes d'actions. Le Conseil d'Administration peut décider, pour tout compartiment, de créer une ou plusieurs classes d'actions dont les avoirs seront généralement investis suivant la politique d'investissement spécifique du compartiment concerné, et pour lesquels une structure spéciale de commission de vente et de rachat, de commission de conseil ou de gestion ou une politique de distribution différente sont appliquées (actions de distribution, actions de

capitalisation). Chaque classe pourra présenter des droits, obligations ou caractéristiques spécifiques, tels que déterminés pour chaque classe d'actions.

Une action de distribution est une action qui confère en principe à son détenteur le droit de recevoir un dividende en espèces.

Une action de capitalisation est une action qui ne confère pas en principe à son détenteur le droit de toucher un dividende.

Les actions des différentes classes confèrent à leurs détenteurs les mêmes droits, notamment en ce qui concerne le droit de vote aux assemblées générales d'actionnaires.

Art. 7. Forme des actions. Toute action, quel que soit le compartiment et la classe dont elle relève, pourra être émise sous forme nominative ou au porteur, selon les documents de vente.

Les actions peuvent être émises en fractions d'actions, en titres unitaires ou être représentées par des certificats représentatifs de plusieurs actions, dans des formes et coupures à déterminer par le Conseil d'Administration.

Si un actionnaire désire que plus d'un certificat nominatif soit émis pour ses actions, le coût de ces certificats additionnels pourra être mis à sa charge.

Si un propriétaire d'actions au porteur demande l'échange de ses certificats contre des certificats de coupures différentes, ou leur conversion en actions nominatives, le coût d'un tel échange pourra être mis à sa charge.

Les certificats d'actions seront signés par deux administrateurs. Les deux signatures pourront être soit manuscrites, soit imprimées, soit apposées au moyen d'une griffe. Toutefois, l'une des signatures pourra être apposée par une personne déléguée à cet effet par le conseil d'administration; en ce cas, elle devra être manuscrite. La Société pourra émettre des certificats provisoires dans les formes qui seront déterminées par le conseil d'administration.

Les actions ne sont émises que sur acceptation de la souscription et réception du prix conformément à l'article 8 des présents statuts. A la suite de l'acceptation de la souscription et de la réception du prix, les actions souscrites sont attribuées au souscripteur.

Les souscriptions peuvent également être effectuées par apport de valeurs, sous réserve de l'accord du Conseil d'Administration. Ces valeurs doivent satisfaire à la politique et aux restrictions d'investissement, telles que définies pour chaque compartiment. Elles sont évaluées conformément aux principes d'évaluation des valeurs prévus dans le prospectus. De plus, en conformité avec la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales, ces valeurs feront l'objet d'un rapport établi par le réviseur d'entreprises de la Société. Ce rapport sera ensuite déposé au Greffe du Tribunal de Luxembourg. Les frais relatifs à cet apport seront à charge du souscripteur.

Toutes les actions nominatives émises par la Société seront inscrites au registre des actionnaires qui sera tenu par la Société ou par une ou plusieurs personnes désignées à cet effet par la Société; l'inscription doit indiquer le nom de chaque propriétaire d'actions nominatives, sa résidence ou son domicile élu, le nombre d'actions nominatives qu'il détient et le montant payé sur chacune des actions. Tout transfert entre vifs ou à cause de mort d'actions nominatives sera inscrit au registre des actions, pareille inscription devant être signée par un ou plusieurs directeurs ou fondateurs de pouvoirs de la Société, ou par une ou plusieurs autres personnes désignées à cet effet par le conseil d'administration.

Le transfert d'actions nominatives se fera par la remise à la société des certificats représentant ces actions, ensemble avec tous autres documents de transfert exigés par la Société, ou bien, s'il n'a pas été émis de certificats, par une déclaration de transfert écrite portée au registre des actions, datée et signée par le cédant et le cessionnaire, ou par leurs mandataires justifiant des pouvoirs requis.

Tout actionnaire désirant obtenir des certificats d'actions nominatives devra fournir à la Société une adresse à laquelle toutes les communications et toutes les informations pourront être envoyées. Cette adresse sera inscrite également au registre des actions.

Au cas où un actionnaire en nom ne fournit pas d'adresse à la Société, mention pourra en être faite au registre des actions, et l'adresse de l'actionnaire sera censée être au siège social de la Société ou à telle autre adresse qui sera fixée par la Société, ceci jusqu'à qu'une autre adresse soit fournie par l'actionnaire. L'actionnaire pourra à tout moment faire changer l'adresse portée au registre des actions par une déclaration écrite envoyée à la Société à son siège social, ou à telle autre adresse qui pourra être fixée par la Société.

Lorsqu'un actionnaire peut justifier à la Société que son certificat d'actions a été égaré ou détruit, un duplicata peut être émis à sa demande aux conditions et garanties que la Société déterminera, notamment sous forme d'une assurance, sans préjudice de toute autre forme de garantie que la Société pourra choisir. Dès l'émission du nouveau certificat sur lequel il sera mentionné qu'il s'agit d'un duplicata, le certificat original n'aura plus aucune valeur.

Les certificats d'actions endommagés peuvent être échangés par la Société.

Les certificats endommagés seront remis à la Société et annulés sur-le-champ.

La Société peut à son gré mettre en compte à l'actionnaire le coût du duplicata ou du nouveau certificat ainsi que toutes les dépenses justifiées encourues par la Société en relation avec l'émission et l'inscription au registre ou avec la destruction de l'ancien certificat.

La Société ne reconnaît qu'un propriétaire par action. S'il y a plusieurs propriétaires par action, la Société aura le droit de suspendre l'exercice de tous les droits y attachés jusqu'à ce qu'une seule personne ait été désignée comme étant à son égard propriétaire.

Art. 8. Emission des actions. A l'intérieur de chaque compartiment, le conseil d'administration est autorisé à tout moment et sans limitation à émettre des actions supplémentaires, entièrement libérées, sans réserver aux actionnaires anciens un droit préférentiel de souscription.

Lorsque la Société offre des actions en souscription, le prix par action offerte, quel que soit le compartiment et la classe au titre desquelles cette action est émise, sera égal à la valeur nette de cette action telle que cette valeur est définie pour chaque catégorie d'actions à l'article 12 des présents statuts. Ce prix sera majoré de telles commissions que les documents de vente de ces actions énonceront. Toute rémunération à des agents intervenant dans le placement

des actions sera comprise dans ces commissions. Le prix ainsi déterminé sera payable au plus tard trois jours ouvrables après la date à laquelle la valeur nette d'inventaire applicable aura été déterminée.

Le conseil d'administration peut déléguer à tout administrateur ou à tout directeur ou autre fondé de pouvoirs de la société, dûment autorisés à cette fin, la charge d'accepter les souscriptions, rachats ou conversions, et de payer ou recevoir en paiement le prix des actions nouvelles à émettre, à racheter ou à convertir.

Toute souscription d'actions nouvelles doit, sous peine de nullité, être entièrement libérée et les actions émises portent même jouissance que les actions existantes le jour de l'émission. Un avis d'opéré pourra être émis et adressé à l'actionnaire.

Art. 9. Rachat des actions. Chaque actionnaire a le droit de demander à tout moment à la Société qu'elle lui rachète tout ou partie des actions qu'il détient.

Le prix de rachat d'une action, suivant le compartiment dont elle relève, sera égal à sa valeur nette, telle que cette valeur est déterminée pour chaque classe d'actions, conformément à l'article 12 des présents statuts. Le prix de rachat sera réduit de telles commissions de rachat que les documents de vente des actions énonceront. Toute demande de rachat doit être présentée par l'actionnaire par écrit au siège social de la Société à Luxembourg ou à tout autre endroit désigné par la Société à cet effet.

Le prix de rachat sera payé au plus tard trente jours ouvrables après la date à laquelle la valeur nette d'inventaire applicable aura été déterminée, ou à la date à laquelle les certificats d'actions ont été reçus par la Société, si cette date est postérieure. Toute demande de rachat est irrévocable, sauf en cas de suspension du calcul de la valeur nette des actions.

La demande de rachat doit être accompagnée du ou des certificats d'actions en bonne et due forme et des pièces nécessaires pour opérer leur transfert avant que le prix de rachat ne puisse être payé.

Les actions rachetées par la Société seront annulées. Un avis d'opéré pourra être émis et adressé à l'actionnaire.

La Société se réserve le droit de différer des ordres de rachat ou de conversion au cours d'un jour d'évaluation si le volume total de ces ordres représente plus de 10% de la valeur des actions en circulation du compartiment concerné. Dans ces circonstances, le conseil d'administration a la faculté de déclarer que le rachat de tout ou partie des actions pour lesquelles un rachat ou une conversion a été demandé sera différé. Ces demandes reportées auront la priorité sur les demandes postérieures et seront traitées dans l'ordre où elles ont été reçues par la Société.

Art. 10. Conversion des actions. Chaque actionnaire a le droit, sous réserve des restrictions éventuelles du Conseil d'Administration, de passer d'un compartiment, ou d'une classe d'actions, à un autre compartiment, ou à une autre classe d'actions, et de demander la conversion des actions qu'il détient au titre d'un compartiment, ou classe d'actions, donné en actions relevant d'un autre compartiment, ou classe d'actions.

La conversion se fait sur la base de la valeur nette d'inventaire respective des actions concernées, établie le même jour d'évaluation.

Le Conseil d'Administration pourra décider d'attribuer des fractions d'actions produites par le passage ou de payer les liquidités correspondant à ces fractions aux actionnaires ayant demandé la conversion.

Le Conseil d'Administration pourra fixer telles restrictions qu'il estimera nécessaires à la fréquence des conversions et il pourra soumettre les conversions au paiement de frais dont il déterminera raisonnablement le montant et tel que déterminé dans les documents de vente.

Les actions, dont la conversion en d'autres actions a été effectuée, seront annulées.

La conversion d'actions vers les classes d'actions ou les compartiments destinées exclusivement à des investisseurs institutionnels n'est autorisée qu'à la condition que l'investisseur demandant la conversion soit un institutionnel au sens de l'article 129 de la loi du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif, tel qu'amendée.

Art. 11. Restrictions à la propriété des actions. La Société pourra édicter des restrictions qu'elle juge utiles, en vue d'assurer qu'aucune action de la Société ne sera acquise ou détenue par

- (a) une personne en infraction avec les lois ou les exigences d'un quelconque pays ou autorité gouvernementale ou
- (b) toute personne dont la situation, de l'avis du conseil d'administration, pourra amener la société à encourir des charges d'impôt ou d'autres désavantages financiers qu'autrement elle n'aurait pas encourus.

Notamment, elle pourra limiter ou interdire la propriété d'actions par des personnes physiques ou morales et par des ressortissants des Etats-Unis d'Amérique, tels que définis ci-après.

A cet effet,

1. la Société pourra refuser l'émission d'actions et l'inscription du transfert d'actions, lorsqu'il apparaît que cette émission ou ce transfert aurait ou pourrait avoir pour conséquence d'attribuer la propriété de l'action à un ressortissant des Etats-Unis d'Amérique; et

2. la Société pourra demander à toute personne figurant au registre des actionnaires, ou à toute autre personne qui demande à faire inscrire un transfert d'actions, de lui fournir tous renseignements et certificats qu'elle estime nécessaires, éventuellement appuyés d'une déclaration sous serment, en vue de déterminer si ces actions appartiennent ou vont appartenir en propriété effective à des ressortissants des Etats-Unis d'Amérique; et

3. la Société pourra procéder au rachat forcé s'il apparaît qu'un ressortissant des Etats-Unis d'Amérique, soit seul, soit ensemble avec d'autres personnes, est le propriétaire d'actions de la Société. Dans ce cas la procédure suivante sera appliquée:

- a) La Société enverra un préavis (appelé ci-après «l'avis de rachat») à l'actionnaire possédant les titres ou apparaissant au registre comme étant le propriétaire des actions; l'avis de rachat spécifiera les titres à racheter, le prix de rachat à payer et l'endroit où ce prix sera payable. L'avis de rachat peut être envoyé à l'actionnaire par lettre recommandée adressée à sa dernière adresse connue ou à celle inscrite au registre des actions. L'actionnaire en question sera obligé de remettre sans délai le ou les certificats représentant les actions spécifiées dans l'avis de rachat.

Dès la fermeture des bureaux au jour spécifié dans l'avis de rachat, l'actionnaire en question cessera d'être le propriétaire des actions spécifiées dans l'avis de rachat, s'il s'agit d'actions nominatives, son nom sera rayé du registre; s'il s'agit d'actions au porteur, le ou les certificats représentatifs de ces actions seront annulés dans les livres de la Société.

b) Le prix auquel les actions spécifiées dans l'avis de rachat seront rachetées (le «prix de rachat»), sera égal à la valeur nette des actions de la Société, valeur déterminée conformément à l'article 12 des présents statuts.

c) Le paiement sera effectué en la devise que déterminera le conseil d'administration; le prix sera déposé par la Société auprès d'une banque, à Luxembourg ou ailleurs, spécifiée dans l'avis de rachat, qui le transmettra à l'actionnaire en question contre remise du ou des certificats indiqués dans l'avis de rachat. Dès après le paiement du prix dans ces conditions, aucune personne intéressée dans les actions mentionnées dans l'avis de rachat ne pourra faire valoir de droit à l'égard de ces actions ni ne pourra exercer aucune action contre la Société et ses avoirs, sauf le droit de l'actionnaire apparaissant comme étant le propriétaire des actions, de recevoir le prix déposé (sans intérêts) à la banque contre remise des certificats.

d) L'exercice par la Société des pouvoirs conférés au présent article ne pourra en aucun cas être mis en question ou invalidé pour le motif qu'il n'y aurait pas preuve suffisante de la propriété des actions dans le chef d'une personne, ou qu'une action appartenait à une autre personne que ne l'avait admis la Société en envoyant l'avis de rachat, à la seule condition que la Société exerce ses pouvoirs de bonne foi; et

4. La Société pourra refuser, lors de toute assemblée d'actionnaires, le droit de vote à toute personne qui est déchu du droit d'être actionnaire de la société.

Le terme «ressortissant des Etats-Unis d'Amérique» tel qu'il est utilisé dans les présents statuts signifiera tout ressortissant, citoyen ou résident des Etats-Unis d'Amérique ou d'un de leurs territoires ou possessions sous leur juridiction, ou des personnes qui y résident normalement (y inclus la succession de toutes personnes ou sociétés ou associations y établies ou organisées).

Art. 12. Calcul de la valeur nette des actions. La valeur nette d'inventaire d'une action, quels que soient le compartiment et la classe au titre desquels elle est émise, sera déterminée, dans la devise choisie par le Conseil d'Administration, par un chiffre obtenu en divisant, au Jour d'Evaluation défini à l'article 13 des présents statuts, les avoirs nets du compartiment concerné par le nombre d'actions émises au titre de ce compartiment et de cette classe. L'évaluation des avoirs nets des différents compartiments se fera de la manière suivante

I. Les avoirs de la Société comprendront:

1. toutes les espèces en caisse ou en dépôt y compris les intérêts échus et les intérêts courus;
2. tous les effets et billets payables à vue et les comptes exigibles (y compris les résultats de la vente de titres dont le prix n'a pas encore été touché);
3. tous les titres, parts, actions, obligations, droits d'option ou de souscription et autres investissements et valeurs mobilières qui sont la propriété de la Société;
4. tous les dividendes et distributions à recevoir par la Société en espèces ou en titres dans la mesure où la Société pouvait raisonnablement en avoir connaissance (la Société pourra toutefois faire des ajustements en considération des fluctuations de la valeur marchande des valeurs mobilières occasionnées par des pratiques telles que la négociation ex-dividende ou ex-droits);
5. tous les intérêts échus produits par les titres qui sont la propriété de la Société, sauf si ces intérêts sont compris dans le principal de ces valeurs;
6. les frais d'établissement de la Société dans la mesure où ils n'ont pas été amortis;
7. tous les autres avoirs, de quelque nature qu'ils soient, y compris les dépenses payées d'avance.

La valeur de ces avoirs sera déterminée de la façon suivante:

a) la valeur des espèces en caisse ou en dépôt, effets et billets payables à vue et comptes à recevoir, des dépenses payées d'avance, des dividendes et intérêts annoncés ou venus à échéance non encore touchés, sera constituée par la valeur nominale de ces avoirs, sauf s'il s'avère improbable que cette valeur puisse être touchée; dans ce dernier cas, la valeur sera déterminée en retranchant tel montant que la Société estimera adéquat en vue de refléter la valeur réelle de ces avoirs;

b) la valeur de toutes valeurs mobilières qui sont négociées ou cotées à une bourse sera déterminée suivant le dernier cours disponible applicable au Jour d'Evaluation en question;

c) la valeur de toutes valeurs mobilières qui sont négociées à d'autres marchés organisés est basée sur le dernier prix disponible le Jour d'Evaluation en question,

d) dans la mesure où des valeurs mobilières en portefeuille au Jour d'Evaluation ne sont pas négociées ou cotées à une bourse ou à un autre marché organisé ou, si pour des valeurs cotées ou négociées à une bourse ou à un autre marché organisé, le prix déterminé conformément aux dispositions sub b) ou c) ci-dessus n'est pas représentatif de la valeur réelle de ces valeurs mobilières, celles-ci seront évaluées sur base de la valeur probable de réalisation, laquelle sera estimée avec prudence et bonne foi.

e) les instruments du marché monétaire et titres à revenu fixe dont l'échéance est inférieure à soixante jours pourront être évalués sur base du coût amorti, méthode qui consiste après l'achat à prendre en considération un amortissement constant pour atteindre le prix de remboursement à l'échéance du titre.

f) la valeur des parts dans d'autres OPC sera déterminée sur base de la dernière valeur nette d'inventaire officielle de ces parts ou sur base de la dernière estimation de la valeur nette d'inventaire si cette dernière est plus récente que la valeur nette d'inventaire officielle, sous condition toutefois que la Société ait une assurance suffisante que la méthode d'évaluation utilisée pour effectuer cette évaluation est cohérente avec la méthode d'évaluation utilisée pour déterminer la valeur nette d'inventaire officielle.

II. Les engagements de la Société comprendront:

1. tous les emprunts, effets échus et comptes exigibles;

2. tous les frais d'administration, échus ou dus, y compris la rémunération des dépositaires et autres mandataires et agents de la Société;

3. toutes les obligations connues échues ou non échues;

4. une réserve appropriée pour impôts sur le capital et sur le revenu, courus jusqu'au Jour d'Evaluation et fixée par le conseil d'administration ainsi que d'autres réserves autorisées ou approuvées par le conseil d'administration;

5. toutes autres obligations de la Société de quelque nature que ce soit à l'exception des engagements représentés par les moyens propres de la Société. Pour l'évaluation du montant de ces engagements, la Société pourra tenir compte des dépenses administratives et autres, qui ont un caractère régulier ou périodique, par une estimation pour l'année ou toute autre période en répartissant le montant au prorata des fractions de cette période.

III. Le conseil d'administration établira pour chaque compartiment une masse d'avoirs qui sera attribuée, de la manière qu'il sera stipulé ci-après, aux classes d'actions émises au titre du compartiment, conformément aux dispositions du présent article.

A cet effet:

1. Les produits résultant de l'émission des actions relevant d'un compartiment donné seront attribués dans les livres de la Société à ce compartiment, et les avoirs, engagements, revenus et frais relatifs à ce compartiment, seront attribués à ce compartiment;

2. lorsqu'un avoir découle d'un autre avoir, ce dernier avoir sera attribué, dans les livres de la Société, au même compartiment auquel appartient l'avoir dont il découle, et à chaque réévaluation d'un avoir, l'augmentation ou, la diminution de valeur sera attribuée au compartiment auquel cet avoir appartient;

3. lorsque la Société supporte un engagement qui est en relation avec un avoir d'un compartiment déterminé ou avec une opération effectuée en rapport avec un avoir d'un compartiment déterminé, cet engagement sera attribué à ce compartiment;

4. au cas où un avoir ou un engagement de la Société ne pourrait pas être attribué à un compartiment déterminé, cet avoir ou engagement sera attribué à tous les compartiments au prorata des valeurs nettes des actions émises au titre des différents compartiments;

5. à la suite du paiement de dividendes à des actions de distribution relevant d'un compartiment donné, la valeur d'actif net de ce compartiment attribuable à ces actions de distribution sera réduite du montant de ces dividendes, conformément aux dispositions sub V du présent article.

IV. Pour les besoins de cet article.

1. chaque action de la société qui sera en voie d'être rachetée suivant l'article 9 des présents statuts, sera considérée comme action émise et existante jusqu'à la clôture du Jour d'Evaluation s'appliquant au rachat de cette action et son prix sera, à partir de ce jour et jusqu'à ce que le prix en soit payé, considéré comme engagement de la société;

2. chaque action à émettre pour la Société en conformité avec des demandes de souscription reçues, sera traitée comme étant émise à partir de la clôture du Jour d'Evaluation lors duquel son prix d'émission a été déterminé, et son prix sera traité comme un montant dû à la Société jusqu'à ce qu'il ait été reçu par elle;

3. tous investissements, soldes en espèces ou autres avoirs de la Société exprimés autrement qu'en la devise respective de chaque compartiment seront évalués en tenant compte des taux de change en vigueur à la date et à l'heure de la détermination de la valeur nette des actions; et

4. il sera donné effet, au Jour d'Evaluation, à tout achat ou vente de valeurs mobilières contractés par la Société, dans la mesure du possible.

V. Dans la mesure et pendant le temps où parmi les actions correspondant à un compartiment déterminé, des actions de différentes classes auront été émises et seront en circulation, la valeur de l'actif net de ce compartiment, établie conformément aux dispositions du présent article, sera ventilée entre l'ensemble des actions de chaque classe.

Lorsqu'à l'intérieur d'un compartiment donné, des souscriptions ou des rachats d'actions auront lieu par rapport à une classe d'actions, les avoirs nets du compartiment attribuables à l'ensemble des actions de cette classe seront augmentés ou réduits des montants nets reçus ou payés par la Société en raison de ces souscriptions ou rachats d'actions. A tout moment donné, la valeur nette d'inventaire d'une action relevant d'un compartiment et d'une classe déterminés sera égale au montant obtenu en divisant les avoirs nets de ce compartiment alors attribuables à l'ensemble des actions de cette classe, par le nombre total des actions de cette classe alors émises et en circulation.

Art. 13. Fréquence et suspension temporaire du calcul de la valeur nette des actions, des émissions, rachats et conversions d'actions. Dans chaque compartiment, la valeur nette des actions y compris le prix d'émission et le prix de rachat qui en relèvent seront déterminés périodiquement par la Société, en aucun cas moins d'une fois par mois, à la fréquence que le conseil d'administration décidera (chaque tel jour au moment de calcul de la valeur nette d'inventaire des avoirs étant désigné dans les présents statuts comme «Jour d'Evaluation»).

Si un Jour d'Evaluation tombe un jour férié à Luxembourg, le Jour d'Evaluation pourra être reporté au premier jour ouvrable bancaire suivant.

Sans préjudice des causes légales, la Société peut suspendre le calcul de la valeur nette des actions et l'émission, le rachat et la conversion de ses actions, d'une manière générale, ou en rapport avec un ou plusieurs compartiments seulement, lors de la survenance des circonstances suivantes:

- lorsqu'un ou plusieurs marchés boursiers, formant la base d'évaluation d'une partie importante des avoirs de la Société d'un ou de plusieurs compartiments donnés, sont fermés pour des raisons autres que des congés réguliers, ou lorsque les transactions y sont suspendues ou soumises à des restrictions;

- lorsque la situation politique, économique, militaire, monétaire, sociale, ou lorsque toute autre situation d'urgence, coupure des moyens de communication ou, d'une manière générale, tout événement de force majeure, échappant à la responsabilité ou au pouvoir de la Société, rend celle-ci dans l'impossibilité de disposer de tout ou partie des avoirs d'un ou de plusieurs compartiments donnés,

- lorsque la valeur d'un quelconque placement de la Société ne peut pas être connue ou déterminée avec suffisamment de célérité ou d'exactitude, pour quelque raison que ce soit;

- lorsque des restrictions de change ou de mouvements de capitaux empêchent la Société de rapatrier des fonds pour effectuer des paiements à la suite de rachats d'actions, ou lorsque d'une manière générale des transactions pour compte de la Société ou des opérations d'achat ou de vente de tout ou partie des avoirs d'un ou de plusieurs compartiments donnés ne peuvent, de l'avis du conseil d'administration, être réalisés à des taux de change normaux,

- en cas de demandes de rachat importantes, la société se réservant alors de ne reprendre les actions qu'au prix de rachat tel qu'il aura été déterminé après qu'elle aura pu vendre les valeurs nécessaires dans les plus brefs délais, compte tenu, des intérêts de l'ensemble des actions, et qu'elle aura pu disposer du produit de ces ventes. Un seul prix sera calculé pour toutes les demandes de rachat et de souscription présentées au même moment;

- dès la publication de l'avis de réunion de l'assemblée générale des actionnaires convoquée en vue de délibérer sur la dissolution de la Société.

Une telle suspension du calcul de la valeur nette sera portée par la Société à la connaissance des actionnaires ayant fait une demande de rachat ou de conversion d'actions dans un ou plusieurs compartiments concernés, sans que pareille suspension ne puisse avoir d'effet sur le calcul de la valeur nette, l'émission, le rachat ou la conversion des actions des compartiments non visés.

Titre III: Administration et Surveillance de la société

Art. 14. Administrateurs. La Société est administrée par un conseil d'administration composé de trois membres au moins, actionnaires ou non. La durée du mandat d'administrateur est de six ans au maximum. Les administrateurs sont nommés par l'assemblée générale qui fixe leur nombre, leurs émoluments et la durée de leur mandat.

Tout administrateur pourra être révoqué avec ou sans motif ou être remplacé à tout moment par décision de l'assemblée générale des actionnaires.

En cas de décès ou de démission d'un administrateur, il pourra être pourvu provisoirement à son remplacement en observant à ce sujet les formalités prévues par la loi. Dans ce cas l'assemblée générale lors de sa première réunion procède à l'élection définitive.

Art. 15. Réunions du Conseil d'Administration. Le Conseil d'Administration choisit parmi ses membres un président qui doit obligatoirement être une personne physique. Il peut également désigner un vice-président et choisir un secrétaire qui ne fait pas obligatoirement partie du conseil. Le Conseil d'Administration se réunit sur la convocation du président ou, à son défaut, de deux administrateurs, aussi souvent que l'intérêt de la Société l'exige, à l'endroit désigné dans les avis de convocation.

Avis écrit de toute réunion du Conseil d'Administration sera donné à tous les administrateurs au moins vingt-quatre heures avant la date prévue pour la réunion sauf s'il y a urgence, auquel cas la nature et les motifs de cette urgence seront mentionnés dans l'avis de convocation. Il pourra être passé outre à cette convocation à la suite de l'assentiment de chaque administrateur par écrit ou par câble, télégramme, télex, télécopieur ou tout autre moyen de communication similaire. Une convocation spéciale ne sera pas requise pour une réunion du Conseil d'Administration se tenant à une heure et un endroit déterminés dans une résolution préalablement adoptée par le Conseil d'Administration.

Des administrateurs constituant au moins le tiers des membres du Conseil d'Administration peuvent, en indiquant l'ordre du jour de la séance, convoquer le conseil si celui-ci ne s'est pas réuni depuis plus de deux mois.

Le conseil d'administration ne peut valablement délibérer et statuer que si la moitié au moins de ses membres sont présents ou représentés.

Tout membre empêché ou absent peut donner par écrit, par télégramme ou par télex à un de ses collègues mandat pour le représenter à une réunion du conseil et y voter en son lieu et place sur les points prévus à l'ordre du jour de la réunion. Toutefois, aucun mandataire ne peut ainsi représenter plus d'un administrateur.

Les décisions sont prises à la majorité des voix; en cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion est prépondérante.

En cas d'urgence, les administrateurs peuvent émettre leur vote sur les questions à l'ordre du jour par simple lettre, télégramme ou télex.

Les délibérations du conseil d'administration sont constatées par des procès-verbaux signés par le président, ou, à son défaut, par celui ayant présidé la réunion. Les copies ou extraits à produire en justice ou ailleurs sont signés par le président ou par deux administrateurs.

Une décision signée par tous les membres du conseil d'administration a la même valeur qu'une décision prise en conseil.

Art. 16. Pouvoirs du Conseil d'Administration. Le conseil d'administration jouit des pouvoirs les plus étendus pour gérer les affaires sociales et pour effectuer les actes de disposition et d'administration qui rentrent dans l'objet social, sous réserve de l'observation de la politique d'investissement telle que prévue à l'article 19 des présents statuts.

Tout ce qui n'est pas expressément réservé à l'assemblée générale par la loi ou par les statuts est de la compétence du conseil d'administration.

Art. 17. Engagement de la Société vis-à-vis des tiers. Vis-à-vis des tiers, la Société sera valablement engagée par la signature conjointe de deux administrateurs ou par la seule signature de toutes personnes auxquelles pareils pouvoirs de signature auront été délégués par le conseil d'administration.

Art. 18. Délégation de pouvoirs. Le conseil d'administration peut déléguer les pouvoirs relativement à la gestion journalière des affaires de la Société, soit à un ou plusieurs administrateurs, soit à un ou plusieurs autres agents qui ne doivent pas nécessairement être actionnaires de la Société, sous l'observation des dispositions de l'article 60 de la loi modifiée du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

Le conseil peut également conférer tous mandats spéciaux, par procuration authentique ou sous signatures privées.

Art. 19. Politique d'investissement. Le conseil d'administration, appliquant le principe de la répartition des risques, a le pouvoir de déterminer la politique d'investissement de chaque compartiment de l'actif social, ainsi que les lignes de conduite à suivre dans l'administration de la Société, sous réserve des restrictions d'investissement prévues par les lois et règlements ou celles adoptées par le conseil d'administration.

Art. 20. Gestion, Conseil en investissements et dépôts des avoirs. La société pourra conclure une convention avec un ou plusieurs conseillers ou gestionnaires, aux termes de laquelle ces derniers assureront les fonctions de conseil en investissements ou de gestion des avoirs de la Société. D'autre part, la société conclura une convention avec une banque luxembourgeoise, aux termes de laquelle cette banque assurera les fonctions de dépositaire des avoirs de la société, d'agent domiciliataire, administratif et financier.

Art. 21. Intérêt personnel des administrateurs. Aucun contrat ou autre transaction entre la Société et d'autres sociétés ou firmes ne sera affecté ou invalidé par le fait qu'un ou plusieurs administrateurs ou fondés de pouvoirs de la Société y seront intéressés, ou en seront administrateur, associé, fondé de pouvoirs ou employé. Un administrateur ou fondé de pouvoirs de la Société qui remplira en même temps des fonctions d'administrateur, d'associé, de fondé de pouvoirs ou d'employé d'une autre société ou firme avec laquelle la Société contractera ou entrera autrement en relations d'affaires, ne sera pour le motif de cette appartenance à cette société ou firme, pas empêché de donner son avis et de voter ou d'agir quant à toutes questions relatives à un tel contrat ou opération.

Au cas où un administrateur ou fondé de pouvoirs de la Société aurait un intérêt personnel dans une opération de la Société, il en informera le conseil et il ne donnera pas d'avis ni ne votera sur une telle opération et cette opération, de même que tel intérêt personnel, seront portés à la connaissance de la prochaine assemblée générale des actionnaires.

Le terme «intérêt personnel» tel qu'énoncé dans la phrase qui précède, ne s'appliquera pas à un intérêt ne uniquement du fait que la matière, la décision ou la transaction concerne la Banque Dépositaire ou l'une quelconque de ses filiales directes ou indirectes ou toute autre société ou entité que le conseil d'administration pourra déterminer de temps à autre.

Art. 22. Indemnisation des administrateurs. La Société pourra indemniser tout administrateur ou fondé de pouvoirs ainsi que leurs héritiers, exécuteurs testamentaires ou administrateurs légaux des dépenses raisonnablement encourues par eux en relation avec toute action, procédure ou procès auxquels ils seront partie ou auront été impliqués en raison de la circonstance qu'ils sont ou ont été administrateur ou fondé de pouvoirs de la Société, ou en raison du fait qu'ils l'ont été à la demande de la Société dans une autre société, dans laquelle la Société est actionnaire ou créancier, dans la mesure où ils ne sont pas en droit d'être indemnisés par cette autre entité, sauf relativement à des matières dans lesquelles ils seront finalement condamnés pour négligence grave ou mauvaise administration dans le cadre d'une pareille action ou procédure; en cas d'arrangement extrajudiciaire, une telle indemnité ne sera accordée que si la Société est informée par son conseil que la personne à indemniser n'a pas commis un tel manquement à ses devoirs. Le droit pré décrit à indemnisation n'exclura pas d'autres droits individuels dans le chef de ces personnes.

Art. 23. Surveillance de la Société. Conformément à la loi du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif, tous les éléments de la situation patrimoniale de la Société seront soumis au contrôle d'un réviseur d'entreprises. Le réviseur d'entreprises sera nommé par décision de l'assemblée générale des actionnaires.

Titre IV: Assemblées Générales

Art. 24. Représentation. L'assemblée générale représente l'universalité des actionnaires. Elle a les pouvoirs les plus larges pour ordonner, faire ou ratifier tous les actes relatifs aux opérations de la Société.

Art. 25. Assemblée générale annuelle. L'assemblée générale est convoquée par le conseil d'administration. Elle peut l'être sur demande d'actionnaires représentant le cinquième du capital social.

L'assemblée générale annuelle se réunit dans la Ville de Luxembourg, à l'endroit indiqué dans la convocation le troisième mercredi du mois de mai à 14.30 heures.

Si ce jour est férié, l'assemblée générale se réunit le premier jour ouvrable suivant. L'assemblée générale est convoquée dans les délais prévus par la loi, par lettre adressée à chacun des actionnaires en nom. Si des actions au porteur sont en circulation, la convocation fera l'objet d'avis dans les formes et délais prévus par la loi.

En outre, les actionnaires de chaque compartiment peuvent être constitués en assemblée générale séparée, délibérant et décidant aux conditions de présence et de majorité de la manière déterminée par la loi alors en vigueur pour les points suivants:

1. l'affectation du solde bénéficiaire annuel de leur compartiment;
2. dans les cas prévus par l'article 34 des statuts.

Art. 26. Réunions sans convocation préalable. Chaque fois que tous les actionnaires sont présents ou représentés et qu'ils déclarent se considérer comme dûment convoqués et avoir eu connaissance de l'ordre du jour soumis à leurs délibérations, l'assemblée générale peut avoir lieu sans convocations préalables.

Art. 27. Votes. Chaque action, quel que soit le compartiment dont elle relève et quelle que soit sa valeur nette dans le compartiment au titre duquel elle est émise, donne droit à une voix. Les actionnaires peuvent se faire représenter aux assemblées générales par des mandataires, même non actionnaires, en leur conférant un pouvoir écrit.

Art. 28. Quorum et conditions de majorité. L'assemblée générale délibère conformément aux prescriptions de la loi modifiée du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

Dans la mesure où il n'en est pas autrement disposé par la loi ou par les présents statuts, les décisions de l'assemblée générale des actionnaires sont prises à la majorité simple des actionnaires présents et votants.

Titre V: Année sociale - Répartition des bénéfices

Art. 29. Année sociale et monnaie de compte. L'année sociale commence le premier janvier et se termine le trente et un décembre de chaque année. La monnaie de compte est l'euro.

Art. 30. Répartition des bénéfices annuels. Dans tout compartiment de l'actif social, l'assemblée générale des actionnaires, sur proposition du conseil d'administration, déterminera le montant des dividendes à distribuer aux actions de la catégorie A.

La quote-part des revenus et gains en capital attribuable aux actions de la catégorie B sera en principe capitalisée; le Conseil d'Administration ne s'interdisant pas de proposer à l'Assemblée Générale le paiement d'un dividende aux actions de la catégorie B, si celui-ci est jugé plus avantageux. Dans tous les compartiments, des dividendes intérimaires pourront être déclarés et payés par le Conseil d'Administration par rapport aux actions de distribution et de capitalisation, sous l'observation des conditions légales alors en application.

Les dividendes pourront être payés en euro ou en toute autre devise choisie par le Conseil d'Administration, en temps et lieu qu'il appréciera et au taux de change qu'il déterminera.

Tout dividende déclaré qui n'aura pas été réclamé par son bénéficiaire dans les cinq ans à compter de son attribution, ne pourra plus être réclamé et reviendra à la Société. Aucun intérêt ne sera payé sur un dividende déclaré par la Société et conservé par elle à la disposition de son bénéficiaire.

Art. 31. Frais à charge de la Société. La Société supportera l'intégralité de ses frais de fonctionnement, les frais de courtage et les taxes diverses afférentes à son activité.

Elle prend à sa charge les honoraires du Conseil d'Administration, du Conseiller en Investissements, du Gestionnaire, de la Banque Dépositaire, de l'Agent Administratif, de l'Agent Domiciliaire, de l'Agent Payeur et du réviseur d'entreprises, ainsi que des conseils juridiques, de même que les frais d'impression et de publication des rapports annuels et semestriels, du prospectus d'émission, les frais engagés pour la formation de la société, tous les impôts et droits gouvernementaux, les frais liés à l'inscription et au maintien de l'inscription auprès des organismes gouvernementaux et bourses de valeurs ainsi que tous autres frais d'exploitation. Les coûts de constitution pourront être amortis sur les cinq premiers exercices. Le Conseiller en Investissements et/ou le Gestionnaire percevront une commission basée sur la valeur moyenne des actifs nets de chacun des compartiments.

La société constitue une seule et même entité juridique. Les actifs d'un compartiment déterminé ne répondent que des dettes, engagements et obligations qui concernent ce compartiment. Les frais qui ne sont pas directement imputables à un compartiment sont répartis sur tous les compartiments au prorata des avoirs nets de chaque compartiment et sont imputés sur les revenus des compartiments en premier lieu.

Titre VI: Dissolution - Liquidation de la Société

Art. 32. Dissolution. La Société peut en tout temps être dissoute par décision de l'assemblée générale. La question de la dissolution de la Société doit être soumise par les administrateurs à l'assemblée générale lorsque le capital social est inférieur aux deux tiers du capital minimum fixé à l'article 5 des présents statuts; l'assemblée délibère sans conditions de présence et décide à la majorité simple des actions représentées à l'assemblée.

La question de la dissolution de la Société doit de même être soumise par le conseil d'administration à l'assemblée générale lorsque le capital social est inférieur au quart du capital minimum fixé à l'article 5 des présents statuts; dans ce cas, l'assemblée délibère sans conditions de présence et la dissolution peut être prononcée par les actionnaires possédant un quart des actions représentées à l'assemblée.

La convocation doit se faire de façon que l'assemblée soit tenue dans le délai de quarante jours à partir de la constatation que l'actif net est devenu inférieur respectivement aux deux tiers ou au quart du capital minimum.

Il ne peut plus être procédé à l'émission, au rachat ou à la conversion d'actions à partir du jour de la publication de l'avis de convocation de l'assemblée générale à laquelle la liquidation de la Société est proposée.

Art. 33. Liquidation. Lors de la dissolution de la Société, la liquidation s'opérera par les soins d'un ou de plusieurs liquidateurs, personnes physiques ou morales, nommés par l'assemblée générale qui détermine leurs pouvoirs et leurs émoluments. Le produit net de liquidation de chaque compartiment sera distribué par les liquidateurs aux actionnaires de la catégorie d'actions correspondante, en proportion de la part leur revenant dans le total des avoirs nets du compartiment dont ces actions relèvent, conformément aux dispositions sub V à l'article 12 des présents statuts.

Art. 34. Liquidation et fusion des compartiments

1) Liquidation d'un compartiment.

Le Conseil d'Administration pourra décider la fermeture d'un ou de plusieurs compartiments si des changements importants de la situation politique ou économique rendent, dans l'esprit du Conseil d'Administration, cette décision nécessaire ou si les actifs nets tombent sous un certain seuil à déterminer par le Conseil d'Administration.

Sauf décision contraire du Conseil d'Administration, la Société pourra, en attendant la mise à exécution de la décision de liquidation, continuer à racheter les actions du compartiment dont la liquidation est décidée sans commission de rachat.

Pour ces rachats, la Société se basera sur la Valeur Nette d'inventaire qui sera établie de façon à tenir compte des frais de liquidation, mais sans déduction d'une commission de rachat ou d'une quelconque autre retenue.

Les frais d'établissement activés sont à amortir intégralement dès que la décision de liquidation est prise.

Les montants qui n'ont pas été réclamés par les actionnaires ou ayants droit lors de la clôture de la liquidation du ou des compartiments seront gardés en dépôt auprès de la Banque Dépositaire durant une période n'excédant pas six mois à compter de cette date.

Passé ce délai, ces avoirs seront consignés auprès de la Trésorerie de l'Etat, Caisse des Consignations à Luxembourg.
2) Liquidation par apport à un autre compartiment de la Société ou à un autre OPC de droit luxembourgeois.

Si des changements importants de la situation politique ou économique rendent, dans l'esprit du Conseil d'Administration, cette décision nécessaire, le Conseil d'Administration pourra également décider la fermeture d'un compartiment ou de plusieurs compartiments par apport à un ou plusieurs autres compartiments de la Société ou à un ou plusieurs autres compartiments d'un autre OPC de droit luxembourgeois.

Pendant une période minimale d'un mois à compter de la date de la publication de la décision d'apport, les actionnaires du ou des compartiments concernés peuvent demander le rachat sans frais de leurs actions. A l'expiration de cette période, la décision relative à l'apport engage l'ensemble des actionnaires qui n'ont pas fait usage de cette possibilité, étant entendu cependant que lorsque l'OPC qui doit recevoir l'apport revêt la forme du Fonds Commun de Placement, cette décision ne peut engager que les seuls actionnaires qui se sont prononcés en faveur de l'opération.

Art. 35. Modification des statuts. Les présents statuts pourront être modifiés par une assemblée générale soumise aux conditions de quorum et de majorité requises par la loi luxembourgeoise. Toute modification des statuts affectant les droits des actions relevant d'un compartiment donné par rapport aux droits des actions relevant d'autres compartiments, de même que toute modification des statuts affectant les droits des actions d'une classe d'actions par rapport aux droits des actions d'une autre classe d'actions, sera soumise aux conditions de quorum et de majorité telles que prévues par l'article 68 de la loi modifiée du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

Art. 36. Loi applicable. Pour tous les points non spécifiés dans les présents statuts, les parties se réfèrent et se soumettent aux dispositions de la loi luxembourgeoise du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et ses lois modificatives, ainsi qu'à la loi du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite à l'assemblée, les membres du bureau ont signé avec Nous notaire le présent acte, aucun autre actionnaire n'ayant demandé à signer.

Signé: N. Uhl, V. Schmitz, F. Pilotaz, J.-P. Hencks.

Enregistré à Luxembourg, le 16 avril 2004, vol. 143S, fol. 30, case 11. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 16 avril 2004.

J.-P. Hencks.

(030979.3/216/583) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 20 avril 2004.

UniGarantPlus: Europa (2011) I, Fonds Commun de Placement.

Änderungsvereinbarung betreffend das Sonderreglement des Fonds

Zwischen

1. UNION INVESTMENT LUXEMBOURG S.A., einer Aktiengesellschaft mit Sitz in 308, route d'Esch, L-1471 Luxembourg, und

2. DZ BANK INTERNATIONAL S.A., einer Aktiengesellschaft mit Sitz in 4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxembourg-Strassen,

wurde folgendes festgestellt und vereinbart.

Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank beschließen hiermit, für den UniGarantPlus: Europa (2011) I folgende Änderungen vorzunehmen:

- Änderung des Namens von UniGarantPlus: Europa (2011) I in UniGarantPlus: Europa (2011) II

- Änderung des Laufzeitendes des Fonds vom 31. März 2011 auf den 30. September 2011

- Erhöhung des garantierten Liquidationserlöses am Laufzeitende von 107 EUR auf 110 EUR.

Im Zuge dieser Änderungen beschließen die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank das Sonderreglement des UniGarantPlus: Europa (2011) I zu ändern und neu zu fassen. Das vollständig aktualisierte Sonderreglement ist dieser Änderungsvereinbarung beigefügt.

Die ersten drei Absätze von Artikel 19 (Anlageziel) werden wie folgt geändert:

«Ziel der Anlagepolitik ist es, den Anlegern zum Ende der Laufzeit des Fonds am 30. September 2011 eine Mindestverzinsung zu garantieren und darüber hinaus die Anleger an den Wertsteigerungen der Kapitalmärkte der Europäischen Währungsunion (EWU) teilhaben zu lassen.

In diesem Zusammenhang wird von der Verwaltungsgesellschaft garantiert, daß zum Laufzeitende des Fonds am 30. September 2011 der Liquidationserlös pro Anteil nicht unter 110,00 Euro liegt. Damit garantiert die Verwaltungsgesellschaft den Anlegern nicht nur den anfänglichen Anteilwert von 100,00 Euro, sondern zusätzlich noch einen Bonus von mindestens 10,00 Euro je Anteil zum Laufzeitende. Sollte der Wert von 110,00 Euro nicht erreicht werden, wird die Verwaltungsgesellschaft den Differenzbetrag aus eigenen Mitteln in das Fondsvermögen einzahlen. Liegt der Anteilwert am Laufzeitende über 110,00 Euro, so bekommt der Anleger den Anteilwert ausbezahlt.

Mit Ausnahme der Garantie, daß zum Laufzeitende des Fonds der Liquidationserlös pro Anteil nicht unter 110,00 Euro liegt, kann keine Zusicherung gegeben werden, daß die Ziele der Anlagepolitik erreicht werden. Diese Garantie ermäßigt sich für den Fall, daß steuerliche Änderungen während der Laufzeit der Fonds dazu führen, daß dem Fondsvermögen Zinsen oder Kapital nicht in voller Höhe zufließen. Der garantierte Mindestrücknahmepreis ermäßigt sich in diesem Fall in Höhe dieser Verringerung der Erträge des Fonds einschließlich entgangener Zinsen aus der Wiederanlage.»

Der letzte Absatz von Artikel 20 (Anlagepolitik) wird wie folgt geändert:

«Der Erwerb von Fondsanteilen sollte auf eine Haltedauer bis zum 30. September 2011 ausgerichtet sein.»

In Artikel 21 (Fondswährung, Ausgabe sowie Ausgabe- und Rücknahmepreis von Anteilen) wird in Ziffer 2 der erste Satz wie folgt geändert:

«Die Ausgabe von Anteilen erfolgt bewertungstäglich, jedoch längstens bis zum 31. Juli 2011.»

In Artikel 27 (Dauer des Fonds) wird der erste Satz wie folgt geändert:

«Die Laufzeit des Fonds ist auf den 30. September 2011 befristet.»

Veröffentlichung, Hinterlegung und Inkrafttreten

Diese Änderungsvereinbarung wird beim Handelsregister des Bezirksgerichts in Luxemburg hinterlegt sowie im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations» veröffentlicht.

Die Änderungen treten am 13. April 2004 in Kraft.

Luxemburg, den 7. April 2004.

UNION INVESTMENT LUXEMBOURG S.A.

Die Verwaltungsgesellschaft

Unterschriften

DZ BANK INTERNATIONAL S.A.

Die Depotbank

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 21 avril 2004, réf. LSO-AP03470. – Reçu 16 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(031824.2//54) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 22 avril 2004.

INTERFER LUXCO, Société en Commandite par Actions.

Registered office: L-5365 Munsbach, 5, Parc d'Activité Syrdall.

R. C. Luxembourg B 97.314.

In the year two thousand and four, on the twenty-fifth of February.

Before us Maître Joseph Elvinger, notary, residing in Luxembourg.

Is held an extraordinary general meeting of shareholders of INTERFER LUXCO (the «Company»), a société en commandite par actions, having its registered office at 5, Parc d'Activité Syrdall, L-5365 Munsbach, registered with the Luxembourg trade and companies' register under section B number 97.314, incorporated pursuant to a deed of the undersigned notary, on 25 November 2003, published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations number 71 of 19 January 2004. The articles of incorporation have not yet been amended.

The meeting is opened at 11.10 a.m., with Mr Marc Elvinger, lawyer, residing in Luxembourg, in the chair, who appoints as secretary Miss Rachel Uhl, jurist, residing in Luxembourg.

who was also elected as scrutineer Miss Rachel Uhl, residing in Luxembourg.

The board of the meeting having thus been constituted, the chairman declares and requests the notary to state:

I. - That the agenda of the meeting is the following:

Agenda:

1) Creation of different classes of shares divided into class A ordinary shares (the «Class A Ordinary Shares») and management share(s) (the «Management Share(s));

2) Introduction of new provisions into the articles of incorporation providing for the issue of redeemable shares;

3) Conversion of the thirty-six thousand eight hundred (36,800) existing shares, into thirty-six thousand seven hundred ninety-nine (36,799) Class A Ordinary Shares and one (1) Management Share;

4) Increase of the share capital from its present amount of forty-six thousand euros (EUR 46,000.-) up to two hundred eighty-seven thousand two hundred seven euros fifty cent (EUR 287,207.50) by the issue of one hundred ninety-two thousand nine hundred sixty-six (192,966) Class A Ordinary Shares having a nominal value of one euro and twenty-five cent (EUR 1.25) each;

5) Authorisation of the manager to increase the share capital of the Company within the limits of the authorised share capital without reserving a preferential subscription right to the existing shareholders;

6) Full restatement of the articles of incorporation of the Company;

7) Miscellaneous.

II. - That the shareholders present or represented, the proxyholders of the represented shareholders and the number of their shares are shown on an attendance list; this attendance list, signed by the shareholders, the proxyholders of the represented shareholders and by the board of the meeting, will remain annexed to the present deed to be filed at the same time with the registration authorities. The proxies of the represented shareholders, initialled *ne varietur* by the appearing parties will also remain annexed to the present deed.

III. - That the entire share capital being present or represented at the present meeting and all the shareholders present or represented declaring that they have had due notice and got knowledge of the agenda prior to this meeting, no convening notices were necessary.

IV. - That the present meeting, representing the entire share capital, is regularly constituted and may validly deliberate on all the items of the agenda.

Then the general meeting, after deliberation, unanimously takes the following resolutions:

First resolution

The meeting decides to create shares divided into class A ordinary shares (the «Class A Ordinary Shares») and management share(s) (the «Management Share(s)») which are more precisely specified below in the new articles 6 and 7 of the articles of incorporation.

The Class A Ordinary Shares and Management Share(s) are hereinafter collectively referred to as the «Shares».

Second resolution

The general meeting decides that the Company may issue redeemable shares. The redeemable shares bear the same rights to receive dividends and have the same voting rights as ordinary shares. Subscribed and fully paid in redeemable shares shall be redeemable upon request of the Company in accordance with the provisions of Article 49-8 of the law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended. The redemption of the redeemable shares can only be made by using sums available for distribution in accordance with article 72-1 of the law of 10 August 1915 on commercial companies or the proceeds of a new issue made with the purpose of such redemption. The redeemed shares bear no voting rights, and have no rights to receive dividends or the liquidation proceeds.

All of the Class A Ordinary Shares are redeemable shares in accordance with the provisions of Article 49-8 of the law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended, except for those issued and subscribed for prior to the insertion of the present article in the articles of incorporation.

The article relation to the redeemable shares to be inserted into the articles of incorporation shall read as follows:

«Art 6.3. Redemption; Convertibility

(a) *Redeemable Shares.* The Company may issue redeemable shares in accordance with the terms of these Articles. The Class A Ordinary Shares are redeemable shares in accordance with the provision of article 49-8 of the law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended. All redeemable shares shall bear the same rights to receive dividends and other distributions (including liquidation proceeds) and shall have the same voting rights as the Class A Ordinary Shares. Redeemable shares may be redeemed upon a request of the Company made in accordance with the provisions of these Articles. All redemptions shall be on a pro rata basis among all holders of each class of redeemable shares subject to such redemption. The redemption of redeemable shares can only be made by using sums available for distribution in accordance with article 72-1 of the law of 10 August 1915 on commercial companies (distributable funds, inclusive of the extraordinary reserve established with the funds received by the company as an issue premium) or the proceeds of a new issue made with the purpose of such redemption. Upon redemption, the redeemed shares shall cease to have voting rights and rights to receive any dividends, distributions or liquidation proceeds. The Company may cancel the redeemed shares upon a decision of the Manager.

(b) *Special Reserve.* In the event of a partial or total redemption of any redeemable shares, an amount equal to the nominal value, or in the absence thereof, the par value, of all the shares redeemed must be included in a reserve which cannot be distributed to the shareholders except in the event of a capital reduction of the subscribed share capital; the reserve may only be used to increase the subscribed share capital by capitalization of reserves.

(c) *Redemption Price.* Except as otherwise provided in these Articles or by a written agreement which may be entered into among the shareholders, the redemption price applicable to any redemption of the redeemable shares shall be calculated by the Manager(s) or by such person appointed by the Manager(s) on the basis of the net asset value of all assets and liabilities of the Company. The net asset value of the Company's shares shall be expressed as a per share figure and shall be determined in respect of any valuation day by dividing the net assets of the Company, being the value of the Company's assets less its liabilities at close of business on that day, by the number of shares of the Company then outstanding at such close of business, in accordance with the rules the Manager(s) shall reasonably regard as fair and equitable. In the absence of bad faith, gross negligence or overt error any decision taken by the Manager(s) with respect to the calculation of the redemption price shall be conclusive and binding on the Company and on its present, past and future shareholders.

(d) *Redemption Procedure.* Except as otherwise provided in a written agreement which may be entered into among the shareholders of the Company at least ten (10) days prior to the redemption date, written notice shall be sent by registered mail or internationally recognized overnight courier to each registered shareholder of the shares to be redeemed, at his or her address last shown in the shareholder's register of the Company, notifying such holder of the number of shares so to be redeemed, specifying the redemption date, the redemption price and the procedures necessary to submit the shares to the Company for redemption. Each holder of shares to be redeemed shall surrender the certificate or certificates, if any, issued in relation to such shares to the Company. The redemption price of such shares shall be payable to the order of the person whose name appears on the share register as the owner thereof on the bank account provided to the Company by such shareholder before the redemption date.

(e) *Management Shares.* The Management Shares are not redeemable shares and may not be redeemed by the Company.»

Third resolution

The meeting decides to convert the thirty-six thousand eight hundred (36,800) existing shares, into thirty-six thousand seven hundred ninety-nine (36,799) Class A Ordinary Shares and one (1) Management Share, as follows:

1) the thirty-six thousand seven hundred ninety-nine (36,799) shares owned by BRENNTAG-INTERFER (BC), a société en commandite par actions incorporated and governed by the laws of the Grand Duchy of Luxembourg, with registered office at 5, Parc d'Activité Syrdall, L-5365 Munsbach, are hereby converted into thirty-six thousand seven hundred ninety-nine (36,799) Class A Ordinary Shares; and

2) the one (1) share owned by INTERFER, a société anonyme incorporated and governed by the laws of the Grand Duchy of Luxembourg, with registered office at 5, Parc d'Activité Syrdall, L-5365 Munsbach, is hereby converted into one (1) Management Share.

Fourth resolution

The meeting decides to increase the share capital of an amount of two hundred forty-one thousand two hundred seven euros (EUR 241,207.50) in order to increase it from its current amount of forty-six thousand euros (EUR 46,000) up to two hundred eighty-seven thousand two hundred seven euros fifty cent (EUR 287,207.50) through the issue of one hundred ninety-two thousand nine hundred sixty-six (192,966) Class A Ordinary Shares having a par value of one euro twenty-five cent (EUR 1.25) per share.

All of the one hundred ninety-two thousand nine hundred sixty-six (192,966) new Class A Ordinary Shares have been subscribed by BRENNTAG-INTERFER (BC) S.C.A., prenamed, for a total amount of two hundred forty-one thousand two hundred seven euros (EUR 241,207.50).

The shares subscribed have been paid up in cash by the subscribers so that the total sum of two hundred forty-one thousand two hundred seven euros (EUR 241,207.50) representing two hundred forty-one thousand two hundred seven euros (EUR 241,207.50) for the share capital is at the disposal of the company, as it has been proved to the undersigned notary.

Fifth resolution

The meeting decides to renew and approve the authorisation of the manager of the Company to increase the share capital of the Company up to an amount of five hundred million euros (EUR 500,000,000.-) for a period ending five years after the date of publication of the present shareholders' resolution in the Luxembourg official gazette (Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations).

Based on the report provided by the sole manager, the general meeting unanimously resolves in accordance with article 32-3 (5) of the law of 1915 to authorise the manager to suppress the preferential right of subscription of the existing shareholders within the limits of the authorised share capital.

Sixth resolution

The general meeting decides to fully restate the articles of incorporation of the Company which shall henceforth be read as follows:

A. Name - Registered office - Duration - Object

Art. 1. There is hereby established among the subscribers and all those who may become shareholders in the future, a company in the form of a société en commandite par actions under the name of INTERFER LUXCO (hereinafter the «Company»).

Art. 2. The registered office of the Company is established in Munsbach - Schuttrange, Grand Duchy of Luxembourg. Within the same municipality, the registered office of the Company may be transferred by resolution of the Manager. Branches, subsidiaries or other offices may be established either in the Grand Duchy of Luxembourg or abroad by resolution of the Manager. In the event that the Manager determines that extraordinary political or military events have occurred or are imminent which would interfere with the normal activities of the Company at its registered office or with the communication between such office and persons abroad, the registered office may be temporarily transferred abroad until the complete cessation of these abnormal circumstances; such provisional measures shall have no effect on the nationality of the Company which, notwithstanding such temporary transfer, shall remain a Luxembourg company.

Art. 3. The Company is established for an unlimited period of time.

Art. 4. The purpose of the Company is the holding of participations, in any form whatsoever, in Luxembourg and foreign companies and any other form of investment, the acquisition by purchase, subscription or in any other manner as well as the transfer by sale, exchange or otherwise of securities of any kind and the administration, control and development of its portfolio.

The Company may further guarantee, grant loans or otherwise assist the companies in which it holds a direct or indirect participation or which form part of the same group of companies as the Company.

The Company may carry out any commercial, industrial or financial activities which it may deem useful in accomplishment of its purpose.

B. Management - Share Capital

Art. 5. The general partner of the Company (associé commandite) is jointly and severally liable for all liabilities which cannot be paid out of the assets of the Company. The other shareholders (for the avoidance of doubt, not including the general partner), being the holder(s) of Class A Ordinary Shares, shall refrain from acting on behalf of the Company in any manner or capacity other than by exercising their rights as shareholders in general meetings and shall only be liable to the extent of their contributions to the Company.

Art. 6. Corporate Capital

Art 6.1. Subscribed Capital. The Company has a subscribed capital of two hundred eighty-seven thousand two hundred seven euros fifty cent (EUR 287,207.50) represented by fully paid up shares, consisting of two hundred twenty-nine thousand seven hundred sixty-five (229,765) Class A Ordinary Shares with a par value of one euro twenty-five cents (EUR 1.25) each (herein, the «Class A Ordinary Shares») and by one (1) Management Share with a par value of one euro twenty-five cents (EUR 1.25) (herein, the «Management Share»).

The subscribed capital of the Company may be increased or reduced by a resolution of the shareholders adopted in the manner required for amendment of these Articles. The Company may, to the extent and under terms permitted by law, redeem its own shares.

All shares shall vote together and, except as may be required by law or set forth in these Articles, the holders of any separate class of shares shall not be entitled to vote separately on any matter. No shares of any class shall be entitled

to any pre-emptive rights with respect to any shares of the Company except as may be required by law or as otherwise provided in any shareholders agreement to be entered into by the Company with the Class A Ordinary Shareholders.

Art. 6.2. Description of the shares

Art. 6.2.1. The Class A Ordinary Shares

(a) The Class A Ordinary Shares. All Class A Ordinary Shares shall be identical in all respects. All Class A Ordinary Shares shall share ratably in the payment of dividends and in any distribution of assets other than by way of dividends, which are allocated on an aggregate basis to such Class A Ordinary Shares. All Class A Ordinary Shares purchased or otherwise acquired by the Company shall, if the Manager so directs, be retired with the effect that the issued number of Class A Ordinary Shares is reduced. Any redemption, retirement, or other acquisition by the Company of Class A Ordinary Shares shall be done on a pro rata basis among all holders of Class A Ordinary Shares with the same terms and conditions (including price per share) applicable to all such holders.

(b) Voting Rights. Each Class A Ordinary Share will entitle the holder thereof to one vote on all matters upon which the holders thereof have the right to vote.

Art. 6.2.2. The Management Shares

(a) The Management Shares. All Management Shares shall be identical in all respects. All Management Shares shall share ratably in the payment of dividends and in any distribution of assets other than by way of dividends, which are allocated on an aggregate basis to such Management Shares.

(b) Voting Rights. Each Management Share will entitle the holder thereof to one vote on all matters upon which the holders thereof have the right to vote.

Art. 6.3. Redemption; Convertibility

(a) Redeemable Shares. The Company may issue redeemable shares in accordance with the terms of these Articles. The Class A Ordinary Shares are redeemable shares in accordance with the provision of article 49-8 of the law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended. All redeemable shares shall bear the same rights to receive dividends and other distributions (including liquidation proceeds) and shall have the same voting rights as the Class A Ordinary Shares. Redeemable shares may be redeemed upon a request of the Company made in accordance with the provisions of these Articles. All redemptions shall be on a pro rata basis among all holders of each class of redeemable shares subject to such redemption. The redemption of redeemable shares can only be made by using sums available for distribution in accordance with article 72-1 of the law of 10 August 1915 on commercial companies (distributable funds, inclusive of the extraordinary reserve established with the funds received by the company as an issue premium) or the proceeds of a new issue made with the purpose of such redemption. Upon redemption, the redeemed shares shall cease to have voting rights and rights to receive any dividends, distributions or liquidation proceeds. The Company may cancel the redeemed shares upon a decision of the Manager.

(b) Special Reserve. In the event of a partial or total redemption of any redeemable shares, an amount equal to the nominal value, or in the absence thereof, the par value, of all the shares redeemed must be included in a reserve which cannot be distributed to the shareholders except in the event of a capital reduction of the subscribed share capital; the reserve may only be used to increase the subscribed share capital by capitalization of reserves.

(c) Redemption Price. Except as otherwise provided in these Articles or by a written agreement which may be entered into among the shareholders, the redemption price applicable to any redemption of the redeemable shares shall be calculated by the Manager(s) or by such person appointed by the Manager(s) on the basis of the net asset value of all assets and liabilities of the Company. The net asset value of the Company's shares shall be expressed as a per share figure and shall be determined in respect of any valuation day by dividing the net assets of the Company, being the value of the Company's assets less its liabilities at close of business on that day, by the number of shares of the Company then outstanding at such close of business, in accordance with the rules the Manager(s) shall reasonably regard as fair and equitable. In the absence of bad faith, gross negligence or overt error any decision taken by the Manager(s) with respect to the calculation of the redemption price shall be conclusive and binding on the Company and on its present, past and future shareholders.

(d) Redemption Procedure. Except as otherwise provided in a written agreement which may be entered into among the shareholders of the Company at least ten (10) days prior to the redemption date, written notice shall be sent by registered mail or internationally recognized overnight courier to each registered shareholder of the shares to be redeemed, at his or her address last shown in the shareholder's register of the Company, notifying such holder of the number of shares so to be redeemed, specifying the redemption date, the redemption price and the procedures necessary to submit the shares to the Company for redemption. Each holder of shares to be redeemed shall surrender the certificate or certificates, if any, issued in relation to such shares to the Company. The redemption price of such shares shall be payable to the order of the person whose name appears on the share register as the owner thereof on the bank account provided to the Company by such shareholder before the redemption date.

(e) Management Shares. The Management Shares are not redeemable shares and may not be redeemed by the Company.

Art. 6.4. Distributions to Shareholders. If any distribution to the shareholders is determined to be made by the Company's shareholders meeting and/or by the Manager (whether by interim dividend, redemption or otherwise), the shareholders will be entitled to receive distributions, when, as, and if declared by the Company's shareholders meeting and/or by the Manager out of funds legally available therefor, in accordance with applicable law, in the manner described in the remaining provisions of this Article 6.4. The holders of the Class A Ordinary Shares and the Management Shares shall be entitled to receive all distributions made by the Company to shareholders, and such distributions shall be made pro rata among the holders of the Class A Ordinary Shares and the Management Share based on the number of Ordinary Shares held by such holder and should be made on identical terms and conditions applicable to all holders thereof.

Art. 6.5. Liquidation Rights. In the event of a liquidation, after payment of all debts and liabilities of the Company, the residual assets of the Company will be distributed to the shareholders in the manner set out in Article 6.4 above. Neither a merger or consolidation of the Company into or with any other entity or entities, nor a merger or consolidation of any other entity or entities into or with the Company, nor a sale, transfer, lease or exchange (for cash, securities or other consideration) of all or any part of the assets of the Company shall be deemed to be a liquidation within the meaning of this Article 6.5, unless such merger, consolidation, sale, transfer, lease or exchange shall be in connection with or intended to be a plan of complete liquidation, dissolution or winding up of the Company.

Art. 6.6. Authorised Capital. In addition to the subscribed capital, the Company has an authorised capital which is fixed at five hundred million euros (EUR 500,000,000.-) represented by four hundred million (400,000,000) Class A Ordinary Shares having a par value of one euro twenty-five cents (EUR 1.25) per share.

During a period ending five (5) years after the date of publication of the shareholders' resolution to create the authorised capital in the Luxembourg Official Gazette, Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, the Manager is authorised to increase in one or several times the subscribed capital by causing the Company to issue new shares within the limits of the authorised capital. Such new shares (Ordinary Shares, preferred shares or shares of any class which may be issued by the Company) may be subscribed for and issued under the terms and conditions as the Manager may determine, more specifically in respect to the subscription and payment of the new shares to be subscribed and issued, such as to determine the time and the amount of the new shares to be subscribed and issued, to determine if the new shares are to be subscribed with or without an issue premium, to determine to what an extent the payment of the newly subscribed shares is acceptable either by cash or by assets other than cash. Any share issuance by the Company shall comply with the terms and conditions set forth in any shareholders agreement to be entered into between the Company and the Class A Ordinary Shareholders. Unless the shareholders shall have otherwise agreed, when realising the authorised capital in full or in part, the manager is expressly authorised to limit or waive the preferential subscription right reserved to existing shareholders. The Manager may delegate to any duly authorised director or officer of the Company or to any other duly authorised person, the duties of accepting subscriptions and receiving payment for the new shares representing part or all of such increased amounts of capital. After each increase of the subscribed capital performed in the legally required form and in accordance with these Articles by the Manager, this Article 6.6 shall be adjusted accordingly to reflect such increase.

Art. 6.7. Amendment of the subscribed and of the authorised capital. The subscribed and the authorised capital of the Company may be increased or reduced by a decision of the general meeting of shareholders voting with the same quorum as for the amendment of the present Articles.

Art. 6.8. Definitions. For the purpose of these Articles:

«Affiliate» or «Affiliates» means, with respect to any Person, any other Person that, directly or indirectly, controls, is controlled by, or is under common control with such first Person or any other Person who holds directly or indirectly more than a fifty percent (50%) economic interest in such first Person or in whom such first Person holds directly or indirectly more than a fifty percent (50%) economic interest. For the purpose of this definition, «control» will mean, as to any Person, the power to direct or cause the direction of the management and policies of such Person, whether through the ownership of voting securities or membership on the board of managers or directors, by contract (including without limitation a limited partnership agreement or general partnership agreement) or otherwise. Any trust or nominee directly or indirectly holding securities principally for the benefit of employees of a Holder or the Company, or any Affiliates thereof, shall be deemed to be an Affiliate of such Person.

«Articles» means these articles of incorporation as amended from time to time.

«Class A Ordinary Shares» has the meaning provided in Article 6.1.

«Company» has the meaning provided in Article 1.

«Investor Securities» means, with respect to an Investor, such Investor's Ordinary Shares together with any other Securities of the Company subscribed for by such Investor.

«Management Share» has the meaning provided in Article 6.1.

«Manager» has the meaning provided in Article 8.

«Ordinary Shares» means the ordinary shares of the Company.

«Person» means an individual, a partnership, a corporation, a limited liability company, an association, a joint stock company, a trust, a joint venture, an unincorporated organization and a governmental entity or any department, agency or political subdivision thereof.

«Securities» means any duly authorized securities of the Company, including but not limited to, any Series 1 PECs, Series 1 CPECs, or Ordinary Shares issued by the Company.

«Securityholder» means any holder of Securities.

«Series 1 CPECs» means the Series 1 convertible preferred equity certificates which may be issued by the Company from time to time and, if applicable, any additional series of convertible preferred equity certificates duly authorized and issued by the Company from time to time.

«Series 1 PECs» means the Series 1 preferred equity certificates which may be issued by the Company from time to time and, if applicable, any additional series of preferred equity certificates duly authorized and issued by the Company from time to time.

«Transfer» or «transfer» has the meaning provided in Article 7.3(c).

C. Shares - Shareholders register - Share transfers

Art. 7. Shares

Art. 7.1. Shareholders Register. All the shares will be and remain in the form of registered shares. A shareholders register which may be examined by any shareholder will be kept at the registered office. The register will contain the

precise designation of each shareholder and the indication of the number of shares held, the indication of the payments made on the shares as well as the transfers of shares and the dates thereof. Each shareholder will notify to the Company by registered letter its address and any change thereof. The Company will be entitled to rely on the last address thus communicated. Certificates of these recordings shall be issued and signed by the Manager upon request of the relevant shareholder.

Art. 7.2. Share Ownership. Ownership of the registered shares will result from the recordings in the shareholders register. The Company recognizes only one owner per share. If one or more shares are jointly owned or if the ownership of such share(s) is disputed, all persons claiming a right to such share(s) must appoint one single representative to represent such share(s) towards the Company. The failure to appoint such representative shall imply a suspension of all rights attached to such shares.

Art. 7.3. Share Transfer

(a) Declaration of Transfer. The transfers of shares will be carried by a declaration of transfer registered into the shareholders' register, dated and signed by the transferor and the transferee or by their representative(s). The transfers of shares may also be carried out in accordance with the rules on the transfer of claims laid down in article 1690 of the Luxembourg Civil Code. Furthermore, the Company may accept and register into the shareholders' register any transfer referred to in any correspondence or other document showing the consent of the transferor and the transferee.

(b) Limitations on transfer. Prior to 25 February 2014 or during such shorter period as may be consistent with applicable law, except as otherwise provided in any shareholders agreement to be entered into between the Company and the Class A Ordinary Shareholders, the shareholders of the Company may not validly transfer the shares issued by the Company, other than to Affiliates or pursuant to Article 7.5(e) below, without the prior written approval of the Company's Manager.

(c) Transfer. For the purposes of this article, «Transfer» or «transfer» shall mean any transaction, whether voluntary or involuntary or by operation of law, resulting in a transfer of the ownership, «nue-propriété», «usufruit» or any rights of the shares issued by the Company (including any voting rights or dividend rights) to any person other than the Company itself, whether a shareholder of the Company or not, by any means whatsoever (including, without limitation, gifts, partial contributions of assets («apports partiels d'actifs»), mergers, splits («scissions»), sales, assignments, pledges or any other for of transfer, conveyance or disposition of any legal or beneficial interest in the shares, as well as any combination of such methods of transfer of ownership.

(d) Transfer of Management Share. The Management Share(s) held by the Manager is (are) not transferable except to a successor manager to be appointed in accordance with Article 8 of these Articles.

(e) Transfers to Affiliates. The restrictions set out in this Article 7.3 shall not apply with respect to any transfer of Investor Securities by a holder of Investor Securities to Affiliates after delivering written notice of such transfer to the Manager.

(f) Transfers in Violation of the Articles. Any Transfer or attempted Transfer of any Securities in violation of any provision of these Articles shall be void and of no effect, and the Company shall not give effect to such Transfer nor record such Transfer on its books or treat any purported transferee of such Securities as the owner of such Securities for any purpose.

D. Manager

Art. 8. The Company shall be managed by INTERFER S.A., a joint stock company (société anonyme) existing under the laws of the Grand Duchy of Luxembourg, in its capacity as sole general partner (associé commandité) and manager of the Company (herein referred to as the «Manager»). The other shareholders shall neither participate in nor interfere with the management of the Company. In the event of legal incapacity, liquidation or other permanent situation preventing the Manager from acting as manager of the Company, the Company shall not immediately be dissolved and liquidated, provided the Supervisory Board, as provided for in Article 11 hereof, appoints an administrator, who need not be a shareholder, in order that he effect urgent management acts, until a general meeting of shareholders is held, which such administrator shall convene within 15 days of his appointment. At such general meeting, the shareholders may appoint a successor manager, in accordance with the quorum and majority requirements for amendment of the Articles. Failing such appointment, the Company shall be dissolved and liquidated. The appointment of a successor manager shall not be subject to the approval of the Manager.

Art. 9. The Manager is vested with the broadest powers to perform all acts of administration and disposal within the Company' stated object. All powers not expressly reserved by law or by these Articles to the general meeting of shareholders or to the Supervisory Board are within the powers of the Manager.

Art. 10. The Company is validly bound vis-à-vis third parties by the signature of the Manager which itself is bound vis-à-vis third parties by the joint signatures of any duly appointed representatives, or by the signature(s) of any other person(s) to whom authority has been delegated by the Manager at its sole discretion, save that the Manager may not delegate any authority to any limited shareholder.

E. Supervision

Art. 11. The business of the Company and its financial situation, in particular its books and accounts shall be supervised by a Conseil de Surveillance (the «Supervisory Board») comprising at least three members, who need not be shareholders. For the carrying out of its supervisory duties, the Supervisory Board shall have the powers of a statutory auditor, as provided for by article 62 of the law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended from time to time. The Supervisory Board may be consulted by the Manager on such matters as he may determine and may authorise any actions taken by the Manager that may, pursuant to law or regulation or under the Articles, exceed the powers of the Manager. The members of the Supervisory Board shall be elected by the annual general meeting of shareholders for

a period of one (1) year and shall hold office until their successors are elected. The members of the Supervisory Board are re-eligible for election and may be removed at any time, with or without cause, by a resolution adopted by the general meeting of shareholders. The Supervisory Board may elect one of its members as chairman.

The Supervisory Board shall be convened by its chairman or by the Manager. A meeting of the Supervisory Board must be convened if any of its members so requests.

Written notice of any meeting of the Supervisory Board shall be given to all its members at least three (3) days prior to the date set for such meeting, except in the case of an emergency, in which case the nature of such emergency shall be detailed in the notice of meeting. The notice will indicate the place of the meeting and it will contain the agenda thereof. This notice may be waived by consent in writing, by telegram, telex, telefax or any other similar means of communication, a copy being sufficient. Special notices shall not be required for meetings held at times and places fixed in a calendar previously adopted by the Supervisory Board.

The chairman of the Supervisory Board will preside at all meetings of such board, but in his absence the Supervisory Board will appoint another member of the Supervisory Board as chairman pro tempore by vote of the majority present at such meeting. Any member may act at any meeting by appointing another member as his proxy in writing, by telegram, telex or telefax or any other similar means of communication, a copy being sufficient. A member may represent several of his colleagues.

The Supervisory Board can deliberate or act validly only if at least the majority of the members are present or represented. Resolutions are taken by a majority vote of the members present or represented.

Resolutions of the Supervisory Board are to be recorded in minutes and signed by the chairman of the meeting. Copies of extracts of such minutes to be produced in judicial proceedings or elsewhere shall be validly signed by the chairman of the meeting or any two (2) members.

Written resolutions, approved and signed by all the members of the Supervisory Board, shall have the same effect as resolutions voted at the Supervisory Boards' meetings; each member shall approve such resolution in writing, by telegram, telex, telefax or any other similar means of communication, a copy being sufficient. All such documents shall together form the document which proves that such resolution has been taken.

Any member of the Supervisory Board may participate in any meeting of the Supervisory Board by conference-call or by other similar means of communication allowing all the persons taking part in the meeting to hear one another. The participation in a meeting by these means is equivalent to a participation in person at such meeting.

The member(s) do not assume, by reason of his/their position, any personal liability in relation to commitments regularly made by them in the name of the Company. They are authorised agents only and are therefore merely responsible for the execution of their mandate.

The Company shall indemnify, to the greatest extent permitted by law, any member of the Supervisory Board and his heirs, executors and administrators, against expenses reasonably incurred by him in connection with any action, suit or proceeding to which he may be made a party by reason of his being or having been a member of the Supervisory Board of the Company and from which he shall not be entitled to be indemnified, except in relation to matters as to which he shall be finally adjudged in such action, suit or proceeding to be liable for negligence or misconduct; in the event of settlement, indemnification shall only be provided in connection with such matters covered by the settlement as to which the Company is advised by counsel that the person to be indemnified did not commit a breach of duty. The foregoing right of indemnification shall not exclude other rights to which he may be entitled.

The Company shall pay the expenses incurred by any person indemnifiable hereunder in connection with any proceeding in advance of the final disposition, so long as the Company receives a written and legally binding undertaking by such person to repay the full amount advanced if there is a final determination that such person is not entitled to indemnification. The termination of any action, suit or proceeding by judgment, order, settlement, conviction, or a plea of nolo contendere or its equivalent, shall not of itself, create a presumption that the indemnifiable person did not satisfy the standard of conduct entitling him or her to indemnification hereunder. The Company shall make a cash payment to such indemnifiable person equal to the full amount to be indemnified promptly upon notification of an obligation to indemnify from the indemnifiable person supported by such information as the Company shall reasonably require.

Art. 12. No contract or other transaction between the Company and any other company or firm shall be affected or invalidated by the fact that the Manager or any one or more of the directors or officers of the Manager, or any Affiliate thereof, has any interest in, or is a director, associate, officer or employee of such other company or firm; provided, however, that any such transaction shall be at arms-length on commercially reasonable and customary terms. Any director or officer of the Manager who serves as a director, officer or employee of any company or firm with which the Company contracts or otherwise engages in business shall not, by reason of such affiliation with such other company or firm, be prevented from considering and voting or acting upon any matters with respect to such contract or other business.

F. General Meeting of shareholders

Art. 13. The general meeting of shareholders represents all the shareholders of the Company. It has the broadest powers to order, proceed with or ratify any acts relating to the operations of the Company, under the reservation that, unless otherwise provided by the present Articles, a resolution shall be validly adopted only if approved by the Manager. The general meeting of the shareholders of the Company shall meet when convened by the Manager or the Supervisory Board.

The annual general meeting shall be held in Luxembourg at the registered office of the Company or at such other place in Luxembourg as may be specified in the convening notice of meeting, on the third Friday of May at 11.00 a.m. If such day is a legal or a bank holiday in Luxembourg, the annual general meeting shall be held on the next following business day in Luxembourg. Other general meetings of shareholders may be held at such places and times specified in the

respective convening notices. The general meetings of the shareholders are convened by a notice indicating the agenda and sent by the Manager by registered mail at least eight (8) days preceding the general meeting to each shareholder of the Company at the address indicated in the share register.

Each share is entitled to one vote. A shareholder may act at any meeting of shareholders by appointing another person as his proxy in writing, by facsimile or by any other means of communication, a copy being sufficient. The Manager may determine all other conditions that must be fulfilled by shareholders for them to take part in any meeting of shareholders. If all of the shareholders are present or represented at a meeting of shareholders and if they state that they have been informed of the agenda of the meeting, the meeting may be held without prior notice or publication.

G. Accounting year - Balance sheet

Art. 14. The accounting year of the Company shall begin on the first (1) of January and shall terminate on the thirty-first (31st) of December of the same year.

Art. 15. From the annual net profits of the Company, five percent (5%) shall be allocated to the reserve required by law. This allocation shall cease to be required when the amount of the statutory reserve shall have reached ten percent (10%) of the subscribed share capital. The general meeting of shareholders, upon recommendation of the Manager, shall determine how the remainder of the annual net profit will be disposed of and interim dividends may be distributed by observing the terms and conditions provided for by law; provided, however, that any such disposal of profits or distributions shall be in compliance with any shareholders agreement to be entered into between the Company and the Class A Ordinary Shareholders.

H. Liquidation - Amendment of the articles

Art. 16. These Articles may be amended, subject to the approval of the Manager, by a general meeting of shareholders under the quorum and majority requirements provided for by the law of 10 August 1915 on commercial companies as amended, unless otherwise provided herein. Notwithstanding anything to the contrary in these Articles (i) any amendment of any provision of these Articles that affects a holder of Class A Ordinary Shares in a manner more adverse than such amendment affects the other holders of Class A Ordinary Shares shall require the unanimous consent of the more adversely affected holders of Class A Ordinary Shares and (ii) any amendment of any provision of these Articles that affects the economic rights of the Management Shares (including by way of issuance of additional Management Shares or by affecting the rights of the Management Shares to receive distributions on a share by share basis with the Class A Ordinary Shares) shall require the unanimous consent of all holders of the Class A Ordinary Shares.

Art. 17. In case of dissolution of the Company, one or more liquidators (individuals or legal entities) shall carry out the liquidation. The liquidator(s) shall be appointed by the general meeting which decided the dissolution and which shall determine their powers and compensation.

I. Final dispositions - Applicable law

Art. 18. For all matters not governed by these Articles, the parties shall refer to the Luxembourg Law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended.

J. Miscellaneous

Art. 19. The Company intends timely to elect to be classified as a fiscally transparent (i.e., pass-through) entity for U.S. tax purposes effective for its first taxable year. In this connection, the Manager, and each other person so authorized by action of the Shareholders, shall have the authority to execute and file such an election on behalf of the Company. The Shareholders shall cooperate to effect such election.

There being no further business, the meeting is closed.

The undersigned notary, who understands and speaks English, herewith states that on request of the appearing persons, this deed is worded in English followed by a German translation. On request of the same appearing persons and in case of divergences between the English and the German text, the English version will be prevailing.

Whereof this deed was drawn up in Luxembourg on the date set at the beginning of this deed.

This deed having been read to the appearing persons, all of whom are known to the notary by their first and surnames, civil status and residences, said persons appearing signed together with the notary the present deed.

Folgt die deutsche Übersetzung des englischen Textes:

Im Jahre zweitausendvier, den fünfundzwanzigsten Februar.

Vor dem unterzeichneten Notar M^e Joseph Elvinger, mit Amtssitz in Luxemburg.

Sind die Aktionäre der Kommanditgesellschaft auf Aktien INTERFER LUXCO (die «Gesellschaft»), mit Gesellschaftssitz in 5, Parc d'Activité Syrdall, L-5365 Munsbach, eingetragen im Luxemburg Gesellschafts- und Handelsregister unter Sektion B Nummer 97314, zu einer außerordentlichen Hauptversammlung zusammengetreten. Die Gesellschaft wurde am 25. November 2003 gegründet, gemäß Urkunde des unterzeichneten Notars, welche Urkunde am 19. Januar 2004 im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations Nummer 71 veröffentlicht wurde. Die Satzung der Gesellschaft wurde noch nicht abgeändert.

Die Versammlung wurde um 11.10 Uhr unter dem Vorsitz von Herrn Marc Elvinger, Jurist, wohnhaft in Luxemburg, eröffnet,

welche zur Schriftführerin Fräulein Rachel Uhl, Juristin, wohnhaft in Luxemburg, bestellt.

Die Hauptversammlung wählt zur Stimmzählerin Fräulein Rachel Uhl vorgenannt.

Der Versammlungsvorstand ist hiermit gebildet. Der Vorsitzende erklärt und ersucht den amtierenden Notar folgendes zu beurkunden:

I. - Dass die gegenwärtige Hauptversammlung über folgende Tagesordnung zu befinden hat:

Tagesordnung:

1. Schaffung von verschiedenen Klassen von Aktien in Form von Stammaktien der Klasse A (die «Stammaktien der Klasse A») und Komplementärsaktien (die «Komplementärsaktien»);
2. Einführung neuer Bestimmungen in die Satzung der Gesellschaft über die Ausgabe von Rückkaufaktien;
3. Umwandlung der sechshunddreißigtausendachthundert (36.800) bestehenden Aktien in sechshunddreißigtausendsebenhundertneunundneunzig (36.799) Stammaktien der Klasse A und eine (1) Komplementärsaktie;
4. Erhöhung des Gesellschaftskapitals von seinem jetzigen Betrag von sechshundvierzigtausend Euro (EUR 46.000,-) auf zweihundertsiebenundachtzigtausendzwei hundertsieben Euro Fünfzig Cent (EUR 287.207,50) durch die Schaffung von einhundertzweiundneunzigtausendneuhundertsechshundsechzig (192.966) Stammaktien der Klasse A mit einem Nennwert von je ein Euro fünfundzwanzig Cent (EUR 1,25);
5. Genehmigung an den Geschäftsführer das Gesellschaftskapital innerhalb der Grenzen des genehmigten Kapitals zu erhöhen ohne den bestehenden Aktionären ein Vorzugszeichnungsrecht einzuräumen;
6. Vollständige Abänderung der Satzung.
7. Verschiedenes.

II. - Dass die anwesenden oder vertretenen Aktionäre, die Bevollmächtigten der vertretenen Aktionäre, sowie die Anzahl der von ihnen besessenen Aktien in eine Anwesenheitsliste eingetragen sind. Diese Anwesenheitsliste wird von den anwesenden Aktionären, den Bevollmächtigten der vertretenen Aktionäre und dem Vorstand unterzeichnet und bleibt gegenwärtiger Urkunde beigegeben um mit derselben eingetragen zu werden. Die Vollmachten der vertretenen Aktionäre, nach Unterzeichnung ne varietur durch die Erschienenen bleibt auch gegenwärtiger Urkunde als Anlage beigegeben.

III. - Dass das gesamte Gesellschaftskapital auf gegenwärtiger außerordentlichen Hauptversammlung anwesend oder gültig vertreten ist und die anwesenden oder vertretenen Aktionäre sich als ordnungsgemäß einberufen erkennen und erklären vorweg Kenntnis der Tagesordnung gehabt zu haben, so dass die förmliche Einberufung unterlassen werden konnte.

IV. - Dass die gegenwärtige Versammlung sämtliche Aktien der Gesellschaft vertritt, ordnungsgemäß einberufen ist und in rechtsgültiger Weise über die Tagesordnung beraten kann.

Nach Beratung fasst die Hauptversammlung einstimmig folgende Beschlüsse:

Erster Beschluss

Die Hauptversammlung beschließt die Schaffung von verschiedenen Klassen von Aktien in Form von Stammaktien der Klasse A (die «Stammaktien der Klasse A») und Komplementärsaktien (die «Komplementärsaktien»), welche in Artikel 6 und 7 der untenstehenden neuen Satzung genauer beschrieben sind.

Die Stammaktien der Klasse A und die Komplementärsaktien werden hier unten zusammen als die «Aktien» bezeichnet.

Zweiter Beschluss

Die Hauptversammlung beschließt dass die Gesellschaft Rückkaufaktien ausgeben kann. Mit sämtlichen rückkaufbaren Aktien sind die gleichen Rechte in Bezug auf den Erhalt von Dividenden und sonstigen Ausschüttungen (einschließlich Abwicklungserlösen) verbunden, und sie sind mit den gleichen Stimmrechten wie die Stammaktien der Klasse A versehen. Gezeichnet und vollständig eingezahlte rückkaufbare Aktien können bei entsprechender Aufforderung der Gesellschaft, die gemäß den Bestimmungen dieser Satzung erfolgen muss, rückgekauft werden. Der Rückkauf rückkaufbarer Aktien kann nur unter Einsatz von Beträgen erfolgen, die für eine Ausschüttung gemäß Artikel 72-1 des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaft in der letzten Fassung zur Verfügung stehen oder aber unter Einsatz der Erlöse aus einer neuen Ausgabe, die zum Zwecke einem solchen Rückkauf vorgenommen wird. Nach ihrem Rückkauf verfallen die mit den rückgekauften Aktien verbundenen Stimmrechte; weiterhin besteht auch kein Recht mehr auf Bezug von Dividendenausschüttungen oder Abwicklungserlösen.

Alle Stammaktien der Klasse A sind rückkaufbare Aktien gemäß den Bestimmungen des Artikels 49-8 des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften in dessen letzter Fassung, mit Ausnahme der Aktien die vor der Einführung dieser Bestimmungen in die Satzung gezeichnet wurden.

Die Bestimmungen über die Rückkaufaktien in der Satzung lauten wie folgt:

«Art. 6.3. Rückkauf; Konvertibilität

(a) Rückkaufbare Aktien. Die Gesellschaft kann nach Maßgabe der Bedingungen dieser Satzung rückkaufbare Aktien ausgeben. Die Stammaktien der Klasse A sind rückkaufbare Aktien gemäß Artikel 49-8 des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften in dessen letzten Fassung. Mit sämtlichen rückkaufbaren Aktien sind die gleichen Rechte in Bezug auf den Erhalt von Dividenden und sonstigen Ausschüttungen (einschließlich Abwicklungserlösen) verbunden, und sie sind mit den gleichen Stimmrechten wie die Stammaktien der Klasse A versehen. Rückkaufbare Aktien können bei entsprechender Aufforderung der Gesellschaft, die gemäß den Bestimmungen dieser Satzung erfolgen muss, rückgekauft werden. Sämtliche Rückkäufe erfolgen anteilmäßig bezogen auf sämtliche Inhaber jeder Klasse rückkaufbarer Aktien, die den Rückkäufen unterworfen werden. Der Rückkauf rückkaufbarer Aktien kann nur unter Einsatz von Beträgen erfolgen, die für eine Ausschüttung gemäß Artikel 72-1 des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaft in der letzten Fassung zur Verfügung stehen (ausschüttungsfähige Gelder, einschließlich der außergewöhnlichen Rücklage, die mit den Geldern eingerichtet wurde, die die Gesellschaft als Emissionsagio eingenommen hat), oder aber unter Einsatz der Erlöse aus einer neuen Ausgabe, die zum Zwecke einem solchen Rückkauf vorgenommen wird. Nach ihrem Rückkauf werden die rückgekauften Aktien für ungültig erklärt und ihre verbundenen Stimmrechte, Rechte auf Dividendenausschüttungen oder auf Abwicklungserlöse verfallen.

(b) Sonderrücklage. Im Falle eines teilweisen oder vollständigen Rückkaufs der rückkaufbaren Aktien ist ein Betrag in Höhe des Nominalwerts oder - liegt ein solcher Wert nicht vor - in Höhe des Pari-Wertes aller rückgekauften Aktien

in eine Rücklage zu geben, die nicht an die Gesellschafter ausgeschüttet werden darf, außer im Falle einer Senkung des gezeichneten Aktienkapitals; diese Rücklage darf nur für eine Erhöhung des gezeichneten Aktienkapitals durch Umwandlung der Rücklage verwendet werden.

(c) Rückkaufspreis. Soweit in dieser Satzung oder in einer schriftlichen Vereinbarung, die zwischen den Gesellschaftern abgeschlossen werden kann, nicht anderweitig vorgesehen, ist der auf einen Rückkauf aller rückkaufbaren Aktien anwendbare Rückkaufspreis vom/von den Geschäftsführer/n oder einer von ihm/ihnen bestellten Person auf der Grundlage des Nettovermögenswertes aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu bestimmen. Der Nettovermögenswert der Aktien der Gesellschaft ist als Ziffer pro Aktie auszudrücken und ist in bezug auf jeden Bewertungstag durch Dividieren der Nettovermögenswerte der Gesellschaft - der Wert der Vermögenswerte der Gesellschaft abzüglich ihrer Verbindlichkeiten bei Geschäftsschluss an einem solchen Tag - durch die Anzahl der Aktien der Gesellschaft, die bei Geschäftsschluss an einem solchen Tag ausstehen, nach Maßgabe der Regeln festzustellen, die der/die Geschäftsführer zumutbarerweise als fair und billig betrachten. Soweit kein böser Glaube, keine grobe Fahrlässigkeit und kein manifester Fehler vorliegen, ist jede vom/von den Geschäftsführer/n getroffene Entscheidung über die Berechnung des Rückkaufspreises für die Gesellschaft und ihre derzeitigen, vergangenen und zukünftigen Gesellschafter endgültig und verbindlich.

(d) Rückkaufsverfahren. Soweit nicht in einer schriftlichen Vereinbarung, die mindestens zehn (10) Tage vor dem Rückkaufsdatum zwischen den Gesellschaftern der Gesellschaft abgeschlossen werden kann, anderweitig vereinbart, erhält jeder eingetragene Inhaber von einzuziehenden Aktien per Einschreiben oder durch einen international anerkannten Nachtcourier eine schriftliche Mitteilung an die im Aktionärsregister zuletzt eingetragene Anschrift, mit der er unter Angabe des Rückkaufsdatums, des Rückkaufspreises und des erforderlichen Verfahrens zur Vorlage der Aktien bei der Gesellschaft zum Rückkauf über die Anzahl der zurückzukaufenden Aktien in Kenntnis gesetzt wird. Jeder Inhaber zurückzukaufenden Aktien hat der Gesellschaft in diesem Zusammenhang seine/n etwaige/n Aktienschein/e, die für die Aktien ausgestellt worden waren, auszuhändigen. Der Rückkaufspreis für diese Aktien ist an die Order der Person, deren Name im Aktienregister als Inhaber erscheint, auf das Bankkonto zu zahlen, das der betreffende Gesellschafter der Gesellschaft vor dem Rückkaufsdatum mitgeteilt hat.

(e) Komplementärsaktie/n. Die Komplementärsaktie/n ist/sind keine rückkaufbare/n Aktie/n und kann von der Gesellschaft nicht zurückgekauft werden.»

Dritter Beschluss

Die Hauptversammlung beschließt die Umwandlung der sechsdreißigtausendachthundert (36.800) bestehenden Aktien in sechsdreißigtausendsiebenhundertneundneunzig (36.799) Stammaktien der Klasse A und eine (1) Komplementärsaktie, wie folgt:

1) die sechsdreißigtausendsiebenhundertneundneunzig (36.799) Aktien die von BRENNTAG-INTERFER (BC), eine Kommanditgesellschaft auf Aktien gegründet nach dem Luxemburger Recht, mit Sitz in 5, Parc d'Activité Syrdall, L-5365 Munsbach sind hiermit in sechsdreißigtausendsiebenhundertneundneunzig (36.799) Stammaktien der Klasse A umgewandelt; und

2) die eine Aktie die von INTERFER, eine Aktiengesellschaft gegründet nach dem Luxemburger Recht, mit Sitz in 5, Parc d'Activité Syrdall, L-5365 Munsbach ist hiermit in eine Komplementärsaktie umgewandelt.

Vierter Beschluss

Die Hauptversammlung beschließt das Gesellschaftskapital der Gesellschaft um zweihunderteinundvierzigtausendzweihundertsieben Euro fünfzig Cent (EUR 241.207,50) von seinem jetzigen Betrag von sechsdreißigtausend Euro (EUR 46.000,-) auf zweihundertsiebenundachtzigtausendzweihundertsieben Euro fünfzig Cent (EUR 287.207,50) durch die Schaffung von einhundertzweiundneunzigtausendneuhundertsechsdreißig (192.966) neuen Stammaktien der Klasse A mit einem Nennwert von je ein Euro fünfundzwanzig Cent (EUR 1,25) zu erhöhen.

Alle einhundertzweiundneunzigtausendneuhundertsechsdreißig (192.966) neuen Stammaktien der Klasse A wurden von BRENNTAG-INTERFER (BC) S.C.A., vorgenannt, für einen Betrag von zweihunderteinundvierzigtausendzweihundertsieben Euro fünfzig Cent (EUR 241.207,50) gezeichnet.

Die so gezeichneten Aktien wurden voll durch Geldeinlage eingezahlt, so dass die Gesamtsumme von zweihunderteinundvierzigtausendzweihundertsieben Euro fünfzig Cent (EUR 241.207,50) bestehend aus einer Kapitaleinlage von zweihunderteinundvierzigtausendzweihundertsieben Euro fünfzig Cent (EUR 241.207,50) der Gesellschaft zur Verfügung stehen, wie es dem unterzeichneten Notar nachgewiesen wurde.

Fünfter Beschluss

Die Hauptversammlung beschließt den Geschäftsführer weiterhin zu genehmigen das Gesellschaftskapital bis zu einem Betrag von fünf hundert Millionen Euro (EUR 500.000.000,-) für eine Zeit von fünf Jahren ab der Veröffentlichung dieses Beschlusses der Hauptversammlung im Luxemburger Amtsblatt zu erhöhen.

Auf Grund des Berichts des Geschäftsführers der Gesellschaft, beschließt die Hauptversammlung einstimmig, gemäß den Bestimmungen von Artikel 32-3 (5) des Gesetzes von 1915 über Handelsgesellschaften, den Geschäftsführer zu genehmigen das Vorzugszeichnungsrechte der bestehenden Aktionären innerhalb der Grenzen des genehmigten Kapitals einzuschränken oder wegfallenzulassen.

Sechster Beschluss

Die Hauptversammlung beschließt die völlige Abänderung der Satzung die fortan wie folgt lautet:

A. Name - Sitz - Dauer - Zweck

Art. 1. Es besteht eine zwischen den Zeichnern sowie allen zukünftigen Inhaber der in dieser Satzung ausgestellten Aktien eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, die die Bezeichnung INTERFER LUXCO führt (die «Gesellschaft»).

Art. 2. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Munsbach-Schuttrange, Großherzogtum Luxemburg. Die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft innerhalb der gleichen Gemeinde erfolgt durch einfachen Beschluss des Geschäftsführers. Durch einfachen Beschluss des Geschäftsführers können auch jederzeit Filialen oder Geschäftsstellen, sowohl im Großherzogtum Luxemburg als auch im Ausland, gegründet werden. Aufgrund eines bestehenden oder unmittelbar drohenden politischen, militärischen oder anderen Notfalls von höherer Gewalt außerhalb der Kontrolle, Verantwortlichkeit und Einflussmöglichkeit der Gesellschaft, der die normale Geschäftsabwicklung am Gesellschaftssitz oder den reibungslosen Verkehr zwischen diesem Sitz und dem Ausland beeinträchtigt, kann der Geschäftsführer durch einen einfachen Beschluss den Gesellschaftssitz vorübergehend bis zur Wiederherstellung von normalen Verhältnissen ins Ausland verlegen. In diesem Falle wird jedoch die Gesellschaft die luxemburgische Nationalität beibehalten.

Art. 3. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

Art. 4. Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb von Beteiligungen jeder Art an in- und ausländischen Gesellschaften, sonstige Vermögensanlagen jeder Art, der Erwerb von Wertpapieren jeder Art durch Kauf, Zeichnung oder auf andere Weise, die Übertragung von Wertpapieren durch Verkauf, Tausch oder auf andere Weise sowie die Verwaltung, Kontrolle und Verwertung dieser Beteiligungen.

Die Gesellschaft kann ebenfalls den Gesellschaften, in welchen sie eine direkte oder indirekte Beteiligung hält oder welche der gleichen Gesellschaftsgruppe wie sie selbst angehören, Bürgschaften oder Kredite gewähren oder sie auf andere Weise unterstützen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte kaufmännischer, gewerblicher oder finanzieller Natur betreiben, die der Erreichung ihres Zweckes förderlich sind.

B. Geschäftsführung - Aktienkapital

Art. 5. Der Komplementär (associé commandité) haftet gesamtverbindlich für alle Schulden, die nicht aus den Gütern der Gesellschaft beglichen werden können. Die anderen Aktionäre (zum Ausschluss jedes Zweifels, ausschließlich des Komplementärs), der/die Eigentümer von Aktien der Klasse A, sollen jede Handlung im Namen der Gesellschaft, in jeder Art und Funktion unterlassen, außer die Ausübung Ihrer Rechte als Aktionäre bei Hauptversammlungen. Die Kommanditäre haften nur mit ihrer Kapitaleinlage.

Art. 6. Gesellschaftskapital

Art. 6.1. Gezeichnetes Kapital. Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beläuft sich auf zweihundertsiebenundachtzigtausendzwei hundertsieben Euro Fünfzig Cent (EUR 287.207,50) und setzt sich zusammen aus vollständig eingezahlten Aktien, bestehend aus zweihundertneunundzwanzigtausendsiebenhundertfünfundsechzig (229.765) Stammaktien der Klasse A im Pari-Wert von je einem Euro und fünfundzwanzig Cents (EUR 1,25) (nachstehend «Stammaktien der Klasse A» genannt) sowie einer (1) Komplementärsaktie im Pari-Wert von einem Euro fünfundzwanzig Cents (EUR 1,25) (nachstehend «Komplementärsaktie» genannt).

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft kann anhand eines Beschlusses der Gesellschafter, der genauso anzunehmen ist wie ein Beschluss über eine Satzungsänderung, erhöht oder gesenkt werden. Die Gesellschaft ist in dem gesetzlich zulässigen Ausmaß sowie unter den gesetzlich zulässigen Bedingungen berechtigt, ihre eigenen Aktien zurückzukaufen.

Abstimmungen der Inhaber sämtlicher Aktien sind gemeinsam vorzunehmen, und die Inhaber separater Klassen von Aktien sind nicht befugt, separat über Angelegenheiten abzustimmen, es sei denn, dies ist kraft Gesetz erforderlich oder in dieser Satzung festgelegt. In Verbindung mit keiner Aktienklasse bestehen in bezug auf Aktien der Gesellschaft Vorkaufsrechte, es sei denn, dies ist kraft Gesetz erforderlich oder in einer sonstigen Aktionärsvereinbarung, die zwischen der Gesellschaft und den Inhabern der Stammaktien der Klasse A abgeschlossen werden kann, vorgesehen.

Art. 6.2. Beschreibung der Aktien

Art. 6.2.1. Stammaktien der Klasse A

(a) Die Stammaktien der Klasse A. Die Stammaktien der Klasse A sind in jeder Hinsicht identisch. Sämtliche Stammaktien der Klasse A nehmen anteilmäßig an der Ausschüttung von Dividenden sowie an jeglichen Verteilungen von Vermögenswerten auf anderem Wege als durch Dividenden teil, die insgesamt diesen Stammaktien der Klasse A zugewiesen werden. Sämtliche Stammaktien der Klasse A, die von der Gesellschaft gekauft oder anderweitig erworben werden, werden - soweit der Geschäftsführer entsprechendes anweist - mit der Wirkung zurückgekauft, daß die ausgegebene Anzahl der Stammaktien der Klasse A gesenkt wird. Rückkäufe, Rückkäufe oder sonstige Erwerbungen von Stammaktien der Klasse A durch die Gesellschaft finden anteilmäßig auf sämtliche Inhaber der Stammaktien der Klasse A unter Bedingungen und Konditionen (inklusive Preis pro Aktie) Anwendung, die gleichermaßen für sämtliche Inhaber gelten.

(b) Stimmrechte. Eine Stammaktie der Klasse A erteilt dem Inhaber eine Stimme in Zusammenhang mit sämtlichen Angelegenheiten, über die diese Inhaber abstimmen dürfen.

Art. 6.2.2. Die Komplementärsaktien

(a) Die Komplementärsaktie(n). Sämtliche Komplementärsaktie(n) sind in jeder Hinsicht identisch. Sämtliche Komplementärsaktie(n) nehmen anteilmäßig an der Ausschüttung von Dividenden sowie jeglichen Verteilungen von Vermögenswerten auf anderem Wege als durch Dividenden teil, die insgesamt dieser/dieser Komplementärsaktie(n) zugewiesen werden.

(b) Stimmrechte. Eine Komplementärsaktie erteilt dem Inhaber eine Stimme in Zusammenhang mit sämtlichen Angelegenheiten, über die diese Inhaber abstimmen dürfen.

Art. 6.3. Rückkauf; Konvertibilität

(a) Rückkaufbare Aktien. Die Gesellschaft kann nach Maßgabe der Bedingungen dieser Satzung rückkaufbare Aktien ausgeben. Die Stammaktien der Klasse A sind rückkaufbare Aktien gemäß Artikel 49-8 des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften in dessen letzten Fassung. Mit sämtlichen rückkaufbaren Aktien sind die gleichen Rech-

te in bezug auf den Erhalt von Dividenden und sonstigen Ausschüttungen (einschließlich Abwicklungserlösen) verbunden, und sie sind mit den gleichen Stimmrechten wie die Stammaktien der Klasse A versehen. Rückkaufbare Aktien können bei entsprechender Aufforderung der Gesellschaft, die gemäß den Bestimmungen dieser Satzung erfolgen muss, rückgekauft werden. Sämtliche Rückkäufe erfolgen anteilmäßig bezogen auf sämtliche Inhaber jeder Klasse rückkaufbarer Aktien, die den Rückkäufen unterworfen werden. Der Rückkauf rückkaufbarer Aktien kann nur unter Einsatz von Beträgen erfolgen, die für eine Ausschüttung gemäß Artikel 72-1 des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaft in der letzten Fassung zur Verfügung stehen (ausschüttungsfähige Gelder, einschließlich der außergewöhnlichen Rücklage, die mit den Geldern eingerichtet wurde, die die Gesellschaft als Emissionsagio eingenommen hat), oder aber unter Einsatz der Erlöse aus einer neuen Ausgabe, die zum Zwecke einem solchen Rückkauf vorgenommen wird. Nach ihrem Rückkauf werden die rückgekauften Aktien für ungültig erklärt und ihre verbundenen Stimmrechte, Rechte auf Dividendenausschüttungen oder auf Abwicklungserlöse verfallen.

(b) Sonderrücklage. Im Falle eines teilweisen oder vollständigen Rückkaufs der rückkaufbaren Aktien ist ein Betrag in Höhe des Nominalwerts oder - liegt ein solcher Wert nicht vor - in Höhe des Pari-Wertes aller rückgekauften Aktien in eine Rücklage zu geben, die nicht an die Gesellschafter ausgeschüttet werden darf, außer im Falle einer Senkung des gezeichneten Aktienkapitals; diese Rücklage darf nur für eine Erhöhung des gezeichneten Aktienkapitals durch Umwandlung der Rücklage verwendet werden.

(c) Rückkaufspreis. Soweit in dieser Satzung oder in einer schriftlichen Vereinbarung, die zwischen den Gesellschaftern abgeschlossen werden kann, nicht anderweitig vorgesehen, ist der auf einen Rückkauf aller rückkaufbaren Aktien anwendbare Rückkaufspreis vom/von den Geschäftsführer/n oder einer von ihm/ihnen bestellten Person auf der Grundlage des Nettovermögenswertes aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu bestimmen. Der Nettovermögenswert der Aktien der Gesellschaft ist als Ziffer pro Aktie auszudrücken und ist in bezug auf jeden Bewertungstag durch Dividieren der Nettovermögenswerte der Gesellschaft - der Wert der Vermögenswerte der Gesellschaft abzüglich ihrer Verbindlichkeiten bei Geschäftsschluss an einem solchen Tag - durch die Anzahl der Aktien der Gesellschaft, die bei Geschäftsschluss an einem solchen Tag ausstehen, nach Maßgabe der Regeln festzustellen, die der/die Geschäftsführer zumutbarerweise als fair und billig betrachten. Soweit kein böser Glaube, keine grobe Fahrlässigkeit und kein manifester Fehler vorliegen, ist jede vom/von den Geschäftsführer/n getroffene Entscheidung über die Berechnung des Rückkaufspreises für die Gesellschaft und ihre derzeitigen, vergangenen und zukünftigen Gesellschafter endgültig und verbindlich.

(d) Rückkaufverfahren. Soweit nicht in einer schriftlichen Vereinbarung, die mindestens zehn (10) Tage vor dem Rückkaufsdatum zwischen den Gesellschaftern der Gesellschaft abgeschlossen werden kann, anderweitig vereinbart, erhält jeder eingetragene Inhaber von einzuziehenden Aktien per Einschreiben oder durch einen international anerkannten Nachtcourier eine schriftliche Mitteilung an die im Aktionärsregister zuletzt eingetragene Anschrift, mit der er unter Angabe des Rückkaufsdatums, des Rückkaufspreises und des erforderlichen Verfahrens zur Vorlage der Aktien bei der Gesellschaft zum Rückkauf über die Anzahl der zurückzukaufenden Aktien in Kenntnis gesetzt wird. Jeder Inhaber zurückzukaufenden Aktien hat der Gesellschaft in diesem Zusammenhang seine/n etwaige/n Aktienschein/e, die für die Aktien ausgestellt worden waren, auszuhändigen. Der Rückkaufspreis für diese Aktien ist an die Order der Person, deren Name im Aktienregister als Inhaber erscheint, auf das Bankkonto zu zahlen, das der betreffende Gesellschafter der Gesellschaft vor dem Rückkaufsdatum mitgeteilt hat.

(e) Komplementärsaktie/n. Die Komplementärsaktie/n ist/sind keine rückkaufbare/n Aktie/n und kann von der Gesellschaft nicht zurückgekauft werden.

Art. 6.4. Ausschüttungen an die Gesellschafter. Wenn die Gesellschafterversammlung und/oder der Geschäftsführer der Gesellschaft die Vornahme einer Ausschüttung an die Gesellschafter beschließt (sei es durch Zwischendividende, Rückkauf oder anderweitig), haben die Gesellschafter ein Recht auf Erhalt der Ausschüttungen, wenn, so wie und soweit von der Gesellschafterversammlung und/oder dem Geschäftsführer erklärt, aus den dafür rechtmäßig zur Verfügung stehenden Geldern gemäß geltendem Recht und in der Art und Weise, die in den restlichen Bestimmungen dieses Artikels 6.4 dargelegt ist. Die Inhaber von Stammaktien der Klasse A und der Komplementärsaktie/n haben Anspruch auf Erhalt aller Ausschüttungen, die die Gesellschaft an die Gesellschafter vornimmt, und diese Ausschüttungen werden pro rata unter den Inhabern der Stammaktien der Klasse A und der Komplementärsaktie/n auf der Grundlage der vom jeweiligen Inhaber gehaltenen Anzahl an Stammaktien vorgenommen; darüber hinaus sollten dabei für alle Inhaber die gleichen Bedingungen und Konditionen gelten.

Art. 6.5. Rechte bei Liquidation. Im Falle einer Liquidation werden die nach Zahlung aller Schulden und Verbindlichkeiten der Gesellschaft verbleibenden Vermögenswerte der Gesellschaft auf die im Artikel 6.4 oben genannte Art und Weise zwischen den Gesellschaftern verteilt. Eine Fusion oder Verschmelzung der Gesellschaft in oder mit einer anderen oder mehreren anderen Körperschaften oder eine Fusion oder Verschmelzung einer oder mehrerer anderer Körperschaften in bzw. mit der Gesellschaft oder ein Verkauf, eine Übertragung, eine Verpachtung oder die Vornahme eines Tauschgeschäfts (gegen Bargeld, Wertpapiere oder sonstige Gegenleistungen) von allen oder einigen Teilen der Vermögenswerte der Gesellschaft gilt im Sinne dieses Artikels 6.5 nicht als Liquidation, es sei denn, eine solche Fusion, Verschmelzung, ein solcher Verkauf, eine solche Übertragung, Verpachtung oder ein solches Tauschgeschäft wird in Zusammenhang mit einer vollständigen Auflösung, Liquidation oder Abwicklung der Gesellschaft vorgenommen oder ist in einem solchen Rahmen geplant.

Art. 6.6. Genehmigtes Kapital. Zusätzlich zu dem gezeichneten Kapital verfügt die Gesellschaft über ein genehmigtes Kapital in Höhe von fünfhundert Millionen Euro (EUR 500.000.000,-), bestehend aus vier hundert Millionen (400.000.000) Stammaktien der Klasse A mit einem Pari-Wert von je einem Euro und fünfundzwanzig Cents (EUR 1,25).

In einem Zeitraum, der fünf (5) Jahre nach dem Datum der Bekanntgabe des Gesellschafterbeschlusses über die Einrichtung des genehmigten Kapitals im Luxemburger Amtsblatt, Mémorial C, Recueil et Associations, endet, ist der Ge-

schäftsführer befugt, das gezeichnete Kapital in einem oder mehreren Schritten zu erhöhen, indem er die Gesellschaft zur Ausgabe neuer Aktien innerhalb der Grenzen des genehmigten Kapitals veranlasst. Diese neuen Aktien (Stammaktien, Vorzugsaktien oder Aktien einer beliebigen Klasse, die von der Gesellschaft ausgegeben werden dürfen) können unter den Bedingungen und Konditionen gezeichnet und ausgegeben werden, die der Geschäftsführer bestimmt, genauer gesagt, die er in bezug auf die Zeichnung und die Einzahlung der auszugebenden und zu zeichnenden neuen Aktien bestimmt; Entscheidung über den Zeitpunkt und Menge der zu zeichnenden und auszugebenden neuen Aktien; Entscheidung darüber, ob die neuen Aktien mit oder ohne Emissionsagio gezeichnet werden sollen; Entscheidung darüber, in welchem Ausmaß die Zahlung der neu gezeichneten Aktien in bar oder anhand anderer Vermögenswerte als Bargeld erfolgen soll. Jede Aktienaussgabe der Gesellschaft muss nach Maßgabe der Bedingungen und Konditionen erfolgen, die in Aktionärsverträgen niedergelegt sind, welche zwischen der Gesellschaft und den Inhabern der Stammaktien der Klasse A abgeschlossen werden können. Soweit die Gesellschafter keine anderweitigen Vereinbarungen getroffen haben, gilt bei der vollständigen oder teilweisen Umwandlung des genehmigten Kapitals, dass der Geschäftsführer ausdrücklich befugt ist, die Vorzugszeichnungsrechte, die den bestehenden Aktionären vorbehalten sind, einzuschränken oder wegfällen zu lassen. Der Geschäftsführer kann die Pflichten zur Annahme von Zeichnungen und Entgegennahme von Zahlungen für neue Aktien, die den gesamten Betrag der Kapitalerhöhung oder einen Teil davon ausmachen, an ordnungsgemäß bevollmächtigte Verwaltungsräte oder leitende Angestellte der Gesellschaft oder anderweitig ordnungsgemäß bevollmächtigte Personen delegieren. Nach jeder Erhöhung des gezeichneten Kapitals durch den Geschäftsführer in der rechtlich vorgeschriebenen Form und gemäß dieser Satzung ist dieser Artikel 6.6 im Sinne der Berücksichtigung dieser Erhöhung entsprechend abzuändern.

Art. 6.7. Änderungen des gezeichneten und des genehmigten Kapitals. Erhöhungen oder Senkungen des gezeichneten und genehmigten Kapitals der Gesellschaft unterliegen der Entscheidung der Gesellschafterversammlung, die darüber mit der gleichen beschlussfähigen Anzahl abzustimmen hat wie die die für Änderungen der vorliegenden Satzung erforderlich ist.

Art. 6.8. Definitionen. Für die Zwecke dieser Satzung gilt wie folgt:

«Zweiggesellschaft» oder «Zweiggesellschaften» bezeichnet, in Bezug auf jede Person, jede andere Person die, direkt oder indirekt, kontrolliert, kontrolliert wird durch, oder unter der gemeinsamen Kontrolle mit dieser ersten Person oder einer anderen Person die direkt oder indirekt fünfzig (50) Prozent der wirtschaftlichen Interessen in dieser ersten Person oder in der diese erste Person direkt oder indirekt mehr als fünfzig (50) Prozent der wirtschaftlichen Interessen hält, ist. Zum Zweck dieser Definition, «Kontrolle» bezeichnet, in Bezug auf jede Person, die Macht zu kontrollieren oder die Kontrolle über die Gesellschaftsführung und die Orientierungen dieser Person zu veranlassen, ob durch Besitz der wahlberechtigten Wertpapiere oder durch Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Geschäftsführerrrat, durch Vertrag (einbegriffen aber nicht eingeschränkt auf einen «limited partnership agreement» oder einen «general partnership agreement») oder anderweitig. Ein trust oder ein nominee der direkt oder indirekt Wertpapiere zum hauptsächlichen Profit von Angestellten des Inhabers oder der Gesellschaft, oder einer deren Zweiggesellschaft hält, wird als Zweiggesellschaft dieser Person angesehen.

«Satzung» ist die vorliegende Satzung in ihrer jeweils letzten Fassung.

«Stammaktien der Klasse A» hat die im Artikel 6.1 genannte Bedeutung.

«Gesellschaft» hat die im Artikel 1 genannte Bedeutung.

«Komplementärsaktie» hat die im Artikel 6.1 genannte Bedeutung.

«Geschäftsführer» hat die im Artikel 8 genannte Bedeutung.

«Stammaktien» bezeichnet die Stammaktien der Gesellschaft (außer der/den Komplementärsaktie/n).

«Person» bezeichnet eine Privatperson, eine Personengesellschaft, eine Kapitalgesellschaft, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eine Vereinigung, eine Aktiengesellschaft, einen Trust, ein Joint Venture, eine nicht eingetragene Organisation, eine Regierungskörperschaft oder eine Abteilung, Agentur oder politische Unterabteilung davon.

«Wertpapiere» sind sämtliche ordnungsgemäß genehmigten Wertpapiere der Gesellschaft, einschließlich aber nicht beschränkt auf jegliche Serien1 PECs, Serien 1 CPECs oder die Stammaktien, die von der Gesellschaft ausgegeben wurden.

«Wertpapierinhaber» bezeichnet einen Inhaber von Wertpapieren.

«Serie 1 CPECs» bezeichnet die Serie 1 von umwandelbaren, bevorzugten Eigenkapitalscheinen, die von Zeit zu Zeit von der Gesellschaft ausgegeben werden können, und, soweit anwendbar, alle weiteren Serien umwandelbarer, bevorzugter Eigenkapitalscheine, die von Zeit zu Zeit von der Gesellschaft ordnungsgemäß genehmigt und ausgegeben werden.

«Serie 1 PECs» bezeichnet die Serie 1 von bevorzugten Eigenkapitalscheinen, die von Zeit zu Zeit von der Gesellschaft ausgegeben werden können, und, soweit anwendbar, alle weiteren Serien bevorzugter Eigenkapitalscheine, die von Zeit zu Zeit von der Gesellschaft ordnungsgemäß genehmigt und ausgegeben werden.

«Übertragung» hat die im Artikel 7.3(c) genannte Bedeutung.

C. Aktien - Aktienregister - Aktienübertragungen

Art. 7. Aktien

Art. 7.1. Aktienregister. Sämtliche Aktien weisen jetzt und in Zukunft die Form eingetragener Aktien auf. Ein Aktienregister, das von jedem Aktionär eingesehen werden kann, wird am eingetragenen Geschäftssitz gehalten. Dieses Register enthält die genauen Bezeichnungen aller Aktionäre sowie Angaben über die Anzahl der von ihnen jeweils gehaltenen Aktien, über die auf die Aktien erfolgten Einzahlungen sowie über die Aktienübertragungen und die Übertragungsdaten. Jeder Aktionär hat die Gesellschaft per Einschreiben über seine Anschrift und jegliche Anschriftenänderungen zu informieren. Die Gesellschaft ist befugt, sich auf die zuletzt mitgeteilte Anschrift zu berufen.

Zertifikate über diese Eintragungen werden auf Wunsch der jeweiligen Aktionäre vom Geschäftsführer ausgegeben und unterzeichnet.

Art. 7.2. Aktieneigentum. Das Eigentumsrecht an den eingetragenen Aktien geht aus den Eintragungen im Aktienregister hervor. Die Gesellschaft erkennt pro Aktie nur einen Eigentümer an. Wenn eine oder mehrere Aktien in einem Gemeinschaftseigentum stehen oder wenn das Eigentumsrecht an einer oder mehreren Aktien strittig ist, müssen sämtliche Personen, die ein Recht auf eine oder mehrere Aktien anmelden, einen einzigen Vertreter zwecks Vertretung dieser Aktie/n gegenüber der Gesellschaft bestellen. Wird ein solcher Vertreter nicht bestellt, führt dies zu einer Aufhebung sämtlicher mit solchen Aktien verbundenen Rechte.

Art. 7.3. Aktienübertragung

(a) Erklärung einer Übertragung. Die Übertragung von Aktien wird von einer Erklärung einer im Aktienregister eingetragenen Übertragung begleitet, die von der übertragenden Person und von dem Übertragungsempfänger oder dessen Vertreter/n datiert und unterzeichnet wird. Weiterhin unterliegen Aktienübertragungen den Bestimmungen über die Übertragung von Forderungen gemäß Artikel 1690 des Bürgerlichen Gesetzbuchs von Luxemburg. Die Gesellschaft kann außerdem jegliche Übertragungen annehmen und im Aktionärsregister eintragen, die in schriftlichen Mitteilungen oder sonstigen Dokumenten niedergelegt sind, in denen die Zustimmung der übertragenden Person und des Übertragungsempfängers enthalten ist.

(b) Übertragungsaufgaben. Vor dem 25. Februar 2014 oder während eines kürzeren Zeitraums, der dem maßgeblichen Recht entsprechen mag, es sei denn, ein Aktionärsvertrag zwischen der Gesellschaft und den Inhabern von Stammaktien der Klasse A enthält anderweitige Vorkehrungen, ist es den Gesellschaftern der Gesellschaft nicht erlaubt, die von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien an andere Personen als an Zweiggesellschaften oder auf anderem Wege als gemäß Artikel 7.5(e) unten rechtswirksam zu übertragen, soweit nicht die vorherige schriftliche Zustimmung des Geschäftsführers der Gesellschaft vorliegt.

(c) Übertragung. Für die Zwecke dieses Artikels bezeichnet der Begriff «Übertragung» jede freiwillig oder zwangsläufig oder kraft Gesetz vonstatten gehende Transaktion, die zu einer Übertragung des Eigentumsrechts, «nue-propriété», «usufruit» oder anderer Rechte an den von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien (einschließlich Stimmrechten oder Rechten auf Dividenden) an andere Personen als an die Gesellschaft führt, unabhängig davon, ob es sich dabei um einen Gesellschafter dieser Gesellschaft oder nicht handelt; die dazu führenden Maßnahmen spielen dabei keine Rolle (und umfassen, sind aber nicht beschränkt auf Schenkungen, Teileinlagen auf Vermögenswerte («apports partiels d'actifs»), Fusionen, Spaltungen («scissions»), Verkäufe, Abtretungen, Pfändungen oder sonstige Formen von Übertragungen, Übereignungen oder Veräußerungen rechtmäßiger oder wirtschaftlicher Anteile an Aktien sowie Kombinationen dieser Eigentumsübertragungsmaßnahmen.

(d) Übertragung einer oder mehrerer Komplementärsaktie/n. Die vom Geschäftsführer gehaltene/ Komplementärsaktie/n ist/sind nicht übertragbar, außer an einen Nachfolgeschäftsführer, der gemäß Artikel 8 dieser Satzung zu ernennen ist.

(e) Übertragungen an Zweiggesellschaften. Die in diesem Artikel 7.3 niedergelegten Auflagen finden keine Anwendung auf die Übertragung von Wertpapieren von Investoren durch den Inhaber solcher Wertpapiere an Zweiggesellschaften nach Zustellung einer schriftlichen Mitteilung einer solchen Übertragung an den Geschäftsführer.

(f) Übertragungen bei Verletzung dieser Satzung. Jegliche Übertragungen oder versuchten Übertragungen von Wertpapieren bei Verletzung von Bestimmungen dieser Satzung sind nichtig und wirkungslos, und die Gesellschaft verleiht solchen Übertragungen weder Wirkung noch trägt sie diese Übertragungen in ihre Bücher ein oder behandelt einen vermeintlichen Übertragungsempfänger solcher Wertpapiere für irgendwelche Zwecke als den Eigentümer solcher Wertpapiere.

D. Geschäftsführer

Art. 8. Die Gesellschaft wird durch BRENNTAG-INTERFER A.G., eine Aktiengesellschaft gegründet nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg, in ihrer Eigenschaft als Komplementär (associé commandité) und Geschäftsführer der Gesellschaft verwaltet («der Geschäftsführer»). Die anderen Aktionäre dürfen an dieser Verwaltung der Gesellschaft weder teilnehmen noch sich darin einmischen. Im Falle einer rechtlichen Geschäftsunfähigkeit, einer Liquidation, oder einer anderen endgültigen Lage welche den Geschäftsführer verhindert als Geschäftsführer der Gesellschaft zu fungieren, wird die Gesellschaft nicht unmittelbar aufgelöst und liquidiert, sofern der Aufsichtsrat gemäß Artikel 11 dieser Satzung, einen Geschäftsführer ernennt, welcher nicht Aktionär sein muss, damit dieser die dringende Geschäftsführung übernimmt, bis eine Hauptversammlung der Aktionäre stattgefunden hat, die der Geschäftsführer innerhalb von 15 Tagen nach seiner Ernennung, einberuft. Auf dieser Hauptversammlung können die Aktionäre, den gesetzlich erforderlichen Anwesenheitsquoten und Fristen folgend, einen Nachfolger des Geschäftsführers ernennen. Sollte diese Ernennung nicht geschehen, wird die Gesellschaft aufgelöst und liquidiert. Die Ernennung des Nachfolgers des Geschäftsführers benötigt nicht die Zusage des Geschäftsführers.

Art. 9. Der Geschäftsführer ist befugt, die Gesellschaft im weitesten Sinne zu leiten und alle Verwaltungs- und Verfügungshandlungen vorzunehmen, welche im Interesse der Gesellschaft sind. Der Geschäftsführer hat sämtliche Befugnisse, welche durch das Gesetz oder durch diese Satzung nicht ausdrücklich der Hauptversammlung der Aktionäre oder dem Aufsichtsrat vorbehalten sind.

Art. 10. Die Gesellschaft wird gegenüber Dritten durch die Unterschrift des Geschäftsführers verpflichtet, der selbst gegenüber Dritten durch die gemeinsame Unterschrift von zwei bevollmächtigten Vertretern des Geschäftsführers verpflichtet wird, oder durch die Unterschrift jeder vom Geschäftsführer bevollmächtigten Person(en), nach seinem eigenem Ermessen, außer jede Übertragung einer Befugnis an einen Kommanditisten.

E. Aufsichtsrat

Art. 11. Die Geschäfte sowie die finanzielle Situation der Gesellschaft, insbesondere ihre Bilanzen und Konten, unterliegen der Überwachung des Conseil de Surveillance (der «Aufsichtsrat»), der aus mindestens drei Mitgliedern besteht, die nicht Aktionäre der Gesellschaft sein müssen. Der Aufsichtsrat hat für seine Überwachungsfunktion die in Artikel 62 des Gesetzes des 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften bestimmend, wie abgeändert, vorgesehene Befugnisse eines Rechnungsprüfers. Der Aufsichtsrat wird befragt über spezielle Fragen vom Komplementär und genehmigt jede Handlung die, durch Anwendung des Gesetzes oder durch gegenwärtige Satzung, die Befugnisse des Komplementärs überschreiten. Die jährliche Hauptversammlung der Aktionäre wählt die Mitglieder des Aufsichtsrats für eine Dauer von einem Jahr. Die Mitglieder behalten ihr Mandat bis zur Ernennung eines Nachfolgers. Die Mitglieder des Aufsichtsrates können mehrmals hintereinander gewählt werden und können jederzeit und unbegründet durch Beschluss der Hauptversammlung abberufen werden. Der Aufsichtsrat kann aus dem Kreise seiner Mitglieder einen Vorsitzenden wählen.

Der Aufsichtsrat wird von seinem Vorsitzenden oder von dem Geschäftsführer einberufen. Der Aufsichtsrat muss auf Anfrage einer seiner Mitglieder einberufen werden.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrates erhält mindestens drei (3) Tage vor dem vorgesehenen Zeitpunkt der Sitzung, ein Einberufungsschreiben, außer im Falle einer Dringlichkeit, in welchem Falle die Natur und die Gründe dieser Dringlichkeit im Einberufungsschreiben angegeben werden müssen. Das Einberufungsschreiben enthält den Ort und die Tagesordnung der Sitzung. Auf schriftliche, durch Faksimileübertragung oder durch ein vergleichbares Kommunikationsmittel (eine Kopie ist ausreichend) gegebene Einwilligung eines jeden Mitglieds der Aufsichtsrates, kann auf die Einberufungsschreiben verzichtet werden. Ein spezielles Einberufungsschreiben ist nicht erforderlich für Sitzungen des Aufsichtsrates, die zu einer Zeit und an einem Ort abgehalten werden, welche von einem vorherigen Beschluss des Aufsichtsrates auf dem Kalender festgesetzt wurden.

Der Vorsitzende hat den Vorsitz in jeder Sitzung des Aufsichtsrates; in seiner Abwesenheit kann der Aufsichtsrat mit Mehrheit der Anwesenden ein anderes Mitglied des Aufsichtsrates ernennen, um den Vorsitz dieser Sitzungen zeitweilig zu führen. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates kann sich in der Sitzung aufgrund einer schriftlich, durch Faksimileübertragung oder durch andere Kommunikationsmittel (eine Kopie ist ausreichend) erteilten Vollmacht durch ein anderes Mitglied des Aufsichtsrats vertreten lassen. Ein Mitglied des Aufsichtsrats kann mehrere andere Mitglieder vertreten.

Der Aufsichtsrat ist nur beschlussfähig, wenn mindestens die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend oder vertreten sind. Beschlüsse des Aufsichtsrates werden mit einer einfachen Mehrheit der Stimmen seiner auf der jeweiligen Sitzung anwesenden oder vertretenen Mitglieder gefasst.

Beschlüsse des Aufsichtsrates werden in Protokollen festgehalten und von dem Vorsitzenden unterzeichnet. Die Vertretungsvollmächte werden an dieser angeheftet. Die Kopien oder Auszüge der Protokolle, die vor Gericht oder anderweitig vorgelegt werden sollen, werden vom Vorsitzenden oder von zwei (2) Mitgliedern unterzeichnet.

Einstimmige Beschlüsse des Aufsichtsrates können auch durch Rundschreiben mittels einer oder mehrerer schriftlicher, durch Faksimileübertragung oder andere Kommunikationsmittel (eine Kopie ist ausreichend) belegter Unterlagen gefasst werden. Die Gesamtheit der Unterlagen bildet das Protokoll, das als Nachweis der Beschlussfassung gilt.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrates kann durch eine telefonische Konferenzschaltung oder durch ein anderes Kommunikationsmittel an einer Sitzung teilnehmen, vorausgesetzt, jeder Teilnehmer an der Sitzung kann alle andere verstehen. Die Teilnahme an einer Sitzung in dieser Weise entspricht einer persönlichen Teilnahme an dieser Sitzung.

Die Mitglieder haften nicht persönlich aufgrund ihres Mandates für Verbindlichkeiten welche sie im Namen der Gesellschaft rechtmäßig eingegangen sind. Sie handeln lediglich als Bevollmächtigte der Gesellschaft und sind daher ausschließlich für die Ausübung ihres Mandates verantwortlich.

Die Gesellschaft entschädigt auf die im weitest möglichen Sinne nach Recht zulässige Art und Weise jedes Mitglied des Aufsichtsrates, seine Erben, Testamenvollstrecker oder Geschäftsführer für angemessene Kosten die im Zusammenhang mit jeder Handlung, jedem Prozess oder Verfahren in denen er wegen seiner Mitgliedschaft im Aufsichtsrat als Partei beteiligt ist oder war, entstanden sind. Das Mitglied hat kein Recht auf Entschädigung, wenn im Zusammenhang mit jeder diesbezüglichen Handlung, jedem Prozess oder jedem Verfahren gerichtlich festgestellt wurde, dass es wegen Fahrlässigkeit oder schlechter Geschäftsführung haftbar ist. Im Falle eines Vergleiches wird Entschädigung nur in Bezug auf die im Vergleich einbegriffenen Angelegenheiten gezahlt, bei denen die Gesellschaft von ihrem Rechtsbeistand Bestätigung erhält, dass das betroffene Mitglied seine Pflichten nicht verletzt hat. Das hiervor aufgeführte Recht auf Entschädigung schließt andere Rechte die dem Mitglied zustehen sollten nicht aus.

Die Gesellschaft übernimmt die Kosten jeder Person, die hierdurch Recht auf Entschädigung hat in Verbindung mit jedem Verfahren, vor dem endgültigen Urteil, insofern die Gesellschaft eine schriftliche und rechtskräftige Verpflichtung dieser Person erhält, den Vorschussbetrag zurückzuerstatten, im Fall einer endgültigen Feststellung, dass kein Recht auf Entschädigung von der Gesellschaft besteht. Alleine durch die Beendigung einer Handlung, eines Prozesses oder eines Verfahrens durch ein Urteil, eine Anweisung, Beilegung, Verurteilung oder nolo contendere oder gleichwertige Verteidigung, entsteht nicht die Vermutung, dass die Person, welche Recht auf Entschädigung hat, den Benehmensstandard, durch den das Entschädigungsrecht entsteht, nicht eingehalten hat. Die Gesellschaft wird eine Barzahlung an den Entschädigungsberechtigten machen, in gleicher Höhe wie die von ihm eingegangene entschädigungsberechtigte Verpflichtungen, sofort nach Erhalt der Mitteilung einer Entschädigungspflicht von dem Entschädigungsberechtigten, unterstützt von den Informationen welche die Gesellschaft vernünftigerweise fordern kann.

Art. 12. Kein Vertrag oder andere Transaktion zwischen der Gesellschaft und einer anderen Gesellschaft oder Firma soll dadurch beeinträchtigt oder für ungültig erklärt werden, dass der Geschäftsführer, oder ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder leitende Angestellte dieses Geschäftsführers, oder einer Zweig/Tochtergesellschaft davon, ein Interesse darin hat, oder ein Verwaltungsratsmitglied, ein leitender Angestellter oder ein Angestellter dieser anderen Gesellschaft oder Firma ist; jedoch, vorausgesetzt, dass eine solche Transaktion auf gutgläubiger und auf rein geschäftlicher Basis an eine unabhängige dritte Partei erfolgt. Jedes Verwaltungsratsmitglied oder jeder leitende Angestellte dieses Geschäftsführers, der als Verwaltungsratsmitglied, leitender Angestellter oder Angestellter einer Gesellschaft oder Firma handelt, mit der die Gesellschaft handelt oder in anderer Weise Geschäfte macht, soll nicht wegen dieser Bindung an diese andere Gesellschaft oder Firma, von der Betrachtung, vom Wählen oder Handeln betreffend einer Angelegenheit im Zusammenhang mit diesem Vertrag oder Geschäft ausgeschlossen werden.

F. Hauptversammlung der Aktionäre

Art. 13. Die ordnungsgemäß gebildete Versammlung der Aktionäre vertritt alle Aktionäre der Gesellschaft. Sie hat jegliche Befugnis zur Anordnung, Ausführung oder Ratifizierung aller Handlungen im Hinblick auf die Geschäfte der Gesellschaft, mit Vorbehalten, dass ein Beschluss nur fähig ist wenn dieser vom Geschäftsführer genehmigt wird, insofern diese Satzung keine anderweitigen Bestimmungen trifft. Die Hauptversammlung wird durch den Geschäftsführer oder den Aufsichtsrat einberufen.

Die jährliche Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft in Luxemburg oder an einem anderen, in der Einladung bestimmten Ort innerhalb der Gemeinde Luxemburgs jeweils um 11.00 Uhr morgens am dritten Freitag vom Monat Mai oder, wenn dieser Tag auf einen Feiertag fällt, am nächsten darauf folgenden Werktag statt. Andere Hauptversammlungen können an den in den Einberufungsschreiben bestimmten Zeitpunkten und Orten einberufen werden. Die Hauptversammlungen werden durch Einberufungsschreiben welche die Tagesordnung beinhalten einberufen. Die Einberufungsschreiben werden vom Geschäftsführer wenigsten acht (8) Tage vor der Hauptversammlung per Einschreiben an jeden Aktionär der Gesellschaft an die in dem Aktienregister eingetragene Adresse geschickt.

Jede Aktie gewährt eine Stimme. Jeder Aktionär kann sich auf der Hauptversammlung durch einen schriftlich, per Faksimileübertragung oder per jede andere Kommunikationsform (eine Kopie ist ausreichend) bevollmächtigten Dritten vertreten lassen. Der Geschäftsführer kann all die anderen Bedingungen festlegen die durch Aktionäre erfüllt werden müssen um an den Gesellschafterversammlungen teilzunehmen. Sind alle Aktionäre in einer Hauptversammlung anwesend oder vertreten und erklären sie, die Tagesordnung zu kennen, so kann die Versammlung ohne vorherige Einberufung abgehalten werden.

G. Geschäftsjahr - Bilanz

Art. 14. Das Geschäftsjahr beginnt am ersten (1.) Januar und endet am einunddreißigsten (31.) Dezember eines jeden Jahres.

Art. 15. Es werden jährlich wenigstens fünf Prozent (5%) des Reingewinnes der Gesellschaft vorab den gesetzlichen Rücklagen zugeführt bis diese zehn Prozent (10%) des vorgesehenen Gesellschaftskapitals betragen. Die Hauptversammlung der Aktionäre bestimmt auf Vorschlag des Geschäftsführers über die Verwendung des restlichen Betrages des Reingewinns und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen über die Ausschüttung von Vorschussdividenden; jedoch vorausgesetzt dass solche Gewinn- oder Ausschüttungsverfügungen mit jedem Aktionärsvertrag der von der Gesellschaft mit Inhabern der Stammaktien der Klasse A von Zeit zu Zeit abgeschlossen werden würde übereinstimmen.

H. Auflösung der Gesellschaft - Satzungsänderung

Art. 16. Die gegenwärtige Satzung kann, mit Zustimmung des Geschäftsführers, von einer Hauptversammlung der Aktionäre abgeändert werden, vorausgesetzt die Anwesenheits- und Mehrheitsquoten gemäß des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften, in dessen letzten Fassung, werden beachtet, insofern keine anderweitigen Bestimmungen in der Satzung vorgesehen sind.

Ungeachtet anderwärtiger Bestimmungen in dieser Satzung, erfordert (i) eine Abänderung von Bestimmungen der Satzung, die einige Inhaber von Stammaktien der Klasse A mehr als andere Inhaber von Stammaktien der Klasse A beeinträchtigt, das Einverständnis all der Inhaber von Stammaktien der Klasse A deren Aktien die mehr beeinträchtigt worden sind (ii) eine Abänderung von Bestimmungen der Satzung, die die wirtschaftlichen Rechte der Komplementärsaktien beeinträchtigen (die Ausgabe von zusätzlichen Komplementärsaktien oder die Beeinträchtigung der Rechte der Komplementärsaktien auf Ausschüttungen auf einer Aktie per Aktie Basis mit den Stammaktien der Klasse A, einbegriffen) das Einverständnis aller Inhaber von Stammaktien der Klasse A.

Art. 17. Wird die Gesellschaft durch Beschluss der Hauptversammlung aufgelöst, so wird die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren, welche natürliche oder juristische Personen sein können, durchgeführt. Die Hauptversammlung ernennet diese(n) Liquidator(en) und setzt seine/ihre Befugnisse und Vergütung fest.

I. Schlussbestimmungen - Anwendbares Recht

Art. 18. Für sämtliche Fragen, welche nicht durch diese Satzung geregelt sind, ist das Gesetz vom 10. August 1915, über Handelsgesellschaften bestimmend, in dessen letzten Fassung.

J. Verschiedenes

Art. 19. Die Gesellschaft beabsichtigt sich wegen U.S. Steuergründen rechtzeitig anzumelden um, mit Wirksamkeit ab ihrem ersten Steuerjahr, als steuerlich transparente Körperschaft eingestuft zu werden (d.h. pass-through). In diesem Zusammenhang, hat der Geschäftsführer, und jede andere durch die Aktionäre bevollmächtigte Person, die Befugnis diese Anmeldung im Namen der Gesellschaft durchzuführen und einzuregistrieren. Die Aktionäre sollen kooperieren um diese Anmeldung durchzuführen.

Da keine weiteren Tagesordnungspunkte zur Debatte stehen, wird die Versammlung geschlossen.

Der amtierende Notar, der englischen Sprache kundig, stellt hiermit fest, dass auf Ersuchen der vorgenannten Parteien, diese Urkunde in englischer Sprache verfasst ist, gefolgt von einer Übersetzung in deutscher Sprache. Im Falle von Abweichungen zwischen dem englischen und dem deutschen Text, ist die englische Fassung maßgebend.

Worüber Urkunde aufgenommen in Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Erschienenen, dem beurkundenden Notar nach Namen, gebräuchlichen Vornamen, sowie Stand und Wohnort bekannt, haben die Erschienenen mit dem Verwaltungsvorstand und dem beurkundenden Notar gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Signé: M. Elvinger, R. Uhl, J. Elvinger.

Enregistré à Luxembourg, le 1^{er} mars 2004, vol. 20CS, fol. 49, case 1. – Reçu 2.412,08 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 4 mars 2004.

J. Elvinger.

(023167.3/211/1010) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 mars 2004.

T & E GEFAHRGUTLOGISTIK S.A., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-6776 Grevenmacher, 10, an den Längten, Z.I.R. Potaschberg.

H. R. Luxemburg B 66.757.

Frau Ursula Gertrud Elsen, wohnhaft in D-54516 Wittlich-Wengerohr legt mit sofortiger Wirkung ihr Mandat als Mitglied des Verwaltungsrates der Gesellschaft T & E GEFAHRGUTLOGISTIK S.A. nieder.

Für die Hinterlegung beim Amtsgericht Luxemburg und zur Veröffentlichung im Memorial, Amtsblatt des Grossherzogtums Luxemburg.

Luxembourg, am 12. März 2004.

Für den Verwaltungsrat

Unterschrift

Enregistré à Luxembourg, le 15 mars 2004, réf. LSO-AO03101. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(023067.3/000/15) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 mars 2004.

INSTITUT MOBILIER EUROPEEN S.A., Société Anonyme.

Capital social: EUR 2.330.200,-.

Siège social: L-1650 Luxembourg, 26, avenue Guillaume.

R. C. Luxembourg B 37.773.

Il résulte du procès-verbal de la réunion du conseil d'administration de la société qui s'est tenue le 14 novembre 2002 à Luxembourg, que suite à la démission de Madame Monica Zauli avec effet au 15 octobre 2002, les décisions suivantes ont été prises à l'unanimité des voix:

- Décharge pleine et entière a été accordée à Madame Monica Zauli pour l'exercice de son mandat d'administration jusqu'au 15 octobre 2002.

- Madame Guiseppina Giallombardo, demeurant au 220, rue de Neudorf à Luxembourg a été nommée administrateur de la société,

- Madame Guiseppina Giallombardo terminera le mandat de son prédécesseur.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Fait à Luxembourg, le 6 décembre 2002.

M. Giallombardo / F. Faber

Président Directeur Général / Administrateur

Enregistré à Luxembourg, le 14 janvier 2004, réf. LSO-AM02901. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): Signature.

(023072.3/000/21) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 mars 2004.

RONNDRIESCH 3 S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1870 Luxembourg, 106, Kohlenberg.
R. C. Luxembourg B 75.772.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 16 mars 2004, réf. LSO-AO03206, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 mars 2004.

AFFECTATION DU RESULTAT

- Report à nouveau: - 1.035.115,34 EUR

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 12 mars 2004.

Signature.

(023270.3//12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 mars 2004.

KARIMA, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-8041 Strassen, 109, rue des Romains.
R. C. Luxembourg B 83.965.

Le bilan au 31 décembre 2003, enregistré à Luxembourg, le 1^{er} mars 2004, réf. LSO-AO00014, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 mars 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, mars 2004.

Signature.

(023688.3//10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 mars 2004.

CS ADVANTAGE (LUX), Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-2180 Luxembourg, 5, rue Jean Monnet.
R. C. Luxembourg B 80.866.

Notice is hereby given that the

ANNUAL GENERAL MEETING

of shareholders will be held at the registered office of the company, 5, rue Jean Monnet, L-2180 Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg, on Wednesday 12 May 2004 at 11.00 a.m. with the following agenda:

Agenda:

1. Approval of the Report of the Board of Directors to the Shareholders
2. Approval of the Report of the authorized independent auditor
3. Approval of the annual accounts as at 31st December 2003
4. Discharge to the Board of Directors
5. Allocation of the net results
6. Appointment of the Board of Directors
7. Appointment of the authorized independent auditor.

In order to attend the Meeting, Shareholders of bearer shares are required to deposit their share certificates five business days prior the date of the Meeting at the registered office of the Fund. Non-materialized bearer shares shall be blocked at the Depositary 5 clear days prior the ordinary general meeting of shareholders.

In order to take part in the ordinary general meeting, the shareholders who are not able to attend the meeting are invited to vote by proxy. Proxy forms are available upon request at the registered office. In order to be valid, proxy forms duly completed must be received at the registered office, CREDIT SUISSE ASSET MANAGEMENT FUND SERVICE (LUXEMBOURG) S.A., 5 clear days prior the ordinary general meeting of shareholders.

The resolutions to be passed on the agenda of the Annual General Meeting will require no quorum and will be passed by the majority of the votes expressed by the Shareholders present or represented at the Meeting.

(02042/736/27)

The Board of Directors.

CDC INTERNATIONAL FUND, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-1470 Luxembourg, 69, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 53.023.

Les actionnaires sont invités à assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

de CDC INTERNATIONAL FUND qui se tiendra au siège social de la SICAV, 69, route d'Esch, Luxembourg, le 21 mai 2004 à 10.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Réviseur d'Entreprises pour l'exercice clôturé au 31 décembre 2003;

2. Approbation de l'état des actifs nets et de l'état des variations des actifs nets pour l'exercice clôturé au 31 décembre 2003; affectation des résultats;
3. Décharge aux Administrateurs pour l'exercice clôturé au 31 décembre 2003;
4. Nominations statutaires;
5. Divers.

Les résolutions à l'ordre du jour de l'Assemblée Générale Ordinaire ne requièrent pas de quorum spécial et seront adoptées, si elles sont approuvées par la majorité des actionnaires présents ou représentés.

Seront admis à l'Assemblée Générale Ordinaire, les propriétaires d'actions nominatives inscrits dans le registre des actionnaires de la SICAV, et les propriétaires d'actions au porteur pour autant que ces derniers aient déposé leurs actions cinq jours ouvrables au moins avant la date de l'Assemblée aux guichets de DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A., 69, route d'Esch, L-1470 Luxembourg.

I (01967/755/23)

Le Conseil d'Administration.

AIG SICAV, Investmentgesellschaft mit variablem Kapital.

Geellschaftssitz: L-1470 Luxembourg, 69, route d'Esch.

H. R. Luxemburg B 84.227.

Die Aktionäre werden hiermit zur

ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

eingeladen, die am 21. Mai 2004 um 15.00 Uhr in Luxemburg am Gesellschaftssitz mit folgender Tagesordnung stattfindet:

Tagesordnung:

1. Anhörung und Abnahme der folgenden Berichte:
 - a) Geschäftsbericht des Verwaltungsrates
 - b) Bericht des Wirtschaftsprüfers
2. Abnahme von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2003
3. Beschluss über die Verwendung des Geschäftsergebnisses
4. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2003
5. Wahl des Verwaltungsrates und des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2004
6. Sonstiges

Die Aktionäre werden darauf hingewiesen, dass für Beschlüsse der Generalversammlung kein Anwesenheitsquorum verlangt wird und dass die Beschlüsse durch die Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktien an der Generalversammlung gefasst werden.

I (02179/755/22)

Der Verwaltungsrat.

BPER INTERNATIONAL SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-2449 Luxembourg, 30, boulevard Royal.

Administrative address: 291, route d'Arlon, L-1150 Luxembourg.

R. C. Luxembourg B 61.517.

Shareholders are invited to attend the

ANNUAL GENERAL MEETING

of shareholders of BPER INTERNATIONAL SICAV (the «Company») which will be held at the administrative office of the Company, 291, route d'Arlon, L-1150 Luxembourg, on 19 May 2004 at 11.00 a.m. (the «Meeting») with the following agenda:

Agenda:

1. Hearing and approval of the reports of the Board of Directors and the Auditor of the Company
2. Approval of the audited accounts of the Company for the financial year that ended 31st December 2003, and the allocation of the net results
3. Discharge to be granted to the Directors and to the Auditor in respect of the carrying out of their duties during the financial year that ended 31st December 2003
4. Appointment and remuneration of the members of the Board of Directors
5. Appointment of the Auditor
6. Any other business which may be properly brought before the Meeting

Notes

The resolutions on the agenda of the Meeting do not require any quorum and are passed by majority of the votes expressed by the shareholders present or represented at the Meeting.

Holders of bearer shares may vote at the Meeting:

- in person by producing at the Meeting a certificate of deposit issued by the custodian bank, UBS (LUXEMBOURG) S.A., which will be issued to them against deposit of their share certificates. The share certificates must be deposited with UBS (LUXEMBOURG) S.A. at the latest on 14 May 2004.

- by proxy by completing the proxy form which will be made available to them against deposit of said share certificates. The proxies must be sent to UBS FUND SERVICES (LUXEMBOURG) S.A. and have to be in the possession of BPER INTERNATIONAL SICAV c/o UBS FUND SERVICES (LUXEMBOURG) S.A. at the latest on 14 May 2004.

Holders of registered shares may vote at the Meeting:

- in person by producing identification at the Meeting
- by proxy by completing the proxy form and returning it to BPER INTERNATIONAL SICAV c/o UBS FUND SERVICES (LUXEMBOURG) S.A. at the latest on 14 May 2004.

Share certificates so deposited will be retained until the day after the Meeting or any adjournment thereof will have been concluded.

I (01612/755/37)

By order of the Board of Directors.

AIG MULTILABEL SICAV, Investmentgesellschaft mit variablem Kapital.

Gesellschaftssitz: L-1470 Luxemburg, 69, route d'Esch.

H. R. Luxemburg B 92.052.

Die Aktionäre werden hiermit zur

ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

eingeladen, die am 21. Mai 2004 um 15.00 Uhr in Luxemburg am Gesellschaftssitz mit folgender Tagesordnung stattfindet:

Tagesordnung:

1. Anhörung und Abnahme der folgenden Berichte:
 - a) Geschäftsbericht des Verwaltungsrates
 - b) Bericht des Wirtschaftsprüfers
2. Abnahme von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2003
3. Beschluss über die Verwendung des Geschäftsergebnisses
4. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2003
5. Wahl des Verwaltungsrates und des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2004
6. Sonstiges

Die Aktionäre werden darauf hingewiesen, dass für Beschlüsse der Generalversammlung kein Anwesenheitsquorum verlangt wird und dass die Beschlüsse durch die Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktien an der Generalversammlung gefasst werden.

I (02178/755/22)

Der Verwaltungsrat.

MIDDEN EUROPESE BELEGGINGSMAATSCHAPPIJ S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 16, allée Marconi.

R. C. Luxembourg B 51.498.

Messieurs les actionnaires sont convoqués par le présent avis à une

ASSEMBLEE GENERALE

qui aura lieu vendredi, le 21 mai 2004 à 11.00 heures à Luxembourg, 16, allée Marconi, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation des Comptes Annuels au 31 décembre 2003 et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes.
4. Acceptation de la démission d'un membre du Conseil d'administration.
5. Nomination statutaire.
6. Suppression de la valeur nominale des actions.
7. Conversion de la monnaie d'expression du capital.
8. Divers.

I (02043/000/18)

Le Conseil d'Administration.

UNIPATENT HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 9B, boulevard du Prince Henri.

R. C. Luxembourg B 23.391.

Les actionnaires de la société UNIPATENT HOLDING S.A., société anonyme, sont convoqués à

l'ASSEMBLEE GENERALE ANNUELLE

qui se tiendra le vendredi 14 mai 2004 à 11.00 heures en l'Étude de M^e Jacques Delvaux, notaire, au 29, avenue Monterey à L-2163 Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

- Présentation du rapport de gestion de l'administrateur provisoire,

- Rapport du Commissaire aux Comptes,
- Attitude à prendre sur le bilan et le compte de profits et pertes au 31 décembre 2003,
- Affectation des résultats,
- Question sur l'article 100 de la loi sur les sociétés.

M^e J. Delvaux

L'Administrateur Judiciaire Provisoire

II (01327/208/18)

CELFLOOR S.A.H., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 11, boulevard Royal.

R. C. Luxembourg B 4.544.

Mesdames et Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le *11 mai 2004* à 11.00 heures à Luxembourg, au siège social.

Ordre du jour:

1. Présentation des rapports du conseil d'administration et du commissaire de surveillance concernant l'exercice social arrêté le 31 décembre 2003.
2. Approbation du bilan et du compte des pertes et profits arrêtés le 31 décembre 2003.
3. Affectation des résultats.
4. Décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes concernant l'exécution de leur mandat pendant l'exercice social arrêté au 31 décembre 2003.
5. Elections statutaires: renouvellement mandat.
6. Divers.

II (01494/357/18)

Le Conseil d'Administration.

BANESFONDO INTERNACIONAL, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-1724 Luxembourg, 11A, boulevard du Prince Henri.

R. C. Luxembourg B 35.067.

Shareholders are kindly convened to the

ANNUAL GENERAL MEETING

of shareholders which will be held on *May 11th, 2004*, at 2 p.m. at the registered office of the Company 11A, boulevard du Prince Henri, L-1724 Luxembourg with the following agenda:

Agenda:

- I. To approve both reports of the Board of Directors and of the Auditor for the fiscal year ended December 31st, 2003.
- II. To approve the Balance Sheet and the Statement of Net Assets for the fiscal year ended December 31st, 2003.
- III. To decide of the allocation of the net result for the fiscal year ended December 31st, 2003.
- IV. To grant discharge to the Directors and to the Auditor.
- V. To reappoint the Directors and the Auditor.
- VI. Any other business.

Terms and conditions to attend the Meeting

Decisions on the Agenda of the Annual General Meeting of Shareholders will require no quorum and will be taken on a simple majority of the votes expressed by the Shareholders present or represented at the Meeting.

The Shareholders will be allowed to attend the Meeting, by giving proof of their identity, provided that they have informed the Company, at its registered office (11A, boulevard du Prince Henri, L-1724 Luxembourg / Administration BANESFONDO INTERNACIONAL - EUVL/JUR), by *May 4th, 2004*, at the latest, of their intention to attend personally the Meeting; the Shareholders who could not attend personally the Meeting could be represented by any person of their convenience or by proxy; for this effect, proxies will be available at the registered office of the Company. In order to be taken in consideration, the proxies duly completed and signed must be received at the registered office of the Company by *May 4th, 2004* (five business days before the Meeting).

The persons who will attend the Meeting, in quality of Shareholders or by proxy, will have to produce to the Board of the Meeting a blocked certificate of the shares they own directly or by virtue of a proxy in the books of an authorized agent or in the books of EURO-VL LUXEMBOURG S.A. / Luxembourg (11A, boulevard du Prince Henri, L-1724 Luxembourg).

II (01663/3451/32)

The Chairman of the Board of Directors.

DIADEM, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 14, boulevard Royal.
R. C. Luxembourg B 92.982.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer les Actionnaires de la Sicav DIADEM à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le vendredi 14 mai 2004 à 11.00 heures au siège social, afin de délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport du Conseil d'Administration et du Réviseur d'Entreprises
2. Approbation des comptes pour la période du 17 avril 2003 au 31 décembre 2003
3. Affectation des résultats
4. Quitus aux Administrateurs
5. Renouvellement du mandat du Réviseur d'Entreprises
6. Nominations statutaires

Pour pouvoir assister à la présente Assemblée, les détenteurs d'actions au porteur doivent déposer leurs actions, au moins cinq jours francs avant l'Assemblée, auprès du siège ou d'une agence de la BANQUE DE LUXEMBOURG, société anonyme à Luxembourg.

Les Actionnaires sont informés que l'Assemblée n'a pas besoin de quorum pour délibérer valablement. Les résolutions, pour être valables, doivent réunir la majorité des voix des Actionnaires présents ou représentés.

II (01605/755/21)

Le Conseil d'Administration.

B.S.F.E. S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1142 Luxembourg, 7, rue Pierre d'Aspelt.
R. C. Luxembourg B 68.359.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 12 mai 2004 à 15.30 heures au siège de la société.

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes;
2. Approbation des bilan et compte de Profits et Pertes au 31 décembre 2003;
3. Affectation du résultat;
4. Décharge aux Administrateurs et Commissaire aux comptes;
5. Réélections statutaires;
6. Divers.

II (01664/520/16)

Le Conseil d'Administration.

CEGEDEL, Société Anonyme.

Siège social: Strassen, 2, rue Thomas Edison.

Nous avons l'honneur de convoquer Mesdames et Messieurs les actionnaires de la CEGEDEL, société anonyme, à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le mardi 11 mai 2004 à 10.30 heures, au siège social, 2, rue Thomas Edison à Strassen, à l'effet de délibérer sur les objets suivants:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion et rapport consolidé de gestion du conseil d'administration sur l'évolution des affaires en 2003
2. Rapports du réviseur d'entreprises sur les comptes annuels et les comptes annuels consolidés de l'exercice 2003
3. Approbation des comptes annuels et des comptes annuels consolidés au 31 décembre 2003
4. Affectation du résultat
5. Décharge à donner aux administrateurs
6. Nominations statutaires
7. Désignation d'un réviseur d'entreprises
8. Autorisation pour la société d'acquérir ses propres actions
9. Divers

Conformément à l'article 35 des statuts, les propriétaires d'actions au porteur qui désirent assister à l'assemblée générale ou s'y faire représenter doivent faire le dépôt de leurs titres au plus tard le 5 mai 2004 au siège social ou à l'un des établissements ci-après:

Dans le Grand-Duché de Luxembourg:

- 1) à la BANQUE GENERALE DU LUXEMBOURG, à Luxembourg
- 2) à la DEXIA - BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, à Luxembourg
- 3) à la BANQUE ET CAISSE D'EPARGNE DE L'ETAT, à Luxembourg

- 4) à la BANQUE DE LUXEMBOURG, à Luxembourg
 5) à la SOCIETE GENERALE BANK & TRUST, à Luxembourg
 ou à leurs succursales et agences.

En Belgique:

- 1) à la FORTIS BANK, à Bruxelles
 2) à ING BELGIQUE, à Bruxelles
 ou à leurs succursales et agences.

Les procurations devront être déposées au siège social de la société au plus tard le 7 mai 2004.

II (01755/2846/34)

Le Conseil d'Administration.

MORGAN STANLEY SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-2338 Luxembourg, 5, rue Plaetis.
 R. C. Luxembourg B 29.192.

The Shareholders of MORGAN STANLEY SICAV (the «Company») are invited to attend the

ANNUAL GENERAL MEETING

of Shareholders of the Company which will be held at the registered office of the Company 5, rue Plaetis, L-2338 Luxembourg on 11 May 2004 at 10.30 a.m. CET with the following agenda:

Agenda:

1. Presentation of the Report of the Board of Directors and the Report of the Auditors for the financial year ended 31 December 2003
2. Approval of the Audited Annual Accounts for the financial year ended 31 December 2003
3. Ratification of the distributions as detailed in the Audited Annual Accounts for the financial year ended 31 December 2003
4. Discharge of the Directors of the Company with respect to the performance of their duties for the financial year ended 31 December 2003
5. Re-appointment of Mr Adolf Bründler, Mr Christian Kremer, Mr Stefano Russo and Mr Robert Sargent to serve as Directors of the Company until the next Annual General Meeting of Shareholders which will deliberate on the Audited Annual Accounts for the financial year ending 31 December 2004
6. Increase of the number of Directors of the Company from 4 to 5.
7. Appointment of Mr Ronald Robison as Director of the Company to serve until the next Annual General Meeting of Shareholders which will deliberate on the Audited Annual Accounts for the financial year ending 31 December 2004
8. Re-appointment of the Auditors of the Company, ERNST & YOUNG, to serve until the next Annual General Meeting of Shareholders which will deliberate on the Audited Annual Accounts for the financial year ending 31 December 2004
9. Miscellaneous

Please note that the resolutions on the above-mentioned agenda will require no quorum and the resolutions will be passed by a simple majority of the shares present or represented at the Meeting.

Shareholders who cannot be personally present at the Meeting and wish to be represented are entitled to appoint a proxy to vote on their behalf. A proxy does not need to be a shareholder of the Company. To be valid the form of proxy must be completed and received at the registered office of the Company (for the attention of Mara Marangelli) Company Administration Department, JP MORGAN BANK LUXEMBOURG S.A., 5, rue Plaetis, L-2338 Luxembourg by 7 May 2004 at 5.00 p.m. CET.

The attendance list of the Meeting will be closed on 7 May 2004.

II (01861/755/37)

The Board of Directors.

MORGAN STANLEY SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-2338 Luxembourg, 5, rue Plaetis.
 R. C. Luxembourg B 29.192.

The Shareholders of MORGAN STANLEY SICAV (the «Company») are invited to attend the

EXTRAORDINARY GENERAL MEETING

of Shareholders of the Company which will be held at the registered office of the Company 5, rue Plaetis, L-2338 Luxembourg on 11 May 2004 at 11.00 a.m. CET with the following agenda:

Agenda:

1. Amendment of the last sentence of first paragraph of Article 11 and Article 11. I. 8 (b), (d) and (g) of the Company's Articles of Incorporation as follows:
 «... If since the time of determination of the net asset value there has been a material change in the quotations in the markets on which a substantial portion of the investments attributable to the relevant class of shares are dealt in or quoted, the Company may, in order to safeguard the interests of the shareholders and the Company, cancel the first valuation and carry out further valuations as appropriate.
 [...]»

(b) Securities listed on a recognized stock exchange or dealt in on any other Regulated Market (as defined in Article 18 hereof) will be valued at their last available prices, or, in the event that there should be several such markets, on the basis of their last available prices on the main market for the relevant security.

[...]

(d) The liquidating value of futures or options contracts not traded on exchanges or on other organised markets shall mean their net liquidating value determined, pursuant to the policies established by the board of directors, on a basis consistently applied for each different variety of contracts. The liquidating value of futures or options contracts traded on exchanges or on other organised markets shall be based upon the last available prices of these contracts on exchanges and organised markets on which the particular futures or options contracts are traded by the Company; provided that if a futures or options contract could not be liquidated on the day with respect to which net assets are being determined, the basis for determining the liquidating value of such contract shall be such value as the board of directors may deem fair and reasonable.

[...]

(g) The value of swaps shall be determined by applying a recognised and transparent valuation method on a regular basis.

The envisaged amendments have been blacklined on the above agenda for shareholders' convenience.

The resolutions on the above-mentioned agenda will require a quorum of the majority of the share capital and the resolutions will be passed by a 2/3 majority of the shares present or represented at the Meeting.

Shareholders who cannot be personally present at the Meeting and wish to be represented are entitled to appoint a proxy to vote on their behalf. A proxy does not need to be a shareholder of the Company. To be valid the form of proxy must be completed and received at the registered office of the Company (for the attention of Mara Marangelli) Company Administration Department, JP MORGAN BANK LUXEMBOURG S.A., 5, rue Plaetis, L-2338 Luxembourg by 7 May 2004 at 5.00 p.m. CET.

The attendance list of the Meeting will be closed on 7 May 2004.

II (01862/755/42)

The Board of Directors.

TLUX ONE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1219 Luxembourg, 17, rue Beaumont.
R. C. Luxembourg B 83.017.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

des actionnaires qui aura lieu au siège social de la société à L-1219 Luxembourg, 17, rue Beaumont, le 12 mai 2004 à 9.00 heures pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du commissaire.
2. Approbation des bilans, comptes de pertes et profits et affectation des résultats au 31 décembre 2003.
3. Décharge aux administrateurs et au commissaire.
4. Elections statutaires.

Pour extrait sincère et conforme

Le Conseil d'Administration

II (01900/000/17)

PARC MERVEILLEUX S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-3260 Bettembourg, Route de Mondorf.
R. C. Luxembourg B 6.833.

Les actionnaires sont invités à assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le jeudi 13 mai 2004 à 15.00 heures au restaurant du PARC MERVEILLEUX, route de Mondorf à Bettembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport du Conseil d'Administration et rapport du réviseur des comptes portant sur l'exercice se clôturant au 31 décembre 2003.
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2003.
3. Affectation du résultat.
4. Décharge aux administrateurs et au réviseur des comptes.
5. Nominations statutaires.
6. Divers.

Pour pouvoir participer au vote les actionnaires devront présenter leurs actions au président du Conseil d'Administration au début de l'assemblée générale.

II (01969/000/20)

Le Conseil d'Administration.

**FARACO S.A., Société Anonyme,
(anc. ETS EUGÈNE HAMILIUS).**

Siège social: L-4205 Esch-sur-Alzette, 12, rue Lankelz.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le mardi 11 mai 2004 à 11.00 heures au siège social de la société.

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du conseil d'administration et rapport du commissaire aux comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de profits et pertes au 31 décembre 2003.
3. Décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes.
4. Affectation du résultat de l'exercice.
5. Divers.

Dépôt de titres 5 jours francs avant l'assemblée au siège de la société.

II (01917/000/16)

Le Conseil d'Administration.

INTERNATIONAL GOLF AND LEISURE, Société Anonyme.

Siège social: L-9748 Eselborn, Mecherwee.

R. C. Diekirch B 1.840.

Mesdames, Messieurs les actionnaires de la société INTERNATIONAL GOLF AND LEISURE S.A., sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le vendredi 7 mai 2004 à 16.00 heures au siège de la société:

Ordre du jour:

1. Rapport du Conseil d'Administration.
2. Rapport du Réviseur d'Entreprise.
3. Approbation des comptes annuels et du rapport de gestion au 31 décembre 2003.
Affectation du résultat.
4. Décharge aux Administrateurs.
5. Décharge au Réviseur d'Entreprise.

N.B. Les propriétaires d'actions au porteur doivent déposer leurs actions cinq jours avant l'Assemblée aux guichets de la DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A.

II (02931/000/19)

Le Conseil d'Administration.

PRAJA HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2522 Luxembourg, 12, rue Guillaume Schneider.

R. C. Luxembourg B 79.681.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 12 mars 2004, réf. LSO-AO02933, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 mars 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 15 mars 2004.

Pour PRAJA HOLDING S.A.

KAUPTHING BANK LUXEMBOURG S.A.

Signature

(023523.3//13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 mars 2004.
